

SCHWEIZERISCHE

NATIONALBANK

1962

FÜNFUNDFÜNFZIGSTER
GESCHÄFTSBERICHT DER
SCHWEIZERISCHEN
NATIONALBANK

1962

BERICHT DES DIREKTORIUMS
ÜBER DIE TÄTIGKEIT
DER SCHWEIZERISCHEN NATIONALBANK
IM JAHRE 1962

ALLGEMEINE BETRACHTUNGEN

Die *weltwirtschaftliche Entwicklung* verlief im Berichtsjahr gesamthaft weiterhin günstig, doch gestaltete sich das Konjunkturbild etwas differenzierter als 1961. In der Mehrzahl der hochentwickelten Industrieländer überwogen noch immer die expansiven Faktoren, die vor allem durch die wachsende Kaufkraft der Bevölkerung und die entsprechend gesteigerten Ansprüche an die Wirtschaft gestützt wurden. Dagegen verringerte sich das Wachstum der Investitionen. Während in den Vereinigten Staaten von Amerika Anzeichen einer Verlangsamung der wirtschaftlichen Tätigkeit bis gegen Jahresende überwogen, dauerte im westeuropäischen Raum die günstige Konjunktorentwicklung im grossen und ganzen an. Dabei verlagerte sich indessen das Schwergewicht von der Bundesrepublik Deutschland auf Frankreich und Italien. In der Wirtschaft Westdeutschlands hatte die teils durch die Aufwertung der Deutschen Mark im März 1961, teils durch die beträchtlichen Lohnerhöhungen bedingte Schwächung der internationalen Wettbewerbsposition zur Folge, dass die konjunkturelle Expansion nachliess. Deutliche Merkmale einer Stagnation der Wirtschaft gaben in Grossbritannien zu konjunkturfördernden Massnahmen Anlass. Allgemein verstärkte sich in den westeuropäischen Ländern der Anstieg der Kosten und Preise. Demgegenüber hielten sich die Lohn- und Preiserhöhungen in den Vereinigten Staaten als Folge hoher industrieller Kapazitätsreserven und anhaltender Arbeitslosigkeit in engen Grenzen.

Die Rohstoffpreise vermochten sich auch im Berichtsjahr, abgesehen von zeitweisen, durch die weltpolitische Lage bedingten Steigerungen, nicht grundlegend zu erholen. Das Überangebot an fast allen Stapelgütern drückte auf die Notierungen an den Weltmärkten.

In der internationalen Währungslage trat die erhoffte Konsolidierung noch nicht ein. Nach dem an währungspolitischen Ereignissen reichen Jahr 1961 schien sich die Lage in den ersten Monaten des Berichtsjahres zwar etwas beruhigt zu haben. Im Mai setzten jedoch erneut Mutmassungen über die Stabilität des US-Dollars ein. Zunächst gab die faktische Abwertung des kanadischen Dollars, die auch das Ansehen der amerikanischen Währung in Mitleidenschaft zog, zu neuer Beunruhigung Anlass. Als Ende Mai ein scharfer Kurseinbruch an der New Yorker Aktienbörse den Anstoss zu einer weltweiten Baisse gab, wurde das schwelende Misstrauen gegenüber dem US-Dollar noch geschürt. Beträchtliche Kapitalabzüge aus den Vereinigten Staaten waren die unmittelbare Folge.

Die Erwägung, dass die durch den Mittelabfluss verursachte Verminderung der amerikanischen Goldreserven die währungspolitische Unruhe noch verstärken würde, führte die Währungsbehörden der Vereinigten Staaten dazu, mit einigen massgebenden Zentralbanken sogenannte Swap-Vereinbarungen abzuschliessen, deren wesentlicher Inhalt darin besteht, dass sich die Notenbanken gegenseitig ihre Landeswährungen in bestimmten Beträgen und für einen limitierten Zeitraum zur Verfügung stellen. Nach Ablauf der vereinbarten Periode wird der Austausch der Devisen zu im voraus festgesetzten Kursen wieder rückgängig gemacht. Diese Abmachungen erlauben den betreffenden Notenbanken, gegebenenfalls einen Teil ihrer Dollarbestände auf kursgesicherter Basis zu halten, womit sich die Umwandlung dieser Dollars in Gold erübrigt. Die Vereinigten Staaten verfügen andererseits über fremde Devisen, auf die sie, unter Schonung ihrer Goldreserven, für Zahlungen an das Ausland zurückgreifen können.

Diese Massnahmen, zusammen mit einer von betonter Festigkeit getragenen Erklärung des amerikanischen Präsidenten, wonach an eine Abwertung des Dollars nicht zu denken sei, liessen gegen Ende Juli an den Devisenmärkten eine merkliche Beruhigung eintreten. Neue Störungen brachten im Oktober die durch den Konflikt um Kuba ausgelösten weltpolitischen Spannungen, doch flauten die dadurch in Gang gebrachten internationalen Kapitalbewegungen unter dem Eindruck der festen Haltung der amerikanischen Regierung nach kurzer Zeit wieder ab.

Einen bedeutsamen Schritt in der internationalen Notenbankkooperation bildete die Ausgabe von auf fremde Währungen lautenden Schuldverschreibungen der Vereinigten Staaten mit einer Laufzeit von mehr als drei Monaten. Diese Neuerung trägt zur Verstärkung der Dollarposition bei, indem sie im Falle stärkerer internationaler Kapitalbewegungen die Möglichkeit bietet, Mittel auf dem Wege über die Noteninstitute wieder in das Ursprungsland zurückzuleiten und Swap-Operationen zwischen den Zentralbanken gegebenenfalls zu konsolidieren. Zunächst wurden derartige Schuldverschreibungen in schweizerischer, in der Folge auch in italienischer Währung ausgegeben.

Die Zusammenarbeit der Notenbanken trug somit, wie schon im Jahre 1961, gute Früchte. Die Erfahrungen zeigen, dass diese Kooperation, deren Form der jeweiligen Lage entsprechend gestaltet werden kann, geeignet ist, kurzfristige Störungen in den internationalen Währungsverhältnissen zu mildern oder zu überbrücken. Diese Massnahmen, ebenso wie die Kredithilfen des Internationalen Währungsfonds, entheben indessen kein Land von der Pflicht, eine gesunde Wirtschafts- und Währungspolitik zu betreiben und Zahlungsbilanzstörungen zu vermeiden.

Im Vordergrund der europäischen Integrationsprobleme standen im Berichtsjahr die Gespräche zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und Partnerländern der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA). Die Verhandlungen über einen Beitritt Grossbritanniens zur EWG konnten noch nicht zum Abschluss gebracht werden. Auch die Frage des Beitritts beziehungsweise der Assoziierung der übrigen EFTA-Länder blieb weiterhin offen. Den drei neutralen EFTA-Staaten – Österreich, Schweden und der Schweiz – war indessen Gelegenheit geboten, dem Ministerrat der EWG ihre Auffassungen über eine Assoziierung mit den Ländern des Gemeinsamen Marktes vorzutragen.

Die gegen Ende des letzten Jahres zwischen zehn Mitgliedstaaten des Internationalen Währungsfonds abgeschlossene Vereinbarung über eine zusätzliche Kreditgewährung an den Fonds im Gesamtbetrag von 6 Milliarden Dollar wurde im Berichtsjahr ratifiziert. Über die Frage einer schweizerischen Kredithilfe in Anlehnung an die Vereinbarung der zehn Länder fanden im Herbst Verhandlungen statt, in welchen seitens der Schweiz die grundsätzliche Bereitschaft zu einer Mitwirkung erklärt wurde.

Die *schweizerische Wirtschaft* stand auch im Berichtsjahr im Zeichen der Hochkonjunktur, die nach wie vor in der Investitionstätigkeit, im Export und im Konsum ihre Hauptstützen hatte. Aus diesen Quellen resultierte eine wachsende Nachfrage, der das Angebot trotz vollständiger Auslastung des Produktionsapparates und ständiger Erweiterung der Kapazitäten nicht zu genügen vermochte. Gewisse Hinweise auf eine allmähliche Verlangsamung des Aufschwungs waren auf Teilgebieten der Wirtschaft – so in einem leicht rückläufigen Bestellungseingang in einzelnen Industriezweigen – erkennbar. Auch die Erwartungen hinsichtlich der künftigen Wirtschaftsentwicklung waren nicht mehr überall vom gleichen Optimismus getragen wie im Jahr zuvor. In den sekundären Konjunkturmerkmalen, vor allem im beschleunigten Anstieg der Preise, kam jedoch die als Folge des zunehmenden Nachfrageüberhanges eingetretene Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichtes noch ausgeprägter als in den Vorjahren zum Ausdruck. Das zeigte sich auch im enormen Einfuhrüberschuss und dem dadurch verursachten Defizit der schweizerischen Ertragsbilanz, das den Fehlbetrag des Jahres 1961 von über 900 Millionen Franken wesentlich überschritt. Auch die Tatsache, dass die inländische Kapitalbildung mit den Investitionen nicht mehr Schritt zu halten vermochte, sowie die fortgesetzte Vermehrung der Zahl der ausländischen Arbeitskräfte liessen immer deutlicher erkennen, dass die Beanspruchung unserer Wirtschaft weit über deren natürliche Grenzen hinausgewachsen war.

Angesichts dieser Lage und in Erkenntnis der drohenden Gefahren einigten sich anfangs des Berichtsjahres die Bundesbehörden, die Schweizerische Nationalbank, der Vorort des Schweizerischen Handels- und Industrie-Vereins, der Zentralverband Schweizerischer Arbeitgeber-Organisationen und der Schweizerische Gewerbeverband auf ein Programm zur Konjunkturdämpfung mit dem Hauptziel, die Investitionstätigkeit, von der die wesentlichen Auftriebsimpulse auf die Konjunktur ausgingen, zu mässigen und damit die Gesamtnachfrage in eine bessere Übereinstimmung mit den vorhandenen Produktionskapazitäten zu bringen. Im Rahmen dieses Planes riefen die Spitzenverbände der Industrie und des Gewerbes zu einer Selbstdisziplinierungsaktion der Wirtschaft auf. Dem Appell wurde im Verlauf des Jahres durch Preisstillhalte- und Preissenkungserklärungen sowie durch Vereinbarungen und Empfehlungen verschiedener Branchenverbände über die Begrenzung der Zahl der Arbeitskräfte und die Zurückhaltung bei der Personalwerbung Folge gegeben. Zur Eindämmung der Investitionstätigkeit von der Kreditseite her schloss die Schweizerische Nationalbank mit allen Banken, deren Bilanzsumme mindestens 10 Millionen Franken beträgt, mit Wirkung ab 1. April 1962 eine Vereinbarung über die Kreditbegrenzung ab, in welcher sich die beteiligten Institute verpflichteten, ihre Kreditge-

währung innerhalb bestimmter Limiten zu halten. Bei der Festsetzung der Kreditwachsraten war das Bestreben wegleitend, die ausserordentlich starke Kreditexpansion der Jahre 1960 und 1961 zu verlangsamen, gleichzeitig aber für die Befriedigung wirtschaftlich gerechtfertigter und dringlicher Kreditbegehren der privaten Wirtschaft und der öffentlichen Hand Raum zu lassen. Als eine notwendige Ergänzung zur Kreditvereinbarung, die nur einen Teil der Investitionen erfasst, wurde im Rahmen des Gesamtprogramms zur Konjunkturdämpfung vom Bundesrat die Schaffung kantonalen Gremien zur Überwachung und Koordinierung der Bautätigkeit im öffentlichen und privaten Sektor empfohlen. Derartige Gremien, auf der freiwilligen Zusammenarbeit zwischen den Behörden und der Wirtschaft aufgebaut, wurden in der Folge in der Mehrzahl der Kantone errichtet und mit der kritischen Prüfung privater und öffentlicher Bauvorhaben im Hinblick auf deren Dringlichkeit betraut. Darüber hinaus erliessen der Bund und zahlreiche Kantone Empfehlungen, in der Ausführung öffentlicher Bauvorhaben zurückzuhalten.

Nachdem die gesamte Wirtschaft aufgerufen war, durch Mässigung ihrer Anforderungen an die Produktivkräfte des Landes zur Konjunkturdämpfung beizutragen, hatte die Notenbank ihre Währungs- und Kreditpolitik weiterhin voll und ganz auf dieses Ziel auszurichten, zumal die übersteigerte Wirtschaftsentwicklung vor allem den Geldwert in Mitleidenschaft zog. Wie schon in den beiden vorangegangenen Jahren ging ihr Bestreben dahin, der Vermehrung der Geldmenge entgegenzuwirken, um zusätzliche Auftriebsimpulse von der Geldseite her nach Möglichkeit zu vermeiden. In den ersten fünf Monaten des Berichtsjahres drängten sich besondere währungspolitische Massnahmen nicht auf, weil das Defizit der Ertragsbilanz in jener Zeit offenbar nicht durch Kapitalzuflüsse aus dem Ausland kompensiert wurde und die Nationalbank deshalb zeitweilig in der Lage war, Dollars an den Markt abzugeben. Ende Mai jedoch begannen als Folge des Kurssturzes an den ausländischen Aktienbörsen und der wachsenden Unsicherheit gegenüber dem Dollar wieder Mittel in hohen Beträgen in unser Land einzuströmen. Zu den schweizerischen Kapitalien, die heimgeschafft wurden, gesellten sich ausländische Gelder, die in der Schweiz Zuflucht und Sicherheit suchten. Einen neuen Dollarzustrom brachte im Oktober die Kubakrise und die dadurch ausgelöste Verschärfung der weltpolitischen Lage. Insgesamt musste die Nationalbank von Ende Mai bis Mitte Juli und im Oktober von den Banken Dollars im Gegenwert von etwas über 1,4 Milliarden Franken übernehmen. Durch verschiedene Währungsoperationen mit der Federal Reserve Bank von New York und der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich in Basel gelang es, Beträge von zusammen rund 600 Millionen Franken vom Markt wieder abzuschöpfen und in Form kurzfristiger Anlagen über das Bankensystem ins Ausland zurückzuleiten. Auch der Bund leistete einen wesentlichen Beitrag zur Verminderung des inländischen Geldvolumens und damit zur Konjunkturdämpfung, indem er einen Teil des Überschusses der Finanzrechnung im Ausland anlegte. Diese Vorkehren dienten nicht nur den konjunktur- und marktpolitischen Interessen unseres Landes; sie bildeten darüber hinaus einen neuen Beitrag der Schweiz zur Verstärkung der internationalen Notenbankkooperation und damit zur Festigung des Währungssystems der westlichen Welt.

Im Sinne der von der Nationalbank verfolgten Politik der Begrenzung des Geldvolumens wurde das seit August 1960 in Kraft stehende Gentlemen's Agreement zur Abwehr und Verminderung ausländischer Gelder um ein weiteres halbes Jahr, d. h. bis 17. Februar 1963, verlängert. Auch die Neutralisierung von Geldern, die im März 1961 den Grossbanken aus dem Ausland zugeflossen waren, blieb im Berichtsjahr aufrechterhalten. Ebenso wurden die seit Oktober 1960 bei den Banken liegenden Sterilisierungsreskriptionen bei Fälligkeit jeweils erneuert.

Die Nationalbank konnte sich für einen Teil der ihr aus der Sterilisierungsaktion erwachsenden Zinskosten durch Übernahme der bereits erwähnten kurzfristigen Schuldverschreibungen des amerikanischen Schatzamtes im Betrage von 207 Millionen Franken entlasten. Die genannten Schuldverschreibungen lauten auf Schweizerfranken und sind mit Laufzeiten von 5 und 8 Monaten ausgestattet; sie können jederzeit kurzfristig gekündet werden. Der Bund übernahm ebenfalls amerikanische, auf Schweizerfranken lautende Schuldverschreibungen in der Höhe von 220 Millionen Franken und mit Laufzeiten von 15 und 16 Monaten. Diese Titel, deren Rendite zwischen dem amerikanischen und dem schweizerischen Zinssatz liegt, traten an die Stelle kursgesicherter Dollaranlagen des Bundes.

Verglichen mit dem Devisenzustrom liess sich die Vermehrung der Marktmittel dank den erwähnten Massnahmen begrenzen. Der ständige Geldzufluss aus dem Ausland hatte aber auch im Berichtsjahr zur Folge, dass der Fehlbetrag der Ertragsbilanz nicht in Form eines Mittelabflusses und einer Verengung des Kapitalmarktes zur Auswirkung kommen konnte. Die natürliche Korrektur der Konjunkturübersteigerung von der Geldseite her blieb somit auch in diesem Jahre aus. Spurlos gingen jedoch die enorm gesteigerten Investitionsbedürfnisse an der Marktentwicklung nicht vorüber. In der zweiten Jahreshälfte trat auf Teilgebieten des Geld- und Kapitalmarktes eine gewisse Tendenz zur Verknappung und Zinssatzversteifung in Erscheinung. Sie machte sich namentlich in etwas erhöhten Geldbeschaffungskosten der Banken geltend, was diese veranlasste, die Zinssätze auch in einigen Sparten ihres Aktivgeschäftes leicht heraufzusetzen. Der überwiegende Teil des Hypothekarmarktes wurde jedoch von der Satzversteifung nicht betroffen; vor allem blieben die Altbestände der Banken an erstrangigen Hypotheken für den Wohnungsbau und die Landwirtschaft davon unberührt.

Die Frage, ob eine Politik bewusster Zinssatzverteuerung konjunkturdämpfend hätte wirken können, ist zu verneinen. Die Marktpolitik musste hauptsächlich auf die gesamte Zahlungsbilanzsituation unseres Landes ausgerichtet bleiben. Angesichts der hohen schweizerischen Kapitalanlagen im Ausland und der anhaltenden Überschüsse in der Kapitalverkehrsbilanz, die das Defizit in der Bilanz der laufenden Zahlungen überdeckten, hätte eine schärfere Zinssatzsteigerung den inflatorisch wirkenden Geldzufluss aus dem Ausland nur noch verstärkt, umgekehrt aber die konjunkturpolitisch wünschbare Ableitung überschüssiger Kapitalien über die Grenzen behindert oder gar verunmöglicht.

Dieser marktpolitische Grundsatz veranlasste die Nationalbank, von Massnahmen, die die Tendenz zu Zinssatzverteuerungen hätten fördern können, Abstand zu nehmen. Andererseits wäre

es bei der herrschenden Konjunkturlage aber auch verfehlt gewesen, den Verknappungstendenzen durch eine künstliche Steigerung des Kapitalangebotes, etwa auf dem Wege der Freigabe grösserer Beträge sterilisierter oder neutralisierter Gelder, zu begegnen, weil dadurch die bereits übersetzte Gesamtnachfrage von der Geldseite her noch erhöht und die inflatorischen Auftriebskräfte, um deren Niederhaltung sich Bund, Nationalbank und Wirtschaftsverbände bemühten, verstärkt worden wären. Im Einklang mit dieser Politik betrieb die Nationalbank zeitweise mit einem verhältnismässig bescheidenen Mitteleinsatz eine wohlabgewogene Kurspflege am Markt für Bundesobligationen, die dazu beitrug, dem Obligationenmarkt eine im ganzen stabile Grundverfassung zu erhalten. Das lag nicht zuletzt im Interesse der inländischen Anleihsmissionen. In der Tat bewies der Emissionsmarkt trotz ausserordentlich starker Inanspruchnahme durch schweizerische Obligationenanleihen eine bemerkenswerte Leistungskraft und Aufnahmefähigkeit. Den einheimischen Emissionsinteressen trug die Nationalbank auch in ihrer Kapitalexportpolitik Rechnung, indem sie angesichts der hohen Mittelbedürfnisse schweizerischer Kapitalnehmer und in Berücksichtigung der leichten Tendenz zur Marktverknappung im Rhythmus der Auslandsanleihen eine deutliche Verlangsamung eintreten liess. Die Nettobeanspruchung des Marktes durch ausländische Obligationenemissionen belief sich denn auch auf einen wesentlich geringeren Betrag als im Jahre 1961.

Der von der Notenbank seit Jahren verfolgte Grundsatz, unserem Lande die Vorteile mässiger und möglichst stabiler Zinssätze zu bewahren, kann indessen nicht den Sinn haben, das Zinsniveau auf einem bestimmten Stand zu fixieren. Sollte es nicht gelingen, die Investitionen mit der Ersparnisbildung in Einklang zu bringen, so müssen sich die Marktkräfte in einer Zinssatzerhöhung auswirken. Dieser Entwicklung könnte sich die Notenbank unter den obwaltenden Konjunkturverhältnissen nicht entgegenstellen. Es kann sich nur darum handeln, heftige Ausschläge aufzufangen und gegebenenfalls eine ruhige und störungsfreie Anpassung der Sätze an eine veränderte Marktconstellation zu gewährleisten.

DER KONJUNKTURVERLAUF IN DER SCHWEIZ

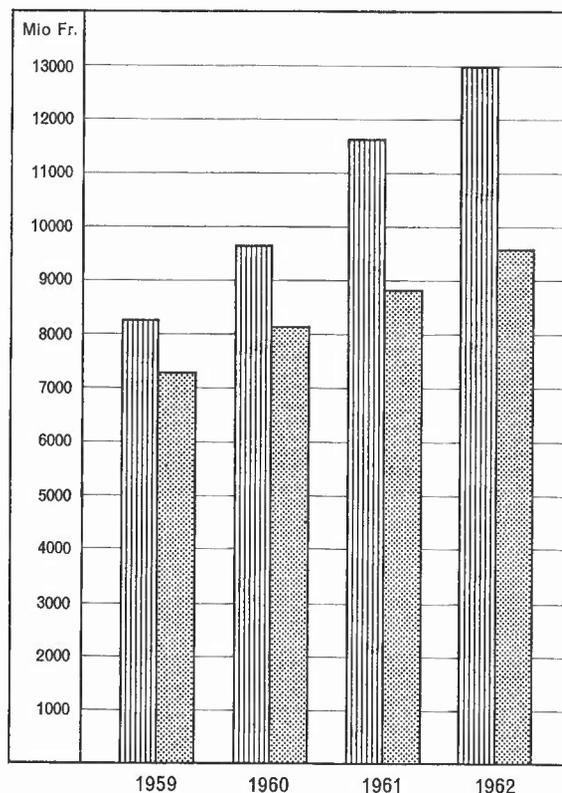
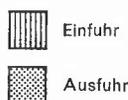
Die Konjunktorentwicklung im Jahre 1962 war durch eine auf höchsten Touren laufende Geschäftstätigkeit gekennzeichnet. Die *Beschäftigung* nahm weiter zu. Die Zahl der in industriellen und gewerblichen Betrieben sowie in Handel und Verkehr tätigen Arbeiter und Angestellten stieg von Ende September 1961 bis Ende September 1962 um 4,1 Prozent. Gleichzeitig vollzog sich in der Verteilung dieser Berufstätigen auf die verschiedenen Erwerbszweige eine gewisse Verschiebung, indem sich die Belegschaften in der Industrie verhältnismässig weniger ausdehnten als in den Dienstleistungsbetrieben. In der Industrie erhöhte sich der Beschäftigungsstand um nur 3,2 Prozent gegenüber 7,2 Prozent in der Zeit von September 1960 bis September 1961. Die Abschwächung beruhte zum Teil auf dem Rückgang der Arbeiterzahl in einzelnen Sparten der Textil- und Bekleidungsindustrie; auch liess sie die Auswirkungen des zu Beginn des Berichtsjahres von den Spitzenverbänden der Wirtschaft an ihre Sektionen und Mitgliederorganisationen gerichteten

Appells zur Zurückhaltung in der Einstellung neuer Arbeitskräfte erkennen. So wuchs der Arbeiterbestand in der Metall- und Maschinenindustrie vom Ende des ersten bis zum Ende des dritten Quartals 1962 noch um lediglich 0,9 Prozent, nachdem er in den vorangegangenen sechs Monaten um 2,8 Prozent gestiegen war.

Die Lage am Arbeitsmarkt blieb weiterhin angespannt. Der Bedarf der Wirtschaft an Arbeitskräften konnte nur durch den Zuzug von Ausländern gedeckt werden. Im August waren 645 000 kontrollpflichtige Fremdarbeiter beschäftigt gegen 548 000 vor Jahresfrist, was einer Zunahme um 97 000 entspricht. Der Zuwachs blieb nur wenig hinter jenem vom Sommer 1960 bis zum Sommer 1961 zurück, in welchem Zeitraum er sich auf 113 000 belaufen hatte. Drei Viertel des Anstiegs entfielen auf Nichtsaisonarbeiter, deren Beschäftigung weitgehend Dauercharakter trägt. Diese ausländischen Arbeitskräfte sind vor allem in industriellen und gewerblichen Betrieben tätig. Sie stellen dort eine steigende Quote des Gesamtarbeiterbestandes, so dass die Aufrechterhaltung der Produktion mehr und mehr vom Ausland abhängig wird. Die Auswirkungen der Verkürzung der vertraglich vereinbarten Arbeitszeit auf das Produktionsvolumen konnten durch die Leistung von Überstunden und die Heranziehung von Fremdarbeitern ausgeglichen werden.

Wie entscheidend die Nachfrage durch den Investitionsboom bedingt war, geht aus den Erhebungen über die Bauplanungen hervor. Nachdem die *Bauwirtschaft* im Jahr 1961, unter voller Ausnützung ihrer Kapazität, Bauten im Betrage von 7,5 Milliarden Franken ausführen konnte, beliefen sich die Bauvorhaben für das Berichtsjahr auf 10,3 Milliarden Franken. Gemessen an der effektiven Bautätigkeit des vorangegangenen Jahres, entspricht dies einer aussergewöhnlichen Steigerung um 2,8 Milliarden Franken oder 37 Prozent. Für den öffentlichen Bau belief sich die Zunahme – bei Bauplanungen in der Höhe von 3 247 Millionen Franken – auf 1 216 Millionen oder 60 Prozent, im Strassenbau sogar auf 93 Prozent. Die privaten Bauvorhaben wurden auf 7 011 Millionen Franken veranschlagt, was beim Vergleich mit der vorjährigen Bautätigkeit ein Wachstum von 1 539 Millionen Franken oder 28 Prozent ergibt. Für die gewerblichen und industriellen Investitionsplanungen betrug der Steigerungssatz 37 Prozent, und im Wohnungsbau übertrafen die Bauvorhaben die Vorjahresproduktion um 29 Prozent.

Da die Leistungskraft des Baugewerbes ein Bauvolumen von 10,3 Milliarden auch bei Berücksichtigung der Zunahme der Produktivität und der Steigerung der Baukosten, die sich im Wohnungsbau auf rund 7 Prozent belief, nicht bewältigen konnte, musste manches Bauvorhaben zurückgestellt werden; zudem traten in der Ausführung von bereits begonnenen Bauten Verzögerungen ein. Namentlich im *Wohnungsbau* dürften nicht alle Bauplanungen realisiert worden sein. So wurden von Januar bis Juni 1962 in 499 Gemeinden mit über 2 000 Einwohnern insgesamt 20 993 Wohnungen fertiggestellt, womit der entsprechende, allerdings hohe Vorjahresstand nicht ganz erreicht wurde. In den 65 Städten mit über 10 000 Einwohnern erklärte die Baupolizei im Berichtsjahr 23 672 Wohnungen für bezugsbereit, verglichen mit 23 988 im vorangegangenen Jahr. Rückläufig entwickelten sich auch die Baubewilligungen. In den städtischen Gemeinden erstreckten sie sich auf 25 905 Wohnungen. Sie übertrafen damit zwar weiterhin die Zahl der Fertigstel-



lungen, was eine rege Wohnbautätigkeit im Jahre 1963 erwarten lässt, doch unterschritten sie die Vergleichsziffer für 1961 um 10 Prozent.

Die gewerbliche und industrielle Bautätigkeit erfuhr eine weitere Intensivierung; allerdings liess die Entwicklung der den Fabrikinspektoraten im Laufe des Jahres unterbreiteten Bauprojekte auf ein langsames Nachlassen des Expansionstempos schliessen, indem die Zahl der begutachteten Vorhaben vom zweiten bis vierten Quartal nur noch 6 Prozent über den entsprechenden Vorjahresziffern lag, verglichen mit 22 Prozent im ersten Quartal. Zudem griff eine Verlagerung auf Rationalisierungsinvestitionen Platz, während die mit Raumerweiterungen verbundenen Vorhaben einen deutlichen Rückgang verzeichneten.

Die Ausfuhrziffern stiegen weiter an. Der da und dort leicht weichende Auftragseingang zeitigte keine Rückwirkungen auf den Export; er führte lediglich zu einer Verkürzung der Lieferfristen. Auch die Einfuhr nahm nochmals kräftig zu, da sich die einheimische Nachfrage stetig ausdehnte und der Bedarf vielfach nur durch Mehrbezüge aus dem Ausland befriedigt werden konnte. Dementsprechend erfuhren die Umsätze im *Aussenhandel* eine Steigerung um insgesamt 2,1 Milliarden auf 22,6 Milliarden Franken. Von der Erhöhung entfielen zwei Drittel auf den Import und ein Drittel auf den Export.

Die Einfuhr belief sich auf 12 986 Millionen Franken. Sie lag damit 1 341 Millionen Franken oder 11,5 Prozent über dem Ergebnis des Vorjahres. Im Laufe der Berichtszeit verlangsamte sich das Wachstum des Imports. Die an der entsprechenden Einfuhr im Jahre 1961 gemessenen Zu-

wachsraten ermässigten sich von 18 Prozent im ersten auf 5 Prozent im vierten Quartal. Diese Entwicklung war vorab darauf zurückzuführen, dass die Einfuhr von Roh- und Betriebsstoffen mit 3 400 Millionen Franken auf dem Vorjahresstand verblieb. Der Import von Lebens- und Futtermitteln stieg um 11 Prozent auf 1 992 Millionen, jener von Fabrikaten um 18 Prozent auf 7 594 Millionen Franken. Anhaltend stark war die Nachfrage nach Investitionsgütern, dehnte sich doch der Import von Maschinen, Instrumenten und Apparaten um rund ein Viertel aus.

Die Ausfuhr erhöhte sich um 758 Millionen oder 8,6 Prozent auf 9 580 Millionen Franken, d. h. ungefähr gleich kräftig wie im Jahr zuvor. Von der Mehrausfuhr entfielen 298 Millionen auf Erzeugnisse der Maschinenindustrie und des Apparatebaus, 116 Millionen auf Uhren und 129 Millionen auf Produkte der chemischen Industrie, während die Textilindustrie ihren Absatz im Ausland um 47 Millionen Franken zu steigern vermochte, wobei die Zunahme praktisch ausschliesslich auf vermehrten Exporten von Kunstfasergarnen und -geweben beruhte. Rückläufig war der Auslandabsatz der Baumwollindustrie.

Der Handelsverkehr mit europäischen Staaten erfuhr, sowohl was den EFTA-Raum als auch die Länder der EWG anbelangt, eine etwas stärkere Ausweitung als jener mit den überseeischen Gebieten. So stieg der Anteil der EFTA an der Gesamteinfuhr von 12,5 Prozent im Jahre 1961 auf 13,3 Prozent im Berichtsjahr, und die Lieferungen aus der EWG nahmen leicht, von 62,5 Prozent auf 63,1 Prozent, zu. Andererseits gingen nach den Mitgliedstaaten der EFTA 17,9 Prozent der Ausfuhr, verglichen mit 17,2 Prozent im Vorjahr. Der Export nach der EWG hob sich von 41,5 Prozent auf 42,0 Prozent der Gesamtausfuhr. Während sich im Verkehr mit der EFTA Ein- und Ausfuhr mit je 1,7 Milliarden Franken die Waage hielten, waren unsere Bezüge aus den Ländern der EWG im Betrage von 8,2 Milliarden Franken mehr als doppelt so gross wie unsere Lieferungen nach diesem Wirtschaftsraum.

Da die Einfuhr stärker als die Ausfuhr in die Höhe ging, wuchs der Importüberschuss weiter an. Er belief sich auf den ungewöhnlich hohen Betrag von 3 406 Millionen Franken und übertraf damit das Handelsbilanzdefizit des Vorjahres um 584 Millionen Franken oder 20,7 Prozent. Der zunehmende Fehlbetrag unseres Warenverkehrs mit dem Ausland fand in einem hohen Defizit der Ertragsbilanz seinen Niederschlag. Dieses bildet ein bezeichnendes Merkmal des aussenwirtschaftlichen Ungleichgewichts, das sich im Zuge der Konjunkturübersteigerung entwickelt hat.

Die Lage der *Landwirtschaft* verbesserte sich, im ganzen gesehen, obwohl der Witterungsverlauf einzelne Produktionszweige ungünstig beeinflusste. Nach einem kalten und regnerischen Frühjahr gestattete ein trockener und sonniger Frühsommer die Einbringung einer qualitativ guten Heuernte. Die nachfolgenden niederschlagsarmen Monate beeinträchtigten dagegen die Emdernte und führten in manchen Landesgebieten zu Futtermangel; sie kamen aber dem Getreidebau zugute, der sehr befriedigende Erträge brachte. Die Kartoffelernte erreichte das Vorjahresergebnis nicht; im Obstbau wurde es dagegen übertroffen. Von guter Qualität war der Weinertrag. Die Milcheinlieferungen überschritten in der ersten Jahreshälfte deutlich die Vorjahresmengen; alsdann bewegten

sie sich rückläufig, so dass sich für das ganze Jahr eine Mehrproduktion von noch 2,4 Prozent ergab. Der Mangel an Rauhfutter bewirkte einen sprunghaften Anfall von grossem Schlachtvieh, dessen Verwertung Schwierigkeiten begegnete und besondere Massnahmen zur Entlastung der Märkte erforderlich machte. Um die Arbeitsverdienste in der Landwirtschaft an den im Landwirtschaftsgesetz festgelegten Paritätsanspruch anzugleichen, erhöhte der Bundesrat die Übernahmepreise für Brotgetreide und einzelne Hackfrüchte sowie die Richtpreise für grosses Schlachtvieh und ab 1. November den Grundpreis der Milch für den Produzenten um 2 auf 47 Rappen je Liter. Der Index der Preise landwirtschaftlicher Erzeugnisse stieg von 108,9 Ende 1961 (1948 = 100) auf 113,2 Ende 1962 oder um 3,9 Prozent. Gleichzeitig verteuerten sich die landwirtschaftlichen Produktionsmittel von 126,1 auf 131,4 oder um 4,2 Prozent. Wiederum war die Erhöhung vor allem auf Preisaufläge bei Geräten und Maschinen, auf steigende Baukosten und auf höhere Löhne zurückzuführen. Dank der Heraufsetzung der Produzentenpreise für wichtige landwirtschaftliche Erzeugnisse sowie mengenmässig befriedigenden Produktionsergebnissen wurden nicht nur die im Jahre 1962 erfolgten Preissteigerungen der Produktionsmittel in ihrer Auswirkung auf das bäuerliche Einkommen ausgeglichen, sondern es dürfte auch eine Verbesserung der Arbeitsverdienste eingetreten sein.

Der *Fremdenverkehr* zeigte steigende Tendenz, doch verlangsamte sich die Aufwärtsbewegung im Laufe des Jahres. Während die Übernachtungen in der Wintersaison 1961/62 die entsprechenden Frequenzen im vorangegangenen Vergleichszeitraum um 6 Prozent übertroffen hatten, ermässigte sich diese Zuwachsrate bis zum Sommer auf 3 Prozent. Die etwas geringere Steigerung hing weitgehend mit der Ausschöpfung der Beherbergungskapazität schweizerischer Kurorte während der Sommersaison zusammen. Die von der Statistik erfassten Hotels und Pensionen meldeten im Berichtsjahr insgesamt 29,6 Millionen Logiernächte, was einen neuen Höchststand darstellt, der 3,8 Prozent über dem Vorjahresergebnis liegt. Die Übernachtungen ausländischer Besucher verzeichneten eine Zunahme um 3,9 Prozent auf 17,6 Millionen, jene von Gästen aus der Schweiz um 3,7 Prozent auf 12,0 Millionen. Im Winter 1961/62 erlitten die Sportgebiete der Waadtländer Alpen und des Berner Oberlandes Frequenzeinbussen, während im Sommer alle alpinen Feriengebiete von der Vermehrung der Übernachtungen profitierten.

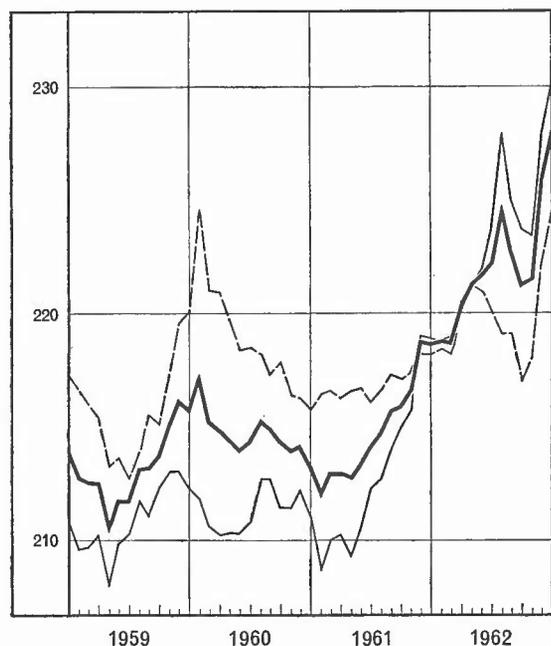
Im Einklang mit dem allgemeinen Konjunkturverlauf zeigten die *Verkehrsleistungen* der Schweizerischen Bundesbahnen eine weitere Zunahme. Namentlich in den ersten Monaten war der Güterverkehr beträchtlich umfangreicher als im Jahr zuvor; in der Folge verlangsamte sich indessen sein Wachstum, und für das ganze Berichtsjahr ergab sich eine Zuwachsrate von 4,5 Prozent gegen 4,8 Prozent für 1961. Die Abschwächung des Steigerungssatzes rührte in erster Linie vom Transitverkehr her, der eine Ausweitung um nur noch 4,1 Prozent verzeichnete, verglichen mit 8,6 Prozent im Vorjahr. Der Personenverkehr dehnte sich mit 2,4 Prozent dagegen ungefähr gleich stark aus wie 1961. Der Güterumschlag in den Rheinhäfen übertraf ebenfalls die Vorjahresmengen, obwohl die Zufuhren zeitweise durch den niedrigen Wasserstand des Rheines beeinträchtigt wurden.

Die unerfreuliche *Preisentwicklung* kam in der Bewegung der Kosten der Lebenshaltung deutlich zum Ausdruck. Die Preissteigerungen beruhten vornehmlich auf der Überwälzung inländischer

Schweizerischer Grosshandelsindex

August 1939 = 100

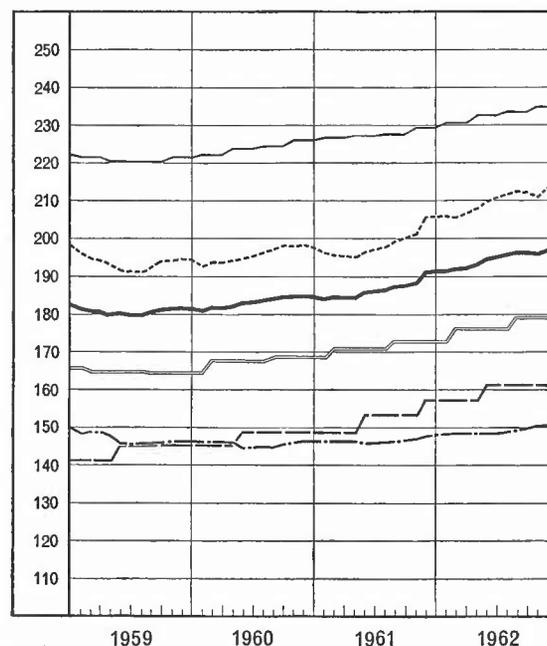
— Gesamtindex
 — Inlandwaren
 - - - Auslandwaren



Index der Konsumentenpreise

August 1939 = 100

— Gesamtindex - - - - - Nahrungsmittel
 — Bekleidung - - - - - Brenn- und Leuchtstoffe
 - - - - - Verschiedenes - - - - - Miete



Kostenerhöhungen. Dagegen dämmten die zum Teil rückläufigen Notierungen auf den internationalen Rohwarenmärkten die Verteuerung der Grosshandelspreise bis zum Herbst ein.

Ende 1961 hatte der Grosshandelsindex bei einem Stand von 218,7 (August 1939 = 100) das vor Jahresfrist erreichte Niveau um 2,6 Prozent überschritten. Bis Ende Juli 1962 stieg er beinahe kontinuierlich auf 224,7; nach einem leichten Rückgang auf 221,2 Ende September erhöhte sich der Index bis zum Jahresende auf 228,0. In diesem Zeitpunkt lag er 4,3 Prozent über dem entsprechenden Vorjahresstand. Die Preise der Waren ausländischer Herkunft zeigten eine durchschnittliche Verteuerung von 2,9 Prozent, jene der Waren einheimischer Erzeugung dagegen eine solche von 5,1 Prozent.

Das Schwergewicht des Anstiegs der Lebenshaltungskosten lag, wie die Bewegung des Index der Konsumentenpreise anzeigte, in der ersten Jahreshälfte. Im Juli überschritt diese Messziffer den Stand vor Jahresfrist um 5,0 Prozent. Alsdann waren die Preissteigerungen im ganzen etwas mässiger als im Jahr zuvor, und Ende Dezember betrug die Teuerungsrate bei einem Indexstand von 197,4 noch 3,2 Prozent. Vom Preisanstieg wurden alle Verbrauchsgruppen erfasst, am ausgeprägtesten die Nahrungsmittel und die Dienstleistungen.

Die Löhne standen im Bann des anhaltend starken Bedarfs an Arbeitskräften und der nach oben gerichteten Preisentwicklung. Von Ende September 1961 bis Ende September 1962 wur-

den die Lohnsätze in Industrie und Baugewerbe um durchschnittlich 6,1 Prozent erhöht. Diese Steigerungsrate widerspiegelt indessen nur die allgemeine Lohntendenz; sie gibt keinen Aufschluss über individuelle Lohnverbesserungen, Vergütungen für Überzeitarbeit und Nebenbezüge. Es dürfte ernstlich nicht bezweifelt werden, dass die Lohnsteigerungen den landesdurchschnittlichen Produktivitätszuwachs übertrafen. Infolge der Verteuerung der Kosten der Lebenshaltung erfuhr die Kaufkraft der Lohnsätze eine Verbesserung um nur 1,4 Prozent.

Die zunehmende Beschäftigung zusammen mit den Lohnerhöhungen und dem regen Fremdenverkehr bewirkten eine anhaltende Expansion der Nachfrage der breiten Verbraucherschichten und verstärkten damit den Nachfragedruck. Die *Wertumsätze im Kleinhandel* waren denn auch um 11 Prozent umfangreicher als im vorangegangenen Jahr, für das sich der Wachstumssatz auf 10,4 Prozent belaufen hatte.

In den *öffentlichen Haushalten* stiegen die Ausgaben weiter an. Noch deutlicher gingen die Einnahmen in die Höhe. Im Voranschlag des *Bundes* für das Jahr 1963 wird in der Finanzrechnung mit Einnahmen von 3 887 Millionen und Ausgaben in der Höhe von 3 849 Millionen gerechnet, was einen Einnahmenüberschuss von 38 Millionen Franken ergibt. Die Tatsache, dass das Budget 1963 gegenüber dem Voranschlag 1962 eine beträchtliche Ausgabenvermehrung um 423 Millionen Franken oder 12,3 Prozent und im Gegensatz zu den Vorjahren keinen nennenswerten Überschuss in der Finanzrechnung zeigt, ist mit den Erfordernissen einer konjunkturgerechten Finanzpolitik nur schwer in Einklang zu bringen. Es sind vor allem die Ausgaben für die Nationalstrassen, die für das Jahr 1963 um 150 Millionen Franken höher veranschlagt werden müssen als für 1962 und damit den Überschuss der Finanzrechnung zusammenschumpfen lassen.

WÄHRUNGSRESERVEN UND VALUTAMARKT

Zu Beginn des Jahres brachte die Auflösung der Swap-Operationen, die mit den Banken im Rahmen ihrer Ultimovorbereitungen kurz vor der Jahreswende abgeschlossen worden waren, einen Abbau der *Währungsreserven* um 281 Millionen Franken. Die Entwicklung des Gold- und Dollarvorrats stand alsdann im Zeichen der wachsenden Defizite der Zahlungsbilanz. Sprunghaft angestiegene Einfuhrüberschüsse, zusammen mit dem Kapitalexport, hatten einen umfangreichen Devisenbedarf von Wirtschaft und Banken im Gefolge. Dementsprechend zog der Dollarkurs an. Als seine Notiz 4,34 erreichte, begann die Nationalbank Dollars an den Markt abzugeben, um einem zu starken Kursanstieg entgegenzuwirken. Anlageoperationen für den Bund führten zu einem weiteren Rückgang der Währungsmittel. Der Gold- und Devisenbestand, der sich am 31. Dezember 1961 auf 11 920 Millionen belaufen hatte, verminderte sich bis Ende Mai um 779 Millionen auf 11 141 Millionen Franken. Der Anstieg des Dollarkurses erlaubte es nicht nur, Dollars aus den Beständen des Noteninstituts an den Markt abzugeben, sondern auch für Rechnung der Federal Reserve Bank von New York getätigte Devisenterminoperationen zu liquidieren. Diese Kontrakte wurden von 146 Millionen auf 82 Millionen Dollar abgebaut.

Ende Mai trat in der Bewegung der Währungsreserven eine Wendung ein. Die Krise des kanadischen Dollars und der Kursrückgang an den amerikanischen Aktienmärkten lösten beträchtliche Kapitalzuflüsse aus. Bis Mitte Juli wurden der Nationalbank Dollars im Gegenwert von 1,16 Milliarden Franken abgetreten, so dass der Gold- und Devisenvorrat am 14. Juli 12 027 Millionen Franken erreichte.

Dank der Weiterentwicklung der im vorangegangenen Jahr mit den amerikanischen Währungsbehörden eingeleiteten Kooperation gelang es innert kurzer Frist, den Devisenbestand kräftig zu vermindern und gleichzeitig einen erheblichen Teil der Mittel abzuschöpfen, die dem schweizerischen Markt durch die Devisenübernahmen zugeflossen waren. In einer Mitte Juli abgeschlossenen Vereinbarung erklärten sich die Federal Reserve Bank von New York und die Schweizerische Nationalbank bereit, auf Swap-Basis sich für die Dauer von drei Monaten gegenseitig ihre Währungen bis zum Betrage von 100 Millionen Dollar bzw. 431,5 Millionen Schweizerfranken zur Verfügung zu stellen. Auf Anregung des schweizerischen Noteninstituts wurde eine Swap-Vereinbarung gleicher Art und vom selben Umfang zwischen der Federal Reserve Bank von New York und der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich abgeschlossen. Im Zuge dieser Abmachungen trat die Federal Reserve Bank von New York der Schweizerischen Nationalbank und der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich Dollars im Betrage von je 50 Millionen gegen je 216 Millionen Schweizerfranken ab. Auf Grund der vorgenommenen Swap-Operationen waren diese Dollars kursgesichert. Im August wurde ein weiterer Swap im Umfang von 10 Millionen Dollar zu Lasten des Arrangements zwischen der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich und der Federal Reserve Bank von New York abgewickelt. Letztere kaufte mit den ihr insgesamt überwiesenen 475 Millionen Schweizerfranken 110 Millionen Dollar von der Nationalbank zurück, wodurch sich die Währungsreserven entsprechend verringerten. Da das schweizerische Noteninstitut die im Rahmen der Swap-Transaktionen übernommenen Dollars an Banken zur Anlage in amerikanischen Schatzwechseln weitergab und die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich die Swaps aus Frankenvorlagen schweizerischer Banken, zum Teil auch aus bereits bei ihr liegenden Frankenbeträgen finanzierte, wurde der Gesamtbetrag der der Federal Reserve Bank von New York gutgebrachten Schweizerfranken vom Markt abgeschöpft. Durch diese Operationen sowie durch Dollarabtretungen an den Bund zu Anlagezwecken ging der Bestand an Währungsreserven bis Ende August auf 11 394 Millionen Franken zurück.

Eine neue Störung erfuhr die Währungslage in der zweiten Hälfte Oktober, als die Kubakrise den Dollarzustrom nach der Schweiz wieder anschwellen liess. Obwohl die Krise nur drei Tage dauerte, wurden der Nationalbank Dollars im Gegenwert von 230 Millionen Franken abgetreten; da überdies für Rechnung der Federal Reserve Bank von New York Dollars im Betrage von 40 Millionen Franken gekauft wurden, flossen dem Markt insgesamt 270 Millionen Franken zu. Zum Abbau des Devisenbestandes und zur teilweisen Abschöpfung von Marktmitteln wurden folgende Massnahmen getroffen: Das Swap-Arrangement zwischen der Federal Reserve Bank von New York und der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich wurde im Ausmass von

20 Millionen Dollar erneut ausgenützt, nachdem es gelungen war, seine Inanspruchnahme in den vorangegangenen Wochen um 25 Millionen Dollar abzubauen. Die erforderlichen Frankenbeträge wurden der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich von der Nationalbank auf dem Wege eines Gold/Franken-Swaps zur Verfügung gestellt. Wiederum verwendete die Federal Reserve Bank von New York die Franken zum Rückkauf von Dollars bei der schweizerischen Notenbank. Die Federal Reserve Bank von New York kaufte ferner am Markt 30 Millionen Dollar auf Termin, was der Nationalbank ermöglichte, Dollars auf kursgesicherter Basis an die Banken abzugeben, um derart eine Verminderung von Marktmitteln herbeizuführen.

Im Rahmen der Notenbankkooperation erwarb die Federal Reserve Bank von New York im Oktober und November von der Nationalbank Gold. Sie benützte hierzu Mittel, die den amerikanischen Währungsbehörden gegen die einleitend erwähnte Ausgabe von Schweizerfranken-Zertifikaten überlassen worden waren. Die betreffenden Schuldverschreibungen sind im Ausweis der Nationalbank unter einer neuen Position «Ausländische Schatzanweisungen in Schweizerfranken» verbucht.

Vor Jahresende hatte die Nationalbank im Zuge der Ultimovorbereitungen der Banken Dollars im Gegenwert von 849 Millionen Franken zu übernehmen, und zwar 190 Millionen Franken fest und 659 Millionen in der Form von Swaps, die teilweise eine etwas längere Laufzeit hatten als die in den Vorjahren getätigten Transaktionen. Ausserdem beschafften sich die Grossbanken weitere Frankenbeträge durch Dollar-Swaps mit der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, welche die Schweizerfranken von der Nationalbank auf dem Wege einer Swap-Operation gegen Gold erhielt. Ferner wurden gegen Jahresende Dollar-Terminverpflichtungen der Federal Reserve Bank von New York in der Höhe von 130 Millionen Franken erfüllt, was zu einer entsprechenden Verflüssigung des Marktes führte. Die Mittel hierzu beschaffte sich die Federal Reserve Bank von New York durch eine Swap-Operation mit der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, der die entsprechenden Frankenbeträge von der Nationalbank gegen Gold auf Swap-Basis zur Verfügung gestellt wurden. Diese Operationen führten bis zum Jahresende zu einer Zunahme der Währungsmittel auf 12 411 Millionen Franken. Gegenüber dem Stand vor einem Jahr entspricht dies einer Steigerung von 491 Millionen.

Der Devisenvorrat unterlag in der Berichtszeit stärkeren Schwankungen. Zu Beginn des Jahres führte die Auflösung von kurzfristigen Swaps mit den Banken einen Rückgang herbei. Als das Noteninstitut im Frühjahr Devisen an den Markt abgeben konnte, beschaffte es sich Dollars bei den amerikanischen Währungsbehörden gegen Schweizerfranken und durch die Abtretung von Gold. Bis Mitte Juli liess die Nationalbank ihren Devisenvorrat vorübergehend auf 1 494 Millionen Franken ansteigen. Durch die erwähnten währungspolitischen Massnahmen vom Sommer und Herbst wurde der Devisenbestand indessen wieder kräftig abgebaut. Am Jahresende setzten sich die Währungsmittel aus Gold im Betrage von 11 544 Millionen und aus Devisen in der Höhe von 867 Millionen zusammen. Der Goldvorrat stieg damit innert Jahresfrist um 466 Millionen und der Devisenbestand um 25 Millionen Franken. Wenn der Devisenvorrat trotz der beträchtli-

chen Dollarandienungen seitens der Banken auf das Jahresende keinen stärkeren Anstieg verzeichnete, so ist dies darauf zurückzuführen, dass die Nationalbank die von ihr übernommenen Dollars der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich im Rahmen einer Swap-Operation gegen Gold abtrat.

Der schweizerische *Valutamarkt* stand in den ersten Monaten unter dem Einfluss der stark passiven Zahlungsbilanz. Der zunehmende Bedarf an ausländischen Zahlungsmitteln fand bis Mitte Mai in der schwächeren Haltung des Schweizerfrankens gegenüber den führenden Devisen seinen Niederschlag. Der Kurs des amerikanischen Dollars, der sich am Jahresanfang leicht unter 4,32 bewegte, stieg sukzessive bis auf 4,349. Fest lagen auch die europäischen Währungen. Ihre Notierungen näherten sich den offiziellen Paritäten oder überschritten diese vorübergehend in einzelnen Fällen.

Die Beunruhigung der internationalen Währungslage und die Kursrückgänge an den Aktienbörsen führten Mitte Mai eine Umkehr in der Kursbewegung am Valutamarkt herbei und äusseren sich in der Folge in zeitweise beträchtlichen Kursschwankungen. Der amerikanische Dollar fiel Anfang Juni auf den Aufnahmekurs der Nationalbank von 4,315 zurück, von dem er sich erst Ende Juli wieder zu lösen vermochte. Im Spätsommer verbesserte sich seine Notiz bis auf 4,32³/₄. Unter den Auswirkungen der Kubakrise fiel die amerikanische Devisen aber erneut auf 4,315 zurück. Sie verblieb, von vorübergehenden und bescheidenen Kurserhöhungen abgesehen, bis Mitte Dezember auf diesem Niveau. Am Jahresende wurde der amerikanische Dollar zu 4,319 gehandelt.

Die europäischen Währungen liessen, obwohl sie sich am schweizerischen Devisenmarkt in der Grundtendenz im Einklang mit dem Dollarkurs entwickelten, gewisse Eigenbewegungen erkennen. So zeigte der französische Franken durchweg eine feste Haltung, und die italienische Lira zeichnete sich durch geringfügige Schwankungen aus. Das englische Pfund gab gegenüber dem amerikanischen Dollar eher nach und notierte in den letzten Monaten des Berichtsjahres unter dem Vorjahresstand. Die D-Mark geriet während des Kubakonfliktes unter einen stärkeren Druck, was vorab Rückzügen von Kapitalien aus Westdeutschland zuzuschreiben war. In den letzten Jahreswochen zog ihr Kurs international wieder kräftig an. Beträchtliche Fluktuationen liessen die Notierungen des holländischen Guldens erkennen.

Einen sehr bewegten Verlauf wies der kanadische Dollar auf. Nachdem die kanadischen Währungsbehörden von Mitte 1961 an durch umfangreiche Käufe von US-Dollars auf eine Senkung des sich frei am Markte bildenden Kurses der kanadischen Valuta hingewirkt hatten, wodurch sich deren Notierung Ende 1961 auf 0,96 US-Dollar stellte, trat Anfang Mai eine weitere Senkung des Wechselkurses ein, bei gleichzeitiger Stabilisierung auf dem Niveau von 0,925 und Festsetzung von Schwankungsbreiten gemäss den Normen des Internationalen Währungsfonds. Als in der Folge Kapitalien von Kanada abgezogen wurden, mussten umfangreiche Währungsmittel zur Kursstützung eingesetzt werden. Es entstand eine kritische Währungslage. Um dieser zu begegnen, schritt die kanadische Regierung am 24. Juni zu kräftigen Sanierungsmassnahmen. Sie wurde dabei durch eine grosszügige internationale Finanzhilfe unterstützt, so dass es gelang, die Situation zu bereini-

gen. Der Kurs des kanadischen Dollars, der zeitweise auf 0,917 US-Dollar zurückgefallen war, notierte am Jahresende 0,928.

Die internationalen *Goldmärkte* zeigten nach einer Belebung zu Jahresbeginn bis Anfang Mai einen ruhigen Geschäftsgang. Der Goldpreis am Londoner Markt, der Ende 1961 35,14³/₈ US-Dollar die Unze fein betragen hatte, bildete sich auf 35,06 zurück. Im Mai brachte das Misstrauen in die Stabilität des amerikanischen Dollars eine Steigerung der Umsätze, doch konnte der Preisanstieg durch die Marktregulierung seitens des Londoner Goldpools, an dem die Federal Reserve Bank von New York und europäische Notenbanken beteiligt sind, in engen Grenzen gehalten werden. Die Rückwirkungen des Kurszerfalls an den Aktienbörsen verstärkten im Juni die Goldnachfrage und liessen den Goldpreis erstmals seit Februar auf über 35,10 und in der zweiten Hälfte Juli auf 35,14¹/₂ steigen. Die entschiedene Erklärung des Präsidenten der Vereinigten Staaten, dass seine Regierung an der bisherigen Goldparität festhalten werde, brachte den Goldpreis aber unverzüglich auf 35,11 zurück. In analoger Weise wirkte sich am Goldmünzenmarkt der Beschluss aus, wonach ab 1. Januar 1963 das Verbot des Goldbesitzes für Bürger der Vereinigten Staaten im In- und Ausland auf alle Goldmünzen ausgedehnt wurde. Eine erneute Belebung erfuhr die Goldnachfrage durch die anhaltenden politischen Spannungen um Berlin und den Kubakonflikt. Am 24. Oktober erreichte der Goldpreis am Markt vorübergehend mit 35,19¹/₂ den höchsten Stand des Jahres, um bis zum 31. Dezember auf 35,06¹/₄ abzugleiten.

Die Umsätze in der Schweiz entwickelten sich weitgehend in Übereinstimmung mit jenen an den internationalen Goldmärkten. Der höchste Preis wurde mit 4 905 Franken für das Kilo fein in der zweiten Hälfte April, der niedrigste Preis, 4 865 Franken, in der ersten Dezemberhälfte notiert.

In den *internationalen Währungsrelationen* ergaben sich im Berichtsjahr wiederum verschiedene Änderungen. Die grösste Bedeutung kam der bereits erwähnten Abkehr Kanadas am 2. Mai 1962 von dem seit 1950 in Kraft gewesenen System fluktuierender Wechselkurse und dem Übergang zu einer festen Parität gegenüber dem US-Dollar zu. Offizielle Währungsabwertungen wurden in Bulgarien, Chile sowie in Israel, wo gleichzeitig das Devisensystem vereinheitlicht wurde, vorgenommen. Wechselkursberichtigungen, de facto-Abwertungen und Umgestaltungen im Devisensystem erfolgten auch in Ägypten, Argentinien, Brasilien, den Philippinen, in Südkorea, Süd-Vietnam, Syrien, Uruguay und Venezuela. Erstmals wurden von Malaya, Portugal und Zypern Paritäten mit dem Internationalen Währungsfonds vereinbart. Als neue Mitglieder traten dem Währungsfonds Liberia, Senegal, Somaliland und Togo bei, womit sich die Zahl der ihm angeschlossenen Länder auf 79 erhöhte.

Das Berichtsjahr brachte wiederum einen Abbau von noch bestehenden Beschränkungen im internationalen Handels- und Zahlungsverkehr, während erfreulicherweise nur relativ unbedeutende neue bzw. verschärfte Restriktionen zu verzeichnen waren. Wie die Mehrzahl der europäischen Staaten, die diesen Schritt bereits im Februar des Vorjahres getan hatten, unterstellte sich am 1. August 1962 auch Österreich dem Artikel VIII des Abkommens über den Internationalen Währungsfonds. Lockerungen in der Devisenbewirtschaftung wurden vorgenommen in Frankreich

und Italien durch Zulassung von Kapitaltransaktionen zum offiziellen Devisenkurs, in Grossbritannien durch Zusammenlegung der bisherigen zwei, im Dollarraum bzw. den übrigen nicht dem Sterlinggebiet angehörenden Ländern zu Wertschriftenkäufen verwendbaren Dollars, in Spanien durch Zulassung des Transfers von Kapitalerträgen und -gewinnen auf ausländischen Anlagen, in Österreich durch Freigabe des Erwerbs ausländischer Wertschriften sowie in Frankreich und Österreich durch Erhöhung der Devisenquoten im Touristenverkehr. Die Philippinen schliesslich hoben im Zusammenhang mit der Einführung eines einheitlichen flexiblen Wechselkurses die Devisenbewirtschaftung auf. Demgegenüber standen Einschränkungen im Devisenverkehr in Ägypten (Verbot der Notenein- und -ausfuhr) sowie in Guatemala, wo der bisher freie Zahlungsverkehr mit dem Ausland einer Kontrolle unterstellt wurde.

Im zwischenstaatlichen Handelsverkehr erfolgten Erleichterungen – neben weiteren regionalen Zollsenkungen innerhalb der EWG, der EFTA sowie im Rahmen des GATT – durch verschiedene in erster Linie konjunkturpolitisch motivierte Zollherabsetzungen in Österreich und in Italien. Quantitative Restriktionen wurden in Finnland, Holland, Japan, Spanien und Südafrika abgebaut. Diesen Verminderungen bestehender Handelsschranken standen durch die Zahlungsbilanzentwicklung bedingte temporäre Zollzuschläge in Kanada, die bereits vor Jahresende wieder teilweise aufgehoben werden konnten, sowie eine Zollerhöhung in Argentinien gegenüber.

Der Zahlungsverkehr im Rahmen des *Europäischen Währungsabkommens* wickelte sich wie bereits in den vorangegangenen Jahren ohne jegliche Schwierigkeiten ab. Von der Zwischenfinanzierung, wie sie im Abkommen vorgesehen ist, machte im Berichtsjahr lediglich Griechenland Gebrauch. Der Europäische Fonds gewährte der Türkei einen neuen Kredit von 45 Millionen US-Dollar zu $3\frac{3}{4}$ Prozent in zwei Tranchen mit einer Laufzeit von drei Jahren, sowie einen solchen an Island von 5 Millionen Dollar auf zwei Jahre, ebenfalls zu $3\frac{3}{4}$ Prozent, nachdem dieses Land einen früheren Kredit vollumfänglich zurückgezahlt hatte. Spanien erklärte sich bereit, auf den ihm eingeräumten Aufschub der Beitragsleistung an den Europäischen Fonds zu verzichten. Ohne zu bestimmten Schlussfolgerungen zu gelangen, wurde im Laufe des Berichtsjahres die Möglichkeit diskutiert, die Mittel des Europäischen Fonds für die Gewährung längerfristiger Entwicklungskredite an Mitgliedstaaten zu verwenden. Die Besprechungen über die Ende Dezember erfolgte Verlängerung des Europäischen Währungsabkommens um ein weiteres Jahr führten zum Ergebnis, dass Grossbritannien die im Abkommen vorgesehene Kursgarantie gegenüber dem US-Dollar nur noch für einen Betrag von 11,250 Millionen Pfund Sterling gewährt, wobei mit jeder Zentralbank der Mitgliedstaaten eine entsprechende Quote vereinbart wurde.

Der mit dem Konjunkturauftrieb verbundene hohe Kreditbedarf der Wirtschaft und der öffentlichen Hand äusserte sich in einer sehr regen Nachfrage nach Bankkrediten, die aber ohne nennenswerte Inanspruchnahme der Notenbank befriedigt werden konnte. Die Kredithingabe des Emissionsinstituts hielt sich auf einem niedrigen Stand, obwohl sie das ganze Jahr hindurch etwas grösser ausfiel als 1961. Zu Beginn des Berichtsjahres erfuhr der Notenbankkredit eine Verminderung von 136 Millionen auf 70 Millionen Franken, was insbesondere der Rückzahlung von Lombardvorschüssen zuzuschreiben war. Auf diesem Niveau verharrte er, von einer vorübergehenden Erhöhung auf 87 Millionen Franken Ende Juni abgesehen, bis Ende November. Gegen Jahresende war der Rückgriff auf den Nationalbankkredit etwas stärker als im Vorjahr, wobei sich aber bemerkenswerterweise nur eine kleinere Zahl von Banken genötigt sah, zur Mobilisierung von Mitteln bei der Nationalbank zu schreiten. Am 31. Dezember 1962 betragen die Kreditengagements beim Noteninstitut 195 Millionen Franken oder 59 Millionen mehr als ein Jahr zuvor. Von den gewährten Krediten entfielen 123 Millionen, wovon 45 Millionen rediskontierte Schatzanweisungen des Bundes, auf das Inlandportefeuille und 72 Millionen auf Lombardvorschüsse. Im weiteren verschafften sich einzelne Banken Mittel im Umfange von 27 Millionen Franken durch die vorübergehende Rückgabe von Sterilisierungsreskriptionen an die Nationalbank, verglichen mit 106 Millionen im Vorjahr.

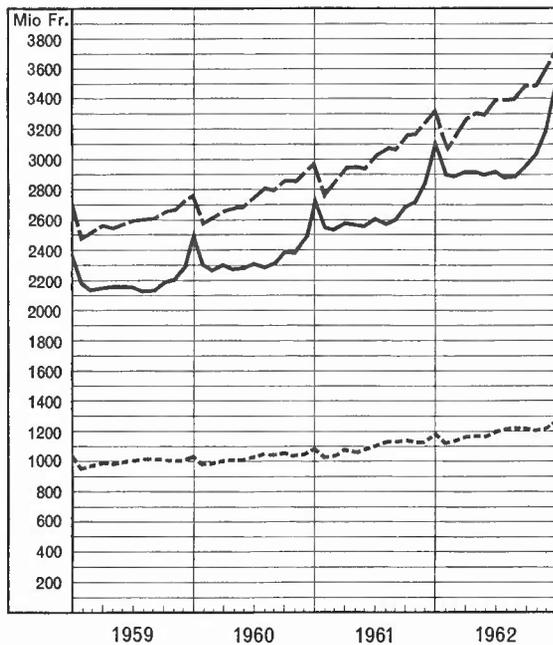
Das *Inlandportefeuille* zeigte bis kurz vor Ende Dezember eine ruhige Entwicklung. In der zweiten Jahreshälfte war es zeitweise etwas umfangreicher als in den vorangegangenen Monaten, wobei die Steigerung auf der Diskontierung von Obligationen beruhte. Der Wechselbestand bewegte sich im Monatsdurchschnitt zwischen 52 und 79 Millionen Franken. Ein nahezu konstanter Betrag von rund 45 Millionen Franken entfiel auf Pflichtlagerwechsel einschliesslich rund 5 Millionen Franken Getreidewechsel. Die Haltung von Pflichtlagern seitens der Wirtschaft verblieb auf Vorjahreshöhe. Mit Einschluss der Zusatzlager von Brotgetreide standen Ende 1962 insgesamt 2 927 Lagerverträge in Kraft gegen 2 948 ein Jahr zuvor. Der Wert der eingelagerten Waren stellte sich auf 1 278 Millionen Franken. An deren Finanzierung waren die Banken mit 688 Millionen Franken beteiligt, verglichen mit 672 Millionen vor Jahresfrist. Im *Lombardgeschäft* betrug der Jahresdurchschnitt der ausstehenden Vorschüsse 16 Millionen Franken.

Unter dem Einfluss der konjunkturellen Übersteigerung wuchs der Notenbedarf von Bevölkerung und Wirtschaft kräftig an. Ende 1961 hatte der *Notenumlauf* den Betrag von 7 656 Millionen Franken erreicht. Infolge des Notentrückflusses in den ersten Wochen ging er bis Ende Januar um 565 Millionen Franken, d. h. um rund 100 Millionen stärker als im Parallelmonat des vorangegangenen Jahres, zurück. Alsdann führten Mehrbezüge zu einer erheblichen Steigerung der Notenzirkulation, die im Frühjahr den entsprechenden Vorjahresstand um gegen 800 Millionen Franken überschritt. Die Überhöhung verzeichnete im Sommer eine vorübergehende Verringerung, doch weitete sie sich im Herbst wieder aus. Am Jahresende lag die Notenausgabe

Gliederung des Notenumlaufs

Am Monatsende

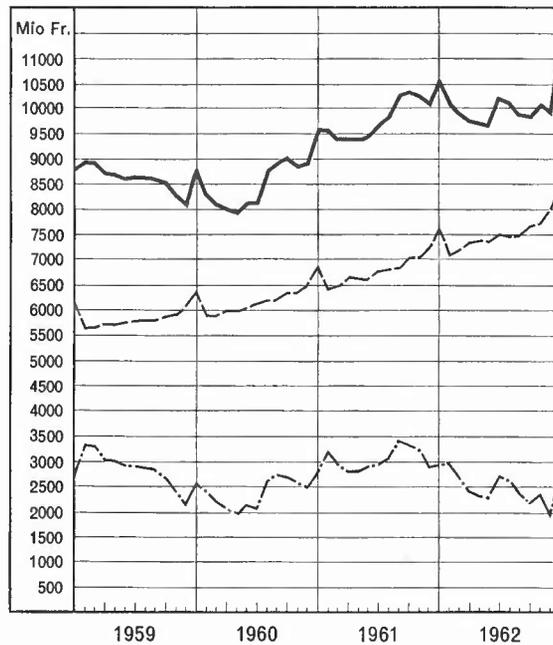
- Noten zu 1000 und 500 Franken
- Noten zu 100 Franken
- - - - - Noten zu 50, 20, 10 und 5 Franken



Notenumlauf und täglich fällige Verbindlichkeiten

Am Monatsende

- Notenumlauf
- - - - - Täglich fällige Verbindlichkeiten
- Zusammen



mit 8 506 Millionen Franken um 850 Millionen oder 11,1 Prozent über dem Stand vor zwölf Monaten, was vermutlich auch mit einer Thesaurierung von Noten zusammenhängt. Im Jahre 1961 hatte der Steigerungssatz 11,9 Prozent betragen. Am 31. Dezember 1962 war der Notenumlauf zu 136 Prozent durch Gold gedeckt.

In der Zusammensetzung des Notenumlaufs trat eine Verlagerung auf die Abschnitte zu 100 und 500 Franken ein. Der auf die 1000 Franken-Noten entfallende Anteil an der gesamten Notenzirkulation, welcher seit Jahren eine Zunahme aufgewiesen hatte, zeigte im Berichtsjahr einen leichten Rückgang, und die Quoten der Abschnitte von 5 bis 50 Franken schrumpften deutlich weiter. Die drei kleinsten Noten von 5, 10 und 20 Franken zusammen waren am 31. Dezember 1962 mit 7,92 Prozent am Notenumlauf beteiligt gegen 8,33 Prozent ein Jahr zuvor. Beim Abschnitt zu 50 Franken ergab sich eine Verminderung von 7,27 auf 7,01 Prozent. Der Anteil der 100 Franken-Note erhöhte sich von 43,57 auf 43,81 Prozent, jener der 500 Franken-Note von 10,55 auf 11,09 Prozent. Die Quote des Abschnitts zu 1000 Franken ging innert Jahresfrist von 30,28 auf 30,17 zurück.

Die wesentlichsten Bestimmungsfaktoren der Entwicklung der *täglich fälligen Verbindlichkeiten* bildeten einerseits die Dollarübernahmen, andererseits die Massnahmen des Noteninstituts zur Abschöpfung von Markt Guthaben, die Sterilisierungsoperationen des Bundes auf dem Wege der Anlage überschüssiger Tresoreriemittel im Ausland sowie die Ausdehnung des Notenum-

laufs. Die zunehmende Passivierung der Ertragsbilanz fand in der Bewegung der Sichtverbindlichkeiten der Nationalbank nur in den ersten Monaten des Berichtsjahres ihren Niederschlag.

Obwohl den Banken der Frankengegenwert von Dollarzessionen auf Girokonto gutgeschrieben wird und Devisenabgaben an den Markt Mittel abschöpfen, entwickelten sich die *Giroguthaben von Banken, Handel und Industrie* nicht durchweg im Einklang mit den Währungsreserven.

Ende 1961 standen die Giroguthaben der Wirtschaft mit 1 996 Millionen Franken zu Buch. Gleich zu Beginn des Berichtsjahres erfuhren sie eine Verminderung, indem die Banken Dollars im Betrage von 281 Millionen Franken sowie Sterilisierungsreskriptionen des Bundes in der Höhe von 106 Millionen Franken zurücknahmen, welche sie zur Beschaffung flüssiger Mittel kurz vor der Jahreswende an die Notenbank abgetreten hatten. Die damit verbundene Inanspruchnahme von Giroguthaben der Wirtschaft wurde aber durch den Notenrückfluss mehr als ausgeglichen, so dass diese Marktmittel im Laufe der drei ersten Jahreswochen eine Erhöhung auf 2 270 Millionen Franken aufwiesen. Nach einer kurzen Periode ruhiger Entwicklung machten sich die Fehlbeträge der Devisenbilanz bemerkbar. Da zudem der Notenbedarf der Wirtschaft eine steigende Tendenz zeigte, gingen die Sichtguthaben von Banken, Handel und Industrie bis Ende Mai auf 1 748 Millionen zurück und unterschritten damit den entsprechenden Vorjahresstand um 307 Millionen Franken. Als die Notenbank erneut beträchtliche Dollarbeträge zu übernehmen hatte, konnte die Steigerung der Giroguthaben der Wirtschaft durch die bereits erwähnten Abschöpfungsmassnahmen in engen Schranken gehalten werden. In der gleichen Richtung wirkten die weitere Zunahme des Notenumlaufs sowie namhafte Überweisungen auf Rechnungen des Bundes. Nach einer Ausdehnung auf 2 617 Millionen Franken Mitte Juli gingen die Sichtguthaben der Wirtschaft bis zum 7. Dezember auf 1 599 Millionen zurück. Die Ultimovorkehrten der Banken brachten in den letzten drei Wochen wieder einen starken Anstieg ihrer Giroguthaben um rund 700 Millionen Franken. Ende 1962 verfügte die Wirtschaft über Sichtgelder beim Noteninstitut in der Höhe von 2 294 Millionen Franken oder 298 Millionen mehr als vor Jahresfrist. Die Guthaben der Grossbanken lagen 188 Millionen Franken über dem Stand vor einem Jahr; jene der Kantonalbanken wiesen eine Zunahme um 44 Millionen Franken auf, und bei den übrigen Bankengruppen zusammen ergab sich eine Ausweitung um 62 Millionen Franken.

Die *Guthaben des Bundes* beliefen sich Ende 1961 auf 662 Millionen Franken. Die Hochkonjunktur brachte der Eidgenossenschaft hohe Fiskaleinnahmen, welche die laufenden Ausgaben kräftig überstiegen, was sich in einer beträchtlichen Zunahme der Guthaben bei der Notenbank äusserte. Im weiteren zahlte das amerikanische Schatzamt die Schuldverschreibungen in der Höhe von 200 Millionen Franken zurück, die dem Bund 1961 als Anlage überlassen worden waren. Da dieser im Hinblick auf die konjunkturelle Übersteigerung sowie zur Unterstützung der währungs- und kreditpolitischen Massnahmen der Nationalbank seine überschüssigen Tresoreriemittel im Ausland anlegte, wurde der Anstieg der Bundesguthaben beim Noteninstitut nicht nur hintangehalten, sondern diese zeigten vielmehr, bei einer allerdings unregelmässigen Entwicklung, bis zum Jahresende einen Abbau auf 356 Millionen Franken. Zur Ver-

minderung trug Mitte November die Rückzahlung einer Bundesanleihe von 200 Millionen Franken bei. Ein Teil der kursgesicherten Dollaranlagen des Bundes wurde durch die Ausgabe seitens des amerikanischen Schatzamtes von auf Schweizerfranken lautenden, mit Laufzeiten von 15 bis 16 Monaten ausgestatteten Schuldverschreibungen in der Höhe von 220 Millionen Franken konsolidiert.

Die Guthaben ausländischer Banken, welche sich Ende 1961 auf 231 Millionen belaufen hatten, zeigten keinen gleichmässigen Verlauf. Die Veränderungen waren auf die genannte Rückzahlung von Schuldverschreibungen der Vereinigten Staaten von Amerika sowie auf andere Transaktionen zwischen der Schweizerischen Nationalbank und den amerikanischen Währungsbehörden zurückzuführen. Am Jahresende stellten sich die Guthaben ausländischer Banken, die, von einem geringfügigen Betrag abgesehen, Verpflichtungen gegenüber ausländischen Notenbanken darstellten, auf 98 Millionen Franken.

Die Guthaben der Deponenten hielten sich zwischen 18 Millionen und 32 Millionen Franken, und die Guthaben auf den dem gebundenen Zahlungsverkehr mit dem Ausland dienenden Rechnungen bewegten sich zwischen 15 Millionen und 30 Millionen Franken.

GELD- UND KAPITALMARKT

Angesichts der konjunkturellen Übersteigerung im Inland und der aussenwirtschaftlichen Entwicklung wäre eine deutliche Verknappung des Geld- und Kapitalmarktes zu erwarten gewesen. Eine solche blieb indessen aus. Lediglich im Frühjahr zeigte sich eine leichte Marktverengung, die im Juni, als Folge des Dollarzuflusses aus dem Ausland, von einer erneuten Verflüssigung abgelöst wurde. Die Erleichterung machte sich vorab am Geldmarkt bemerkbar. Bis kurz vor Jahresende befand sich der Markt, im ganzen gesehen, in einer flüssigen Verfassung; nur in Teilgebieten waren Versteifungstendenzen festzustellen.

Was die *Geldmarktsätze* anbelangt, wurden der offizielle Diskontosatz auf dem Stand von 2 Prozent und der Lombardzinsfuss auf 3 Prozent belassen. Der Satz für Callgeld betrug bis Ende Oktober $1\frac{1}{4}$ Prozent. Im November hob er sich auf $1\frac{1}{2}$ bis $1\frac{3}{4}$ Prozent und Mitte Dezember auf $1\frac{3}{4}$ bis 2 Prozent. Die Verzinsung für Dreimonatsdepots bei Grossbanken schwächte sich bis Mitte Februar von $2\frac{1}{8}$ Prozent auf $1\frac{7}{8}$ bis 2 Prozent ab. Nach einer zeitweisen Befestigung auf $2\frac{3}{8}$ Prozent Ende April ging sie bis zum Herbst auf $2\frac{1}{4}$ Prozent zurück. Als Folge der Marktverengung in den letzten Jahreswochen hob sich die Vergütung für solche Depots auf $2\frac{7}{8}$ bis 3 Prozent. Die Diskontosätze für Pflichtlagerwechsel von $1\frac{3}{4}$ Prozent für Lager in Lebens- und Futtermitteln und von 2 Prozent für übrige Pflichtlager wurden auch im Berichtsjahr nicht geändert. Dagegen erfuhren die Abgabesätze für Erneuerungen von Schatzanweisungen des Bundes, in Anpassung an die Entwicklung der Marktlage, eine leichte Erhöhung um $\frac{1}{8}$ Prozent. Ab Mitte Juli kamen Sätze von $\frac{3}{8}$, $1\frac{5}{8}$ und $1\frac{7}{8}$ Prozent für Laufzeiten von 1 Jahr, $1\frac{1}{2}$ und 2 Jahren zur Anwendung.

Am ausgeprägtesten trat die Tendenz zu Zinsfussteigerungen am mittelfristigen Markt in Erscheinung. Insbesondere waren die Lokalbanken bestrebt, den *Zinsfuss für Kassenobligationen* her-

aufzusetzen, um vermehrte Mittel an sich zu ziehen oder weil die Konversion fälliger Kassenobligationengelder zu den bisherigen Bedingungen Schwierigkeiten begegnete. Viele Institute hatten im Jahre 1961 oder schon früher umfangreiche Kredite zugesichert, die sie nun honorieren mussten. Da der Neuzugang von Betriebsmitteln mit der Kreditinanspruchnahme oftmals nicht Schritt hielt, suchten sie sich durch höhere Satzangebote mittelfristige Gelder zu beschaffen. Die Nationalbank liess Lokalbänken, welche ihr gemäss den Bestimmungen von Art. 10 des Bankengesetzes von ihren Vorhaben Kenntnis gaben, den Zinsfuss für Kassenobligationen von $3\frac{1}{2}$ Prozent auf $3\frac{3}{4}$ Prozent heraufzusetzen, wissen, dass sie gegen die Satzerhöhung grundsätzlich keine Einwendungen geltend zu machen habe. Sie wirkte indessen darauf hin, dass Satzheraufsetzungen solange als möglich hinausgeschoben wurden. Die Erhöhung auf $3\frac{3}{4}$ Prozent setzte sich denn auch nur allmählich durch. Bis zum Jahresende war die Mehrheit der Lokalbänken zu diesem Zinsfuss übergegangen. Die Kantonalbänken hielten an $3\frac{1}{2}$ Prozent fest, sistierten indessen die Ausgabe von Titeln zu 3 Prozent und verkürzten die Laufzeiten der $3\frac{1}{4}$ bis $3\frac{1}{2}$ Prozent-Obligationen. Diese Entwicklung widerspiegelte sich in einer Satzverteuerung von durchschnittlich 3,34 Prozent Ende 1961 auf 3,39 Prozent Ende 1962. Vereinzelt beabsichtigten im Herbst auch Staatsinstitute, den Zinsfuss auf $3\frac{3}{4}$ Prozent zu erhöhen. Im Einvernehmen mit den Kantonalbänken empfahl die Nationalbank, die Weiterentwicklung des Marktes bis nach Neujahr abzuwarten und von einer Satzheraufsetzung vorläufig Abstand zu nehmen. Bei den Grossbänken ergab sich eine Erhöhung der Durchschnittsverzinsung für Kassenobligationen von 3,27 auf gleichfalls 3,39 Prozent. Sie war darauf zurückzuführen, dass Institute dieser Gruppe, soweit sie am Jahresanfang 3 Prozent-Titel ausgegeben hatten, deren Emission im Frühsommer einstellten. Vier Grossbänken verkürzten im Sommer die Laufdauer ihrer zu $3\frac{1}{4}$ und $3\frac{1}{2}$ Prozent verzinslichen Kassenobligationen, und ein Institut sistierte die Ausgabe von $3\frac{1}{4}$ Prozent-Titeln.

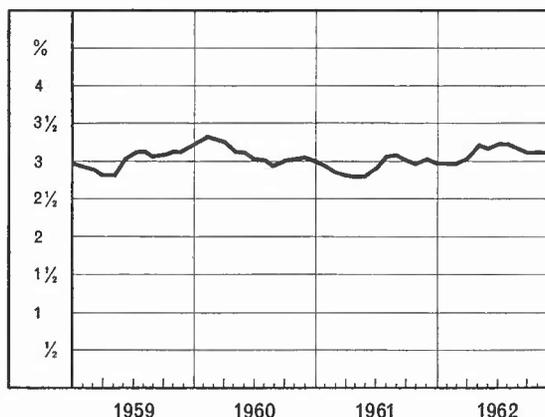
Die *Verzinsung für Spareinlagen* zeigte praktisch keine Veränderungen. Die Kantonalbänken vergüteten für solche Gelder in der Regel $2\frac{3}{4}$ Prozent, in einzelnen Fällen 3 Prozent. Grosse Einlagenbestände wurden von verschiedenen Instituten dagegen nur zu $2\frac{1}{4}$ bis $2\frac{1}{2}$ Prozent verzinst. Ende des Berichtsjahres ergab sich für die massgebenden Kantonalbänken ein durchschnittlicher Satz von 2,75 Prozent gegen 2,73 Prozent ein Jahr zuvor. Eine gleichfalls nur leichte Verbesserung der Konditionen für die Spareinleger war auch bei Lokalbänken festzustellen.

Die Tendenz zur Satzversteifung machte sich auch in einzelnen Sektoren des Hypothekarmarktes bemerkbar. Der *Zinsfuss für bestehende erste Hypotheken* im allgemeinen Wohnungsbau sowie für Grundpfanddarlehen an die Landwirtschaft wurde hievon aber nicht berührt; er verblieb auf dem Stand von $3\frac{3}{4}$ Prozent. Indessen wurden da und dort von privaten Instituten neue Hypotheken im ersten Rang auf Wohnbauten nur noch zu 4 Prozent gewährt, welcher Satz schon früher für gewerbliche und industrielle Darlehen allgemein verlangt worden war.

Im Zuge der Markteinengung stieg die *Rendite der schweizerischen Staatswerte*, die sich, berechnet nach der Fälligkeit, Ende Dezember 1961 auf 2,98 Prozent belaufen hatte, bis Ende April 1962 auf 3,21 Prozent; nach einer Abschwächung auf 3,13 Prozent erreichte sie Anfang

Rendite schweizerischer Staatswerte

Monatsdurchschnitte



Juli den Jahreshöchststand von 3,27 Prozent. Die Marktverflüssigung im dritten Vierteljahr führte alsdann einen Rückgang des Renditensatzes auf 3,11 Prozent Ende September herbei. Bis zum Jahresende hielten sich dessen Bewegungen in engen Grenzen. Vom Frühjahr an konnten dank der Kurspflege der Notenbank, auf welche einleitend bereits hingewiesen wurde, stärkere Fluktuationen der Obligationenrendite ausgeglichen werden.

Die *Emissionstätigkeit* war sehr rege. Am öffentlichen Markt wurden 65 Anleihen aufgelegt und 75 Aktienemissionen durchgeführt gegenüber 75 bzw. 64 im Jahre 1961. Während die Inanspruchnahme des Marktes durch inländische Anleihensemissionen den Vorjahresbetrag um rund ein Zehntel übertraf, wurden ihm durch schweizerische Aktienemissionen beinahe doppelt soviel Mittel wie im vorangegangenen Jahr entnommen. Dagegen blieb die Beanspruchung des Marktes durch ausländische Obligationenanleihen erheblich hinter dem Vergleichsbetrag für 1961 zurück.

Der Bedarf der einheimischen Wirtschaft an langfristigen Mitteln stellte den Emissionsmarkt zeitweise vor grosse Anforderungen. Während die in den ersten Monaten aufgelegten schweizerischen Anleihen überzeichnet wurden, vermochten sich bei den Begebungen im Frühjahr die Kurse nicht auf dem Ausgabepreis zu halten. Die Ermüdungserscheinungen dauerten, im ganzen gesehen, bis zur Emissionspause im Sommer an, obwohl die Ausgabebedingungen der neuen Anleihen der veränderten Marktlage angeglichen wurden. Für Begebungen von Kantonen, grossen Gemeinden, Kantonalbanken und Pfandbriefinstituten wurde am Satz von 3½ Prozent festgehalten, die Anleihen hingegen unter pari ausgegeben; trotzdem fanden verschiedene Emissionen beim Publikum keinen Anklang. Die von Ende August an am Markte aufgelegten schweizerischen Anleihen wurden dagegen wieder überzeichnet, doch war im Herbst einzelnen Emissionen neuerdings kein oder nur ein knapper Erfolg beschieden.

Inländische Obligationenanleihen wurden im Betrage von 1 285 Millionen Franken zur öffentlichen Zeichnung aufgelegt. Die Konversionen machten 161 Millionen aus, so dass dem Markt 1 124 Millionen Franken entnommen wurden, im Vergleich zu 1 023 Millionen im vorangegangenen Jahr. Die öffentlichen Aktienemissionen beliefen sich auf 662 Millionen Franken gegen 373 Millionen im Jahre 1961. Die Neubeanspruchung des Marktes durch inländische Anleihens-

und Aktienbegebungen stellte sich somit auf 1 786 Millionen Franken, verglichen mit 1 396 Millionen im Jahr zuvor. Andererseits wurden dem Markt durch Rückzahlungen des Bundes, inländischer Obligationenanleihen und schweizerischen Aktienkapitals 247 Millionen zugeführt, während sich das entsprechende Vorjahresbetreffnis auf 60 Millionen belaufen hatte. Der Mehrbetrag beruhte auf der Mitte November erfolgten Rückzahlung der $2\frac{3}{4}$ Prozent eidgenössischen Anleihe 1950 in der Höhe von 200 Millionen Franken. Werden diese Beträge von der Neubeausspruchung in Abzug gebracht, so ergibt sich eine Nettomittelentnahme am Markte durch inländische Emissionen von 1 539 Millionen gegen 1 336 Millionen Franken im Jahre 1961. Die Mehrbeanspruchung stellte sich somit auf 203 Millionen Franken.

Die Nationalbank war bestrebt, durch eine Erstreckung des Emissionsprogrammes für Auslandsanleihen einer Überlastung des Marktes und einer Beeinträchtigung der einheimischen Emissionsinteressen entgegenzuwirken. Im Vergleich zum Vorjahr zeigte die Begebung von Obligationenanleihen ausländischer Schuldner denn auch einen starken Rückgang. Das Noteninstitut stimmte auf Grund von Art. 8 des Bankengesetzes der Begebung von 14 ausländischen Anleihen im Emissionswert von 705 Millionen Franken zu. Da hievon 50 Millionen auf Konversionen entfielen, machte die Neubeausspruchung des Marktes 655 Millionen Franken aus gegen 960 Millionen im Jahre 1961. Die Nettobeausspruchung blieb infolge umfangreicher Rückzahlungen noch deutlicher hinter dem Vorjahresbetrag zurück. Sie belief sich auf 440 Millionen, verglichen mit 860 Millionen Franken im vorangegangenen Jahre.

Alle öffentlich aufgelegten in- und ausländischen Emissionen zusammen beanspruchten Mittel in der Höhe von 1 979 Millionen, gegenüber 2 196 Millionen Franken im Jahre 1961.

Der Betrag der nicht öffentlich begebenen Anleihen, worunter auch die Geldaufnahmen der Pfandbriefinstitute beim Ausgleichsfonds der Eidgenössischen Alters- und Hinterlassenenversicherung fallen, unterschritt mit 169 Millionen Franken den Vorjahresbetrag um 46 Millionen. Der grosse Kapitalbedarf der Wirtschaft und die Gründung von Aktiengesellschaften widerspiegeln sich dagegen in ungewöhnlich umfangreichen Aktienemissionen ausserhalb des öffentlichen Marktes. Diese beliefen sich auf 1 157 Millionen Franken, nachdem sie bereits im vorangegangenen Jahre 864 Millionen betragen hatten.

Alle öffentlichen und nicht öffentlichen Begebungen zusammen ergaben eine Inanspruchnahme des schweizerischen Kapitalmarktes von netto 3,3 Milliarden Franken. Dass der Markt zeitweise Merkmale der Verengung zeigte, kann angesichts dieser hohen Mittelentnahmen nicht überraschen.

Die Banken unterbreiteten der Nationalbank gemäss Art. 8 des Bankengesetzes weniger Gesuche um Bewilligung von Krediten an das Ausland als im Vorjahr. Das Noteninstitut stimmte Krediten im Betrage von 211 Millionen Franken zu gegenüber 414 Millionen im Jahre 1961.

Die Situation am Kapitalmarkt wurde auch durch die *schweizerischen Investmenttrusts* beeinflusst, indem namentlich die Immobilienfonds eine rege Tätigkeit entfalteten. Andererseits liess die Kursentwicklung an den Aktienbörsen die Wertschriftenfonds nicht unberührt. Die schweizerischen Immobilien trusts, soweit sie für die Plazierung ihrer Anteilscheine öffentlich wer-

ben, gaben in den ersten drei Quartalen 753 000 Anteilscheine im Betrage von 444 Millionen Franken aus gegen 462 000 Zertifikate und 348 Millionen Franken im Parallelzeitraum 1961. Weitere 410 000 Anteilscheine im Betrage von 56 Millionen Franken wurden von Trusts mit Anlagen in Immobilien und Wertschriften emittiert; im Jahre zuvor waren es 344 000 Anteilscheine im Kurswert von 43 Millionen Franken gewesen. Die Wertschriftentrusts vermochten 1 133 000 Zertifikate im Betrage von rund 125 Millionen Franken neu zu plazieren, wovon allein 100 Millionen auf das erste Quartal entfielen. In der Zeit von Januar bis September 1961 hatten die Vergleichszahlen auf 2 552 000 Anteilscheine im Betrage von 248 Millionen Franken gelautet.

Während das Fondsvermögen der Immobilientrusts von Ende Dezember 1961 bis Ende September 1962 einen Anstieg von 1 650 Millionen auf 2 071 Millionen Franken aufwies, verringerte sich jenes der Wertschriftentrusts infolge des Kurseinbruchs an den Aktienbörsen von 3 541 Millionen auf 3 074 Millionen Franken. Einzelne Fonds hatten grössere Posten von Anteilscheinen zurückzunehmen. Im Gefolge dieser Entwicklungen verzeichnete der Kapitalexpert durch schweizerische Anlagefonds einen deutlichen Rückgang. Er stellte sich von Januar bis September 1962 auf 105 Millionen, verglichen mit 210 Millionen Franken im gleichen Zeitraum 1961. Im ersten bis dritten Quartal des Berichtsjahres nahmen 10 neue Fonds ihre Tätigkeit auf, und zwar 3 Immobilienfonds sowie ein Wertschriftenfonds mit Anlagen im Inland, ein Wertschriftenfonds mit Anlagen im Ausland sowie 5 Trusts, welche den Gegenwert ihrer Zertifikate im In- und Ausland plazieren. Das Fondsvermögen sämtlicher 90 schweizerischer Investmenttrusts, welche die Nationalbank vierteljährlich über ihre Geschäftstätigkeit unterrichten, belief sich am 30. September 1962 auf 5,4 Milliarden Franken.

Der *Ausgleichsfonds der Eidgenössischen Alters- und Hinterlassenenversicherung* erhöhte seine Anlagen um 365 Millionen auf 6 210 Millionen Franken. Er gewährte Darlehen an Kantone im Betrage von 51 Millionen und an Gemeinden in der Höhe von 37 Millionen Franken. An die Pfandbriefinstitute gingen 164 Millionen, an Kantonalbanken 97 Millionen und an andere öffentlich-rechtliche Institutionen oder gemischtwirtschaftliche Betriebe 84 Millionen Franken. Die Anlagen beim Bund verminderten sich um 68 Millionen, vor allem weil dieser Mitte Dezember dem Fonds 60 Millionen Franken vorzeitig zurückzahlte. Der entsprechende Betrag wurde an die Pfandbriefinstitute weitergeleitet, die hiedurch in die Lage versetzt wurden, ihren Mitgliedbanken zur Finanzierung von Hypothekengeschäften zusätzliche Mittel auszuleihen.

Die Hochkonjunktur brachte den *Banken* eine Zunahme der Geschäftstätigkeit, welche in einer weiteren Steigerung der Bilanzsummen zum Ausdruck kam. Das Bilanztotal der 62 monatlich berichtenden Institute dehnte sich von Jahresanfang bis Ende November um 4 753 Millionen auf 55,5 Milliarden Franken aus. Die Vermehrung blieb allerdings hinter dem entsprechenden Vorjahresbetrag zurück, der sich auf 5 661 Millionen Franken belaufen hatte. Mehr als die Hälfte des Zuwachses entfiel auf die Grossbanken, deren Bilanzen stärker als jene der anderen Bankengruppen vom Geldzugang aus dem Ausland beeinflusst wurden.

Der Bestand an fremden Geldern zeigte einen Anstieg um 4 304 Millionen Franken. Hieran waren, ausser den Bankenkreditoren, die Checkrechnungen und Sichtkreditoren mit 1 025 Millionen beteiligt, die Kreditoren auf Zeit mit 545 Millionen und die Einlagen auf Spar-, Depositen- und Einlageheften sowie die Kassenobligationengelder mit zusammen 1 750 Millionen. Neue langfristige Mittel erhielten die Banken im Umfange von 551 Millionen durch die Emission von Obligationenanleihen, die Aufnahme von Pfandbriefdarlehen oder Darlehen beim Ausgleichsfonds der Eidgenössischen Alters- und Hinterlassenenversicherung; namentlich die Hypothekarbanken waren bestrebt, sich solche Gelder zu beschaffen, die sie zur Honorierung ihrer grossen Kreditzusagen benötigten. Wenn der Zugang an fremden Mitteln nicht so umfangreich ausfiel wie im vorangegangenen Jahr, als er 5 144 Millionen Franken betragen hatte, so beruhte dies in erster Linie auf einem geringeren Zustrom von Kundensichtgeldern und einem verlangsamten Anstieg der Kassenobligationen. Grösser als im Vorjahr fiel dagegen die Vermehrung der Spareinlagen aus, die aber erhebliche Beträge an Wartegeldern enthielten.

Der wachsende Geldbedarf der Wirtschaft wirkte sich in einer weiteren Zunahme der Ausleihungen der Banken aus, doch verzeichneten sie einen spürbar geringeren Anstieg als im vorangegangenen Jahr. Nachdem die gesamte Kreditgewährung (ohne Wechselkredite) in den ersten elf Monaten 1961 eine Steigerung um 3 903 Millionen Franken erfahren hatte, dehnte sie sich im gleichen Zeitraum 1962 noch um 3 017 Millionen aus. Die Debitoren zeigten von Januar bis November des Berichtsjahres eine Erhöhung um 1 554 Millionen gegenüber 2 304 Millionen Franken im Parallelzeitraum 1961. Bei den Grossbanken machte der Zuwachs sogar nur 56 Prozent des Vorjahresbetriffnisses aus. Zu dieser Entwicklung dürften der Abbau von Börsenkrediten und die Zurückhaltung in der Einräumung von Krediten an die ausländische Kundschaft beigetragen haben. Der Debitorenzuwachs bei den Kantonalbanken erklärt sich zum Teil aus Verzögerungen in der Ablösung von Baukrediten. Die Ausdehnung der Hypothekaranlagen war bei den 62 Banken mit 1 414 Millionen Franken etwas umfangreicher als in den ersten elf Monaten des vorangegangenen Jahres, doch hielt sich der Mehrzuwachs von 70 Millionen, angesichts der seit Jahren regen Bautätigkeit, in einem eher engen Rahmen. Die Vorschüsse und Darlehen an öffentlich-rechtliche Körperschaften erhöhten sich um 49 Millionen Franken, verglichen mit 255 Millionen in den Monaten Januar bis November 1961. Die geringere Zunahme war namentlich auf umfangreiche Rückzahlungen im ersten Vierteljahr 1962 zurückzuführen. Hernach stiegen die Mittelaufnahmen bei den Banken wieder beträchtlich an.

Die Liquidität der Kreditinstitute entwickelte sich, im ganzen gesehen, günstig. Die Kassensmittel der Banken lagen Ende November mit 3 352 Millionen Franken ungefähr gleich hoch wie vor Jahresfrist; bei den Grossbanken blieben sie dagegen um 44 Millionen Franken unter dem Niveau von Ende November 1961, das sie bei den Kantonalbanken um 44 Millionen und bei den Lokalbanken und Sparkassen um 34 Millionen Franken überschritten.

Vom Frühjahr an stand die Kredittätigkeit der Banken unter der Einwirkung der *Vereinbarung über die Kreditbegrenzung*. Dem Abkommen sind rund 350 Institute mit einer Bilanzsumme

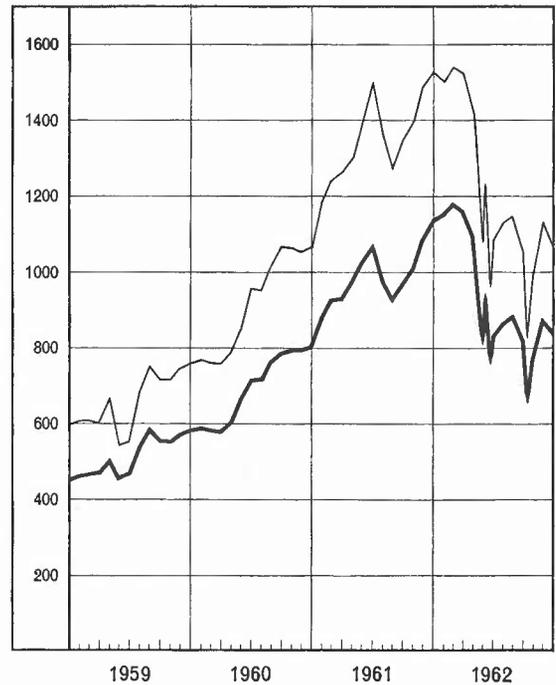
von 10 Millionen Franken und mehr angeschlossen. Es setzt bestimmte Grenzen fest, über die hinaus die Banken ihre Kreditgewährung an die private Wirtschaft und die öffentliche Hand nicht ausdehnen sollen. Für die Zeit vom 1. April bis 31. Dezember beliefen sich die zulässigen Zuwachsraten für inländische Debitoren, Wechselkredite und Vorschüsse an öffentlich-rechtliche Körperschaften auf je 65 Prozent und für Hypothekaranlagen auf 85 Prozent der Kreditzunahmen im ganzen Jahr 1961. War 1960 der Zuwachs grösser, so wurde bei der Bemessung der zulässigen Kreditausweitung auf dieses Jahr abgestellt. Auf ein volles Jahr umgerechnet, betrug die Zuwachssätze 86,6 bzw. 113,3 Prozent. Den Banken wurde empfohlen, im Rahmen der Kreditzuwachsrate in erster Linie volkswirtschaftlich gerechtfertigte und dringliche Kreditbegehren, insbesondere für den nicht spekulativen Wohnungsbau sowie für landwirtschaftliche Zwecke, zu befriedigen.

Die Zahlen über die Kreditentwicklung der Banken zeigen, dass sich die Ausdehnung der Ausleihungen vom Zeitpunkt des Inkrafttretens der Vereinbarung an deutlich verlangsamt hat. Gesamthaft blieb der Zuwachs der Kredite unter den zugelassenen Sätzen, doch war die Bewegung bei den einzelnen Bankengruppen und Instituten nicht gleichförmig. Die Verlangsamung trat besonders im Baukreditgeschäft in Erscheinung. Nachdem die 62 Institute im ersten Quartal Baukredite im Betrage von 1 162 Millionen Franken oder nahezu doppelt so viel wie im Parallelquartal 1961 zugesagt hatten, waren es von April bis Dezember 1962 noch 2 278 Millionen gegenüber 2 652 Millionen in der gleichen Periode des Vorjahres. Im genannten Zeitraum bewegten sich die neu zugesicherten Kredite zwischen 204 und 310 Millionen Franken pro Monat.

Obwohl sich der Geschäftsgang der Wirtschaft günstig entwickelte, machten sich an den *Aktienbörsen* bereits im Frühjahr Anzeichen einer Tendenzänderung bemerkbar. Die anhaltende Aufwärtsbewegung der letzten Jahre, welche die Kurse auf ein durch die wirtschaftlichen Realitäten nicht mehr zu rechtfertigendes Niveau gehoben hatte, setzte sich zu Beginn des Jahres zunächst noch fort. Die Kursbewegung erreichte kurz vor Mitte März ihren Höhepunkt. Der von der Nationalbank errechnete Aktienindex stand in jenem Zeitpunkt mit 1 219 Punkten 80 Punkte über dem Niveau von Ende 1961. In der Folge schwächten sich die Kurse, von gelegentlichen Erholungen vorübergehend unterbrochen, mehr und mehr ab. Eine gewisse Unsicherheit trat an die Stelle der bisher vorherrschenden optimistischen Wachstumserwartungen und liess das Börsengeschehen auf Stimmungsschwankungen und äusserliche Einflüsse empfindlich reagieren. So löste der am 28. Mai erfolgte Kurssturz an der New Yorker Börse am folgenden Tag einen erheblich stärkeren Fall der Aktienwerte an den schweizerischen Börsen aus, obschon in der schweizerischen Wirtschaftslage und in den Konjunkturaussichten kein Wandel eingetreten war. Der Aktienindex fiel an diesem Tage von 908 auf 825. Die Kurse erholten sich allerdings in den folgenden Tagen wieder, ohne dass indessen die unsichere und lustlose Grundhaltung gewichen wäre. Das Kursniveau pendelte zunächst, je nach der vorherrschenden Publikumsstimmung, zwischen 800 und 900 Punkten. Mitte Juni und insbesondere beim Ausbruch der Kubakrise in der zweiten Oktoberhälfte kam es zu neuen scharfen Einbrüchen, so dass der Aktienindex am 24. Oktober auf 652 fiel. So

Schweizerischer Aktienindex

— Gesamtindex
— Industriek Aktien allein



wie die schweizerischen Börsen schon seit Monaten im Schlepptau der New Yorker Börse gewesen waren, führte, nach der Wende im Kubakonflikt, die Hausse in New York auch an den schweizerischen Plätzen zu einem starken Wiederanstieg der Kurse. Am Jahresende stellte sich der schweizerische Aktienindex auf 835; er lag damit noch 304 Punkte oder 27 Prozent unter dem Niveau vor Jahresfrist. Die im Berichtsjahr per Saldo eingetretene Kurssenkung dürfte eine buchmässige Verminderung der Aktienwerte von schätzungsweise 8 Milliarden Franken zur Folge gehabt haben. Im Interesse der Stabilhaltung des Geldwertes war ein Ende der die inflationären Auftriebskräfte verstärkenden Sachwerthausse zweifellos erwünscht.

BANKBEHÖRDEN UND PERSONAL

In der Zusammensetzung der Bankbehörden sind im Berichtsjahr folgende Änderungen eingetreten:

Am 4. Februar 1962 hatten wir den plötzlichen Hinschied von Herrn Dr. Dr. h. c. Arthur Wilhelm, Vizepräsident und Delegierter des Verwaltungsrates der CIBA Aktiengesellschaft, Bottmingen, zu beklagen. Obschon die Zeit, während der er unsern Bankbehörden angehörte – 1959 wählte ihn der Bundesrat zum Mitglied des Bankrates, und bereits zwei Jahre später wurde er von diesem in den Bankausschuss delegiert –, leider allzu kurz bemessen war, hat Herr Dr. Wilhelm dem Noteninstitut dank seiner reichen Kenntnisse und Erfahrungen ausgezeichnete Dienste geleistet. Bankbehörden und Direktorium werden ihm ein ehrendes und dankbares Andenken bewahren.

Im März 1962 trat Herr Nationalrat Adolph Graedel mit Rücksicht auf seine Wahl zum Generalsekretär des Internationalen Metallarbeiterbundes aus dem Bankrat zurück, zu dessen Mitglied er vom Bundesrat im Jahre 1953 ernannt worden war. Wir möchten nicht unterlassen, Herrn Graedel auch an dieser Stelle für seine wertvolle Mitarbeit und das rege Interesse, das er für die Belange der Notenbank stets bekundete, unsern besten Dank auszusprechen.

Zu neuen Mitgliedern des Bankrates wählte der Bundesrat Herrn Dr. Dr. h. c. Robert Käppeli, Präsident und Delegierter des Verwaltungsrates der CIBA Aktiengesellschaft, Riehen, und Herrn Nationalrat Ernst Wüthrich, Zentralpräsident des Schweizerischen Metall- und Uhrenarbeiterverbandes, Bern.

Der Bankrat traf seinerseits die für die Ergänzung des Bankausschusses notwendige Ersatzwahl und ernannte Herrn Ständerat Dr. Augustin Lusser, Zug, zum neuen Mitglied dieses Gremiums.

Der Personalbestand belief sich am 31. Dezember 1962 auf 410 (1961: 388) Beamte und Angestellte. Darin waren 49 (1961: 19) provisorische Angestellte inbegriffen.

JAHRESRECHNUNG

1. GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG FÜR 1962

2. JAHRESSCHLUSSBILANZ VOM 31. DEZEMBER 1962

GEWINN- UND

SOLL

Abgeschlossen auf

	Fr.
Verwaltungskosten	
Bankbehörden	Fr. 166 790. —
Personal	Fr. 9 068 747. 40
Geschäfts- und Bureaukosten	Fr. 957 047. 45
Verschiedenes	Fr. <u>173 521. 13</u>
	10 366 105. 98
Zinsen für Bundesschatzanweisungen	4 357 319. 85
Zinsen an Deponenten	292 260. 52
Aufwendungen für Bankgebäude	1 080 096. 79
Abschreibungen auf Mobiliar	392 923. 80
Rückstellung für Banknotenanfertigungskosten	6 000 000. —
Rückstellung für Umbauten in den Bankgebäuden	1 500 000. —
Rückstellung für Steuern	400 000. —
Zuwendung an die Pensionskasse	1 000 000. —
Reingewinn	6 843 248. 80
	32 231 955. 74

JAHRESSCHLUSSBILANZ

AKTIVEN

		Fr.
Kasse		
Gold, im In- und Ausland	Fr. 11 543 252 384. 25	
andere Kassenbestände	Fr. 8 205 127. 19	11 551 457 511. 44
Devisen		867 356 396. 75
Inlandportefeuille		
Schweizerwechsel	Fr. 67 421 768. 60	
Schatzanweisungen des Bundes	Fr. 45 000 000. —	
Diskontierte Obligationen	Fr. 11 190 062. 50	123 611 831. 10
Lombardvorschüsse		71 737 989. 53
Ausländische Schatzanweisungen in Schweizerfranken		207 000 000. —
Eigene Wertschriften		
deckungsfähige	Fr. 16 180 000. —	
andere	Fr. 26 656 351. —	42 836 351. —
Korrespondenten		
im Inland	Fr. 77 754 028. 98	
im Ausland	Fr. 10 205 353. 54	87 959 382. 52
Inkassowechsel		5 352 540. 85
Postcheckguthaben		6 001 101. 62
Diverse Debitoren		3 886 781. 42
Coupons		89 228. 85
Bankgebäude		1 500 000. —
Mobilier		1. —
Sonstige Aktiven		931 929. 05
Nicht einbezahltes Grundkapital		25 000 000. —
		12 994 721 045. 13

	Fr.
Notenumlauf	8 506 072 370. —
Girorechnungen	
Girorechnungen von Banken, Handel und Industrie Fr. 2 294 234 863. 31	
Girorechnungen von Banken mit vorübergehender zeitlicher Bindung	Fr. 1 035 000 000. —
Girorechnungen ausländischer Banken	<u>Fr. 97 951 305. 85</u>
Bundesverwaltungen	3 427 186 169. 16
Deponenten	355 877 698. 06
Zahlungs- und Clearingabkommen mit dem Ausland	21 650 161. 45
Verbindlichkeiten auf Zeit	29 952 352. 70
Diverse Kreditoren	373 000 000. —
Ausstehende Checks	126 203 136. 54
Sonstige Passiven	1 358 037. 70
Grundkapital	44 698 091. 82
Reservefonds	50 000 000. —
Rückstellung für Banknotenherstellungskosten	29 000 000. —
Rückstellung für nicht versicherte Schadensfälle	9 722 339.45
Rückstellung für Umbauten in den Bankgebäuden	5 500 000. —
Rückstellung für Steuern	6 144 047. 40
Rückstellung für Zinsen auf Bundesschatzanweisungen	513 392. 05
Reingewinn	1 000 000. —
	6 843 248. 80
	12 994 721 045. 13

ERLÄUTERUNGEN ZUR JAHRESRECHNUNG

AKTIVEN DER BILANZ

KASSENVERKEHR

Kassenbestand am 31. Dezember 1961, einschliesslich Gold im Ausland	Fr. 16 811 108 821. 13
Eingang im Jahre 1962	Fr. 19 056 510 978. 18
Ausgang im Jahre 1962	<u>Fr. 19 435 499 872. 87</u>
Kassenumsatz	Fr. 38 492 010 851. 05
Überschuss der Auszahlungen	Fr. 378 988 894. 69
Kassenbestand am 31. Dezember 1962, einschliesslich Gold im Ausland	<u>Fr. 16 432 119 926. 44</u>

Der Kassenbestand vom 31. Dezember 1962 setzte sich wie folgt zusammen:

Gold	Fr. 11 543 252 384. 25
Scheidemünzen	Fr. 8 197 415. 27
Verschiedenes	<u>Fr. 7 711. 92</u>
Total laut Bilanz	Fr. 11 551 457 511. 44
Dazu: eigene Noten in den Kassen der Bank	<u>Fr. 4 880 662 415. —</u>
Total	<u>Fr. 16 432 119 926. 44</u>

Das Gold ist mit Fr. 4 869. 80 das Kilogramm Feingold verbucht, entsprechend dem für Goldbarren loco Bern geltenden Ankaufspreis.

DEISENVERKEHR

Bestand am 31. Dezember 1961	Fr. 842 418 783. 19
Eingang im Jahre 1962	<u>Fr. 25 974 737 409. 72</u>
	Fr. 26 817 156 192. 91
Ausgang im Jahre 1962	<u>Fr. 25 949 799 796. 16</u>
Bestand am 31. Dezember 1962	<u>Fr. 867 356 396. 75</u>

DISKONTOVERKEHR

Schweizerwechsel

Bestand am 31. Dezember 1961	513 Wechsel mit	Fr.	62 172 128. 30
Im Jahre 1962 wurden diskontiert	2 899 Wechsel mit	Fr.	476 780 903. 77
	<u>3 412 Wechsel mit</u>	Fr.	<u>538 953 032. 07</u>
Davon wurden 1962 eingelöst	2 974 Wechsel mit	Fr.	471 531 263. 47
Bestand am 31. Dezember 1962	<u>438 Wechsel mit</u>	Fr.	<u>67 421 768. 60</u>

Schatzanweisungen des Bundes

Bestand am 31. Dezember 1961	Fr.	—
Im Jahre 1962 wurden diskontiert:		
eingereicht vom Bund	Fr.	—
eingereicht vom Markte	<u>Fr. 49 500 000. —</u>	Fr. 49 500 000. —
		Fr. 49 500 000. —
Davon wurden 1962 eingelöst	Fr.	4 500 000. —
Bestand am 31. Dezember 1962	Fr.	<u>45 000 000. —</u>

Obligationen

Bestand am 31. Dezember 1961	Fr.	7 343 751. 30
Im Jahre 1962 wurden diskontiert	Fr.	36 201 235. 40
	Fr.	43 544 986. 70
Davon wurden 1962 eingelöst	Fr.	32 354 924. 20
Bestand am 31. Dezember 1962	Fr.	<u>11 190 062. 50</u>

LOMBARDVERKEHR

Bestand der Lombardvorschüsse am 31. Dezember 1961	Fr.	66 284 296. 38
Neue Vorschüsse im Jahre 1962	Fr.	412 592 311. 77
	Fr.	478 876 608. 15
Rückzahlungen im Jahre 1962	Fr.	407 138 618. 62
Bestand der Lombardvorschüsse am 31. Dezember 1962	Fr.	<u>71 737 989. 53</u>

Die Zahl der offenen Lombardrechnungen belief sich am 31. Dezember 1962 auf 219.

Von den Hinterlagen am 31. Dezember 1962 entfielen 81% auf eidgenössische Schuldverschreibungen und Schuldbuchforderungen, kantonale und kommunale Obligationen sowie auf Obligationen von Kantonalbanken im Sinne des Bundesgesetzes über die Banken und Sparkassen.

VERKEHR IN AUSLÄNDISCHEN SCHATZANWEISUNGEN IN SCHWEIZERFRANKEN

Bestand am 31. Dezember 1961	Fr.	—
Eingang im Jahre 1962	Fr.	207 000 000. —
Bestand am 31. Dezember 1962	Fr.	<u>207 000 000. —</u>

VERKEHR IN EIGENEN WERTSCHRIFTEN

Bestand an eigenen Wertschriften am 31. Dezember 1961	Fr.	42 899 051. —
Im Jahre 1962 wurden dem Konto belastet	Fr.	22 576 454. 95
	Fr.	<u>65 475 505. 95</u>
Im Jahre 1962 wurden dem Konto gutgeschrieben	Fr.	22 639 154. 95
Bestand am 31. Dezember 1962	Fr.	<u>42 836 351. —</u>

VERKEHR MIT KORRESPONDENTEN IM INLAND

Bestand der Guthaben der Bank am 31. Dezember 1961	Fr.	58 311 490. 12
Im Jahre 1962 wurden der Bank von den Korrespondenten gutgeschrieben	Fr.	7 184 047 091. 07
belastet	Fr.	<u>7 164 604 552. 21</u>
Gesamtumsatz	Fr.	14 348 651 643. 28
Überschuss der Gutschriften	Fr.	<u>19 442 538. 86</u>
Bestand der Guthaben der Bank am 31. Dezember 1962	Fr.	<u>77 754 028. 98</u>

Am 31. Dezember 1962 verfügte die Bank für den Inlandverkehr über ein Netz von Korrespondenten, das 362 Bank- und 180 Nebenplätze umfasst. Die Zahl der Korrespondentenmandate belief sich auf 450.

VERKEHR MIT KORRESPONDENTEN IM AUSLAND

Bestand am 31. Dezember 1961	Fr.	6 752 813. 84
Eingang im Jahre 1962	Fr.	<u>11 247 919 482. 40</u>
	Fr.	11 254 672 296. 24
Ausgang im Jahre 1962	Fr.	<u>11 244 466 942. 70</u>
Bestand am 31. Dezember 1962	Fr.	<u>10 205 353. 54</u>

INKASSOVERKEHR

Den Bankstellen der Nationalbank sind im Berichtsjahr an Checks und Wechseln zum Inkasso eingereicht worden

auf Mitglieder der Abrechnungsstellen	25 363 Stück mit	Fr.	554 363 799. 80
auf andere Bezogene	<u>9 993 Stück mit</u>	Fr.	<u>102 478 520. 10</u>
Total	<u>35 356 Stück mit</u>	Fr.	<u>656 842 319. 90</u>

hievon wurden als Deckung für Rechnungen der

Korrespondenten in der Schweiz eingereicht	1 249 Stück mit	Fr.	71 554 568. 76
--	-----------------	-----	----------------

VERKEHR AUF POSTCHECKRECHNUNGEN

Postcheckguthaben am 31. Dezember 1961	Fr.	4 070 716. 33
--	-----	---------------

Im Jahre 1962 wurden unsern Postcheckrechnungen

gutgeschrieben	Fr. 26 882 308 916. 65
--------------------------	------------------------

belastet	<u>Fr. 26 880 378 531. 36</u>
--------------------	-------------------------------

Gesamtumsatz	Fr. 53 762 687 448. 01
------------------------	------------------------

Überschuss der Gutschriften	Fr.	<u>1 930 385. 29</u>
---------------------------------------	-----	----------------------

Postcheckguthaben am 31. Dezember 1962	Fr.	<u>6 001 101. 62</u>
--	-----	----------------------

Der Überweisungsverkehr zwischen den Kunden der Nationalbank und den Inhabern von Postcheckrechnungen gestaltete sich im Berichtsjahr wie folgt:

18 868 Giroüberweisungen von der Nationalbank an die Post	Fr.	925 291 080. 06
---	-----	-----------------

31 898 Giroüberweisungen von der Post an die Nationalbank	Fr.	<u>14 346 155 441. 77</u>
---	-----	---------------------------

Total	Fr.	<u>15 271 446 521. 83</u>
-----------------	-----	---------------------------

Die Postcheckämter sind ermächtigt, gegen Postchecks Checks auf die Nationalbank zur Verrechnung auf Girokonto abzugeben.

Von 25 Postcheckämtern wurden im Berichtsjahr 1 861 Checks ausgestellt mit	Fr.	<u>146 329 588. 65</u>
--	-----	------------------------

BANKGEBÄUDE UND MOBILIAR

Bankgebäude

Der Buchwert der Gebäude der Bank betrug am 31. Dezember 1962 wie im Vorjahr Fr. 1 500 000. —

Die Feuerversicherungssumme stellte sich insgesamt auf Fr. 31 321 840. —.

Die Auslagen für Neueinrichtungen, Renovationen, Unterhalt, Beleuchtung, Heizung,

Bewachung, Reinigung belaufen sich auf Fr. 1 358 576. 79

Nach Verrechnung der vereinnahmten Mietzinse von Fr. 278 480. —

verbleibt ein Überschuss der Aufwendungen von Fr. 1 080 096. 79

Mobiliar

Das Mobiliarkonto war am 31. Dezember 1961 belastet mit Fr. 1. —

Die Neuanschaffungen im Betrage von Fr. 392 923. 80
wurden vollständig abgeschrieben.

Der Buchwert am 31. Dezember 1962 beträgt somit wiederum Fr. 1. —

PASSIVEN DER BILANZ

AUSGABE UND DECKUNG DER BANKNOTEN (Vgl. Beilagen Nr. 1 und 2)

Der Notenumlauf der Nationalbank belief sich

am 31. Dezember 1961	auf	Fr. 7 655 992 895
am 31. Dezember 1962	auf	Fr. 8 506 072 370
Zunahme		Fr. 850 079 475

Der Notenumlauf betrug im Jahresdurchschnitt Fr. 7 358 910 665; er erreichte im Maximum (am 21. Dezember) Fr. 8 608 345 700 und im Minimum (am 14. Februar) Fr. 6 844 611 235.

Im Berichtsjahr sind insgesamt 27 260 200 Stück zurückgerufene oder beschädigte Banknoten im Nennwert von Fr. 1 385 200 000 zur Vernichtung ausgeschieden und durch neue Noten ersetzt worden.

Von den zurückgerufenen Noten der Nationalbank waren am 31. Dezember 1962 noch ausstehend:

Noten zu 1000 Franken mit dem Bild der Giesserei auf der Rückseite	Fr.	52 202 000
Noten zu 500 Franken mit dem Bild der Handstickerinnen auf der Rückseite ...	Fr.	16 210 000
Noten zu 100 Franken mit dem Bild des Mähers auf der Rückseite	Fr.	46 928 000
Noten zu 50 Franken mit dem Bild des Holzfällers auf der Rückseite	Fr.	12 678 650
Noten zu 20 Franken mit dem Pestalozzickopf auf der Vorderseite	Fr.	9 860 420
Zusammen	Fr.	137 879 070

Die Nationalbank ist verpflichtet, die erwähnten Noten zu 1000, 500, 100 und 50 Franken bis zum 30. September 1978, die Noten zu 20 Franken mit dem Pestalozzickopf bis zum 31. März 1976 zum Nennwert umzutauschen.

Deckung des Notenumlaufs am 31. Dezember 1962:

Gold		Fr. 11 543 252 384
Übrige deckungsfähige Aktiven		
Devisen	Fr.	867 356 397
Inlandportefeuille	Fr.	123 611 831
Lombardvorschüsse	Fr.	71 737 989
Wertschriften	Fr.	16 180 000
		Fr. 1 078 886 217
Gesamte Notendeckung		Fr. 12 622 138 601

Die Deckung des Notenumlaufs durch Gold allein betrug im Maximum 156,90% (14. Februar), im Minimum 127,75% (20. Dezember). Die Deckung des Notenumlaufs und der täglich fälligen Verbindlichkeiten durch Gold allein erreichte im Maximum 108,82% (8. Februar), im Minimum 99,87% (27. Dezember).

GIROVERKEHR (Vgl. Beilage Nr. 3)

Bestand der Giro Guthaben am 31. Dezember 1961.....	Fr.	3 262 672 396. 04
Im Jahre 1962 wurden den Girorechnungen		
gutgeschrieben	Fr.	254 172 558 480. 71
belastet	Fr.	254 008 044 707. 59
Gesamtumsatz	Fr.	508 180 603 188. 30
Überschuss der Gutschriften.....	Fr.	164 513 773. 12
Bestand der Giro Guthaben am 31. Dezember 1962.....	Fr.	3 427 186 169. 16

Vom Gesamtumsatz wurden 97,45 % unter Vermeidung von Barzahlungen durch Umschreibung in den Büchern der Bank erledigt.

Vom Gesamtumsatz von	3 276 041 Posten mit	Fr. 508 180 603 188. 30
entfielen auf den Bankenclearingverkehr über die Giro-		
rechnungen bei der Nationalbank	2 610 764 Posten mit	Fr. 313 127 342 814. 54
davon wurden über die bei der Nationalbank geführten		
Bankenclearingkonti verrechnet	2 576 680 Posten mit	Fr. 97 144 918 162. —

Der Bestand der Giro Guthaben betrug im Maximum (am 14. Juli) Fr. 3 764 488 771, im Minimum (am 7. Dezember) Fr. 2 732 895 171; er belief sich im Jahresdurchschnitt auf Fr. 3 256 846 682.

Die Zahl der Girorechnungen belief sich am 31. Dezember 1962 auf 1540.

VERKEHR MIT DEN BUNDESVERWALTUNGEN

Ein- und Auszahlungsverkehr

Bestand der Guthaben der Bundesverwaltungen am 31. Dezember 1961 ...	Fr.	662 497 503. 42
Im Jahre 1962 wurden den Rechnungen der Bundesverwaltungen		
gutgeschrieben	Fr.	29 162 151 135. 54
belastet	Fr.	<u>29 468 770 940. 90</u>
Gesamtumsatz	Fr.	58 630 922 076. 44
Überschuss der Belastungen	Fr.	<u>306 619 805. 36</u>
Bestand der Guthaben der Bundesverwaltungen am 31. Dezember 1962....	Fr.	<u>355 877 698. 06</u>
Vom Verkehr entfallen auf		
	Gutschriften	Belastungen
die Eidgenössische Staatskasse	Fr. 9 305 866 846. 67	Fr. 9 612 329 277. 59
die PTT-Verwaltung	Fr. 17 966 063 652. 43	Fr. 17 966 075 290. 28
die Schweizerischen Bundesbahnen	Fr. 1 740 909 443. 66	Fr. 1 741 147 189. 42
die übrigen Verwaltungen	Fr. 149 311 192. 78	Fr. 149 219 183. 61
Total	Fr. <u>29 162 151 135. 54</u>	Fr. <u>29 468 770 940. 90</u>

Verwaltung von Wertschriften

Die Schweizerische Nationalbank ist laut Art. 15, Absatz 1, des Bankgesetzes verpflichtet, die dem Bunde gehörenden und die unter seiner Verwaltung stehenden Wertschriften und Wertgegenstände unentgeltlich zur Aufbewahrung und Verwaltung zu übernehmen.

Bestand der verwalteten Wertschriften am 31. Dezember 1962

für den Bund	Fr.	1 181 658 338. —
für die Schweizerischen Bundesbahnen	Fr.	<u>388 500. —</u>
Total	Fr.	<u>1 182 046 838. —</u>

In diesen Zahlen sind inbegriffen die gegen Namenszertifikate bei der Eidgenössischen Staatskasse und bei der Hauptkasse der Schweizerischen Bundesbahnen hinterlegten, von der Bank für Rechnung dieser Stellen aufbewahrten und verwalteten Obligationen des Bundes und der Bundesbahnen.

An Inhaber solcher Zertifikate wurden im Jahre 1962 ausbezahlt:

rückzahlbare Titel	2 199 Stück mit	Fr.	3 322 000. —
Coupons	3 821 Stück mit	Fr.	<u>65 498. 70</u>
Total	<u>6 020</u> Stück mit	Fr.	<u>3 387 498. 70</u>

Eidgenössisches Schuldbuch

Gemäss Art. 10 des Bundesgesetzes vom 21. September 1939 über das eidgenössische Schuldbuch ist die Schweizerische Nationalbank mit der Führung des Schuldbuches betraut. Sie übt diese Obliegenheit im Namen und Auftrage des Bundes aus.

Am 31. Dezember 1961 waren im eidgenössischen Schuldbuch eingetragen:

1 275 Einzelforderungen mit Fr. 1 821 317 000. —

Zuwachs im Jahre 1962:

Zeichnungen von Schuldbuchforderungen bei Anleihensemissionen Fr. —
Fr. 1 821 317 000. —

Abgang im Jahre 1962:

Rückzahlungen Fr. 72 241 000. —

Am 31. Dezember 1962 waren somit im Schuldbuch eingetragen:

1 191 Einzelforderungen mit Fr. 1 749 076 000. —

Im Berichtsjahre wurden 69 Übertragungen von Schuldbuchforderungen auf

andere Gläubiger vorgenommen im Gesamtbetrage von Fr. 75 906 000. —

An Zinsen auf Schuldbuchforderungen wurden im Berichtsjahre vergütet in

2 319 Gutschriften Fr. 39 712 296. 40

Das eidgenössische Schuldbuch wurde im Berichtsjahre für die Umwandlung bestehender Schuldverschreibungen in Schuldbuchforderungen nicht geöffnet.

Einlösung von Titeln und Coupons

Als Domizilstelle hat die Nationalbank im Berichtsjahr an rückzahlbaren Titeln und fälligen Coupons für den Bund und die Bundesbahnen eingelöst:

rückzahlbare Titel	4 978 Stück mit	Fr. 13 086 570. —
Coupons	224 681 Stück mit	Fr. 10 436 382. 90
Total	229 659 Stück mit	Fr. 23 522 952. 90

Darin sind die Auszahlungen an die Inhaber von Namenszertifikaten und an die Schuldbuchgläubiger nicht enthalten.

VERKEHR MIT DEPONENTEN

Bestand der Guthaben der Deponenten am 31. Dezember 1961	Fr.	19 666 397. 50
Im Jahre 1962 wurden den Depotrechnungen		
gutgeschrieben	Fr.	722 085 169. 90
belastet	Fr.	<u>720 101 405. 95</u>
Gesamtumsatz	Fr.	1 442 186 575. 85
Überschuss der Gutschriften	Fr.	<u>1 983 763. 95</u>
Bestand der Guthaben der Deponenten am 31. Dezember 1962	Fr.	<u>21 650 161. 45</u>

ZAHLUNGSVERKEHR MIT DEM AUSLAND AUF GRUND VON ZAHLUNGS- UND CLEARINGABKOMMEN

Die Rechnungen, die der Durchführung des gebundenen Zahlungsverkehrs dienen, wiesen am 31. Dezember 1961 Guthaben Dritter auf im Betrage von	Fr.	37 156 044. 97
Im Jahre 1962 wurden diesen Rechnungen		
gutgeschrieben	Fr.	1 393 239 488. 76
belastet	Fr.	<u>1 400 443 181. 03</u>
Gesamtumsatz	Fr.	2 793 682 669. 79
Überschuss der Belastungen	Fr.	<u>7 203 692. 27</u>
Bestand der Guthaben am 31. Dezember 1962	Fr.	<u>29 952 352. 70</u>

VERBINDLICHKEITEN AUF ZEIT

Bestand am 31. Dezember 1961	Fr.	293 500 000. —
Zu Beginn des Jahres 1962 wurden zu Lasten von Girorechnungen der Banken auf dieses Konto übertragen	Fr.	<u>106 500 000. —</u>
	Fr.	400 000 000. —
Zur Rückgabe von solchen Zeitgeldern an Banken über Jahresende wurden vom 27. bis 29. Dezember 1962 dem Konto belastet	Fr.	<u>27 000 000. —</u>
Bestand am 31. Dezember 1962	Fr.	<u>373 000 000. —</u>

Die Verbindlichkeiten auf Zeit rühren von der am 1. Oktober 1960 erfolgten Plazierung von Reskriptionen der Eidgenossenschaft bei den Banken zur Bindung überschüssiger Marktmittel her. Die Reskriptionen wurden mit Zinssätzen von 1% bei Laufzeiten von 9 und 12 Monaten, von 1 $\frac{1}{8}$ % für eine Laufzeit von 15 Monaten und von 1 $\frac{1}{4}$ % für eine solche von 18 Monaten ausgestattet.

Die im Jahre 1962 fällig gewordenen Reskriptionen wurden wie folgt erneuert: Die per 1. Januar fälligen zu einem Satz von 1 $\frac{1}{8}$ % auf 15 Monate, die per 1. April fälligen zu einem Satz von 1 $\frac{1}{4}$ % auf 18 Monate und die per 1. Juli und 1. Oktober fälligen je zu einem Satz von 1% auf 12 Monate.

AUSGESTELLTE CHECKS

Am 31. Dezember 1961 waren an Ziehungen auf die Bank ausstehend	136 Checks mit	Fr.	1 094 494. 98
Im Jahre 1962 beliefen sich die von den eigenen Bankstellen und den Kunden ausgestellten Checks, die nicht über Girokonto verrechnet wurden, auf	7 979 Checks mit	Fr.	476 539 896. 32
	8 115 Checks mit	Fr.	477 634 391. 30
Im Jahre 1962 sind eingelöst worden	7 960 Checks mit	Fr.	476 276 353. 60
Am 31. Dezember 1962 waren ausstehend	155 Checks mit	Fr.	1 358 037. 70

EIGENE GELDER

Grundkapital

Das Grundkapital beträgt unverändert Fr. 50 000 000. —, eingeteilt in 100 000 Aktien von je Fr. 500. —, auf welche 50 % = Fr. 250. — einbezahlt sind.

Im Laufe des Berichtsjahres hat der Bankausschuss die Übertragung von 2 168 Aktien auf neue Eigentümer genehmigt.

Nach den Eintragungen im Aktienregister war das Aktienkapital am 31. Dezember 1962 wie folgt verteilt:

2 143 Privataktionäre mit je	1 Aktie
1 425 Privataktionäre mit je	2 Aktien
1 243 Privataktionäre mit je	3— 5 Aktien
623 Privataktionäre mit je	6— 10 Aktien
367 Privataktionäre mit je	11— 25 Aktien
163 Privataktionäre mit je	26— 50 Aktien
53 Privataktionäre mit je	51—100 Aktien
24 Privataktionäre mit je	101—200 Aktien
12 Privataktionäre mit je	über 200 Aktien
<u>6 053 Privataktionäre mit zusammen</u>	<u>41 851 Aktien</u>
24 Kantone und Halbkantone mit zusammen	38 764 Aktien
28 Kantonalbanken mit zusammen	16 864 Aktien
50 andere öffentlich-rechtliche Körperschaften und Anstalten mit zusammen . . .	2 521 Aktien
<u>6 155 Aktionäre mit zusammen</u>	<u>100 000 Aktien</u>

Vom gesamten Aktienkapital sind demnach 58,15% im Besitz von Kantonen, Kantonalbanken sowie anderen öffentlich-rechtlichen Körperschaften und Anstalten und 41,85% im Besitz von Privataktionären.

Reservefonds

Laut Beschluss der Generalversammlung vom 24. März 1962 erreicht der Reservefonds	Fr. 29 000 000. —
Nach Verbuchung der Zuweisung von	Fr. 1 000 000. —
aus dem Reingewinn des Jahres 1962 wird sich der Reservefonds erhöhen auf	<u>Fr. 30 000 000. —</u>

RÜCKSTELLUNG FÜR BANKNOTENANFERTIGUNGSKOSTEN

Bestand der Rückstellung am 31. Dezember 1961	Fr. 8 385 281. —
Ihr wurden zur Bezahlung der Kosten für die Banknotenherstellung entnommen ..	Fr. 4 662 941. 55
Saldo	Fr. 3 722 339. 45
Die Rückstellung wurde zu Lasten der Gewinn- und Verlustrechnung um	Fr. 6 000 000. —
erhöht auf	<u>Fr. 9 722 339. 45</u>

RÜCKSTELLUNG FÜR UMBAUTEN IN DEN BANKGEBÄUDEN

Bestand der Rückstellung am 31. Dezember 1961.....	Fr. 6 352 423. 25
Ihr wurden zur Deckung von Umbaukosten in den Bankgebäuden in Bern und Zürich entnommen	Fr. 1 708 375. 85
Saldo.....	Fr. 4 644 047. 40
Die Rückstellung wurde zu Lasten der Gewinn- und Verlustrechnung um.....	Fr. 1 500 000. —
erhöht auf	<u>Fr. 6 144 047. 40</u>

RÜCKSTELLUNG FÜR STEUERN

Bestand der Rückstellung am 31. Dezember 1961.....	Fr. 475 246. —
Ihr wurden zur Bezahlung der Wehrsteuer XI. Periode 1961/62 entnommen.....	Fr. 361 853. 95
Saldo	Fr. 113 392. 05
Die Rückstellung wurde zu Lasten der Gewinn- und Verlustrechnung um	Fr. 400 000. —
erhöht auf	<u>Fr. 513 392. 05</u>

GEWINNVERTEILUNG

Gemäss Art. 27 des Nationalbankgesetzes vom 23. Dezember 1953 ist von dem durch die Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesenen Reingewinn zunächst dem Reservefonds ein Betrag zuzuweisen, der 2 % des Grundkapitals, d. h. 1 Million Franken nicht übersteigen darf.

Sodann kann eine Dividende bis zu 6 % des einbezahlten Grundkapitals ausgerichtet werden, was einen Betrag von höchstens Fr. 1 500 000. — erfordert.

Der verbleibende Rest ist der eidgenössischen Staatskasse zur Ausrichtung einer Entschädigung an die Kantone bis zu 80 Rappen je Kopf der Bevölkerung zu überweisen. Der auf dieser Grundlage berechnete Aufwand würde sich per 31. Dezember 1962 auf Fr. 4 343 248.80 belaufen.

ANTRÄGE

Gestützt auf die vorstehenden Ausführungen beehren wir uns, folgende Anträge zu stellen:

1. Es wird der vorliegende Geschäftsbericht samt Gewinn- und Verlustrechnung und Schlussbilanz auf 31. Dezember 1962 genehmigt.
2. Es wird der Verwaltung Entlastung erteilt.
3. Der durch die Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesene Reingewinn von Fr. 6 843 248.80 ist wie folgt zu verwenden:

Einlage in den Reservefonds	Fr. 1 000 000. —
Ausrichtung einer Dividende von 6%	Fr. 1 500 000. —
Ablieferung an die eidgenössische Staatskasse	Fr. 4 343 248.80
	<u>Fr. 6 843 248.80</u>

Am Schlusse unserer Berichterstattung über das abgelaufene Geschäftsjahr möchten wir nicht unterlassen, sowohl Herrn Bundesrat Dr. J. Bourgnicht, der infolge Erkrankung auf Anfang September aus der Landesregierung zurückgetreten ist, wie dem neugewählten Vorsteher des Eidg. Finanz- und Zolldepartements, Herrn Bundesrat R. Bonvin, den aufrichtigen Dank abzustatten für die wertvolle Unterstützung sowie für das grosse Verständnis, das sie den Problemen und Aufgaben unseres Instituts entgegengebracht haben. Wir danken ferner unsern Korrespondenten und Berichterstattern aus den Kreisen der Banken, des Handels, der Industrie und der Landwirtschaft für ihre geschätzte Mitarbeit. Mehr denn je ist die Schweizerische Nationalbank, will sie die ihr vom Gesetzgeber übertragenen Aufgaben zum Nutzen des Landes erfüllen, auf eine auf das gleiche Ziel ausgerichtete, enge Zusammenarbeit mit dem Staat und der freien Wirtschaft angewiesen. Dank und Anerkennung schulden wir schliesslich unsern Beamten und Angestellten für ihre treue Pflichterfüllung.

Zürich, den 24. Januar 1963.

Namens des Direktoriums
der Schweizerischen Nationalbank

Der Präsident: *Schwegler*

Der Generalsekretär: *Läng*

DER BANKAUSSCHUSS
DER SCHWEIZERISCHEN NATIONALBANK

hat in seiner Sitzung vom 6. Februar 1963 den vorstehenden Geschäftsbericht über das Jahr 1962 zur Kenntnis genommen und ihm die Genehmigung erteilt. Gemäss Art. 43, Absatz 1, Ziffer 4, und Art. 49, Absatz 1, des Nationalbankgesetzes wird der Bericht mit den nachstehenden Anträgen dem Bankrat überwiesen.

Der Bankausschuss

BEANTRAGT

der Bankrat möge beschliessen :

1. Der Geschäftsbericht für das Jahr 1962 mit Gewinn- und Verlustrechnung und Schlussbilanz vom 31. Dezember 1962 wird zur Vorlage an den Bundesrat und an die Generalversammlung der Aktionäre genehmigt.
2. Die auf Seite 50 des Berichtes formulierten Anträge werden vom Bankrat der Generalversammlung unterbreitet.

Bern, den 6. Februar 1963.

Im Namen des Bankausschusses
der Schweizerischen Nationalbank,

Der Präsident des Bankrates: *Dr. B. Galli*

Der Protokollführer: *Flückiger*

BERICHT DER REVISIONSKOMMISSION
AN DIE GENERALVERSAMMLUNG DER AKTIONÄRE
DER SCHWEIZERISCHEN NATIONALBANK

Hochgehrter Herr Präsident,
Hochgeehrte Herren Aktionäre,

Die von Ihnen bestellte Revisionskommission führte im Laufe des vergangenen Jahres bei allen Zweiganstalten sowie bei den Agenturen Biel, La Chaux-de-Fonds und Winterthur Revisionen durch. Sie hat auch die Hauptbuchhaltung sowie die Bestände an den Sitzen Zürich und Bern einer Prüfung unterzogen.

Die Kommission hat alles in bester Ordnung befunden und erklärt, dass die Gewinn- und Verlustrechnung und die Schlussbilanz vom 31. Dezember 1962, wie sie Ihnen vorgelegt werden, mit den Saldi der im Generalhauptbuch der Bank geführten Konti übereinstimmen. Sie stellt mit Befriedigung fest, dass sowohl die Hauptbuchhaltung als auch die Buchhaltungen der Sitze, Zweiganstalten und eigenen Agenturen übersichtlich geführt sind und dass in allen Dienstzweigen gute Ordnung herrscht.

Wir beantragen Ihnen, hochgehrter Herr Präsident, hochgeehrte Herren Aktionäre, die vorgelegte Gewinn- und Verlustrechnung und die Bilanz vom 31. Dezember 1962 mit dem ausgewiesenen Reingewinn von Fr. 6 843 248. 80 zu genehmigen und die Ihnen vom Bankrate vorgeschlagene Verteilung des Reingewinnes gutzuheissen.

Bern, den 15. Februar 1963.

Mit Hochachtung,

Die Revisionskommission :

E. Gsell

N. Senn

A. von der Weid

DER SCHWEIZERISCHE BUNDESRAT

in Ausführung des Art. 63, Ziffer 2, lit. i, des Bundesgesetzes vom 23. Dezember 1953 über die Schweizerische Nationalbank;

nach erfolgter Kenntnisnahme von dem im Art. 51, Absatz 2, des genannten Gesetzes vorgesehenen Bericht der Revisionskommission vom 15. Februar 1963;

auf Antrag des Eidg. Finanz- und Zolldepartements,

BESCHLIESST:

Dem Geschäftsbericht und der Jahresrechnung der Schweizerischen Nationalbank für das Jahr 1962 wird die gesetzlich vorgesehene Genehmigung erteilt.

Bern, den 22. Februar 1963.

Im Namen
des Schweizerischen Bundesrates,

Der Bundespräsident: *Spühler*

Der Kanzler: *Ch. Oser*

AN DIE GENERALVERSAMMLUNG DER AKTIONÄRE DER SCHWEIZERISCHEN NATIONALBANK

Hochgeehrte Herren Aktionäre,

Der Bankrat der Schweizerischen Nationalbank hat in seiner Sitzung vom 15. Februar 1963 auf Antrag des Bankausschusses den vom Direktorium vorgelegten Geschäftsbericht über die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 1962 zur Vorlage an den Bundesrat und die Generalversammlung der Aktionäre genehmigt.

Nachdem auch die Revisionskommission ihren in Art. 51, Absatz 2, des Bankgesetzes vorgesehenen Bericht am 15. Februar 1963 erstattet hat und die in Art. 25, Absatz 3, vorgesehene Genehmigung durch den Bundesrat am 22. Februar 1963 erfolgt ist, beehren wir uns, Ihnen den fünfundfünfzigsten Geschäftsbericht zu unterbreiten und Ihnen die Abnahme der Rechnung wie auch die Beschlussfassung über die Verwendung des Reingewinnes im Sinne der auf Seite 50 aufgeführten Anträge zu empfehlen.

Bern, den 23. Februar 1963.

Mit Hochachtung,

Im Namen des Bankrates
der Schweizerischen Nationalbank,

Der Präsident des Bankrates: *Dr. B. Galli*
Ein Mitglied des Direktoriums: *Schwegler*

VERZEICHNIS DER BEILAGEN

- Nr. 1 Zusammenstellung der veröffentlichten Ausweise.
- Nr. 2 Gliederung des Notenumlaufs nach Abschnitten.
- Nr. 3 Giroverkehr.
- Nr. 4 Geschäftsverkehr der einzelnen Bankstellen.
- Nr. 5 Geschäftsentwicklung seit Eröffnung der Bank:
Tabelle I: Bestände am Jahresende.
Tabelle II: Jahresdurchschnitte.
Tabelle III: Umsätze.
Tabelle IV: Geschäftsergebnisse.
- Nr. 6 Graphische Darstellung:
Schweizerische Nationalbank 1957—1962.
- Nr. 7 Diskontosatz und Lombardzinsfuß seit Eröffnung der Bank.
- Nr. 8 Abrechnungsverkehr:
Verkehr der schweizerischen Abrechnungsstellen (Kol. 2—10).
Wertschriften-Clearing für Kassageschäfte auf den Plätzen Basel und Zürich
(Kol. 11 und 12).
- Nr. 9 Verzeichnis der Mitglieder der Bankbehörden und der Bankorgane.

1962	Aktiven											
	Goldbestand	Devisen	Inlandportefeuille			Lombardvorschlüsse	Ausländische Schatzanzweisungen in sFr.	Wertschriften		Korrespondenten		Sonstige Aktiven
			Wechsel	Schatzanzweisungen des Bundes	Total			Total	davon deckungs- fähige	im Inland	im Ausland	
	In 1000 Franken											
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
Jan. 6.	10 839 078	789 574	67 094	—	67 094	39 150	—	42 899	16 670	5 197	8 360	33 431
15.	10 839 078	786 462	64 338	—	64 338	19 253	—	42 899	16 670	13 841	7 979	35 329
23.	10 839 078	771 614	62 868	—	62 868	9 050	—	42 899	16 670	9 410	11 517	22 799
31.	10 839 078	770 133	60 183	—	60 183	8 305	—	42 899	16 670	11 246	6 760	29 484
Febr. 7.	10 739 074	683 947	59 602	—	59 602	8 205	—	42 899	16 678	7 781	16 320	26 990
15.	10 739 074	705 042	59 055	—	59 055	6 772	—	42 899	16 678	14 376	7 588	27 894
23.	10 739 074	719 017	49 964	—	49 964	6 510	—	42 899	16 678	11 960	8 187	29 606
28.	10 739 074	719 443	50 698	—	50 698	8 102	—	42 899	16 678	10 364	6 939	28 483
März 7.	10 667 667	740 962	50 879	—	50 879	9 509	—	43 019	16 694	9 242	7 324	26 678
15.	10 633 046	726 332	51 208	—	51 208	8 959	—	43 259	16 694	18 357	7 706	27 790
23.	10 575 662	712 599	53 132	—	53 132	10 602	—	43 259	16 694	17 607	12 437	26 748
31.	10 575 662	693 719	52 718	—	52 718	15 393	—	43 259	16 694	19 721	6 978	27 098
April 7.	10 510 742	728 621	54 170	—	54 170	11 737	—	42 765	16 200	12 134	8 224	27 572
14.	10 510 742	716 785	53 989	—	53 989	14 382	—	42 805	16 200	14 422	8 468	28 457
19.	10 510 742	710 976	55 934	—	55 934	12 994	—	42 797	16 192	17 127	11 455	27 883
30.	10 489 103	726 273	56 090	—	56 090	17 034	—	42 781	16 176	19 348	6 697	30 165
Mai 7.	10 489 103	715 622	56 636	—	56 636	16 557	—	42 781	16 176	10 794	15 378	29 655
15.	10 489 103	713 358	56 259	—	56 259	16 123	—	42 779	16 176	12 279	16 098	28 786
23.	10 424 188	715 884	55 562	—	55 562	15 600	—	42 779	16 176	16 044	16 252	28 118
30.	10 424 188	716 679	56 039	—	56 039	17 154	—	42 779	16 176	33 106	7 472	32 257
Juni 7.	10 424 188	827 536	65 379	—	65 379	16 465	—	42 778	16 176	7 263	9 211	29 620
15.	10 424 188	851 372	65 378	—	65 378	15 437	—	42 772	16 176	13 337	15 621	30 317
23.	10 424 491	1 091 275	63 138	—	63 138	17 535	—	42 772	16 176	20 126	13 778	32 013
30.	10 424 491	1 262 554	55 614	3 000	58 614	28 412	—	42 769	16 176	38 337	6 786	31 463
Juli 7.	10 532 684	1 403 075	55 022	—	55 022	17 504	—	42 769	16 176	14 337	15 246	34 947
14.	10 532 684	1 494 275	54 417	—	54 417	14 630	—	42 771	16 176	19 355	11 856	34 949
23.	10 640 878	977 596	53 795	—	53 795	14 473	—	42 771	16 176	11 847	13 910	35 466
31.	10 640 878	976 461	54 430	—	54 430	14 758	—	42 771	16 176	17 132	7 100	38 860
Aug. 7.	10 640 878	924 502	54 544	—	54 544	12 217	—	42 771	16 176	11 933	15 016	35 611
15.	10 640 878	805 071	54 366	—	54 366	10 670	—	42 771	16 176	17 441	8 719	36 715
23.	10 640 878	750 060	53 087	—	53 087	9 058	—	42 771	16 176	15 557	15 328	37 672
31.	10 640 878	752 719	63 628	—	63 628	8 911	—	42 787	16 176	18 596	7 170	34 607
Sept. 7.	10 636 485	747 485	64 303	—	64 303	10 240	—	42 787	16 176	9 461	8 356	34 372
15.	10 636 485	748 513	64 404	1 250	65 654	11 064	—	42 787	16 176	15 389	8 111	36 733
22.	10 614 846	747 086	63 548	1 250	64 798	10 551	—	42 787	16 176	9 914	9 063	38 526
29.	10 614 846	741 544	63 570	1 250	64 820	15 020	—	42 787	16 176	14 017	9 202	41 173
Okt. 6.	10 614 846	734 771	62 912	750	63 662	12 077	—	42 787	16 176	7 605	8 152	40 196
15.	10 611 772	737 098	62 104	—	62 104	13 296	—	42 787	16 176	14 203	11 924	36 640
23.	10 611 774	737 424	64 917	—	64 917	9 181	207 000	42 787	16 176	13 530	8 229	39 914
31.	10 611 759	765 579	65 054	—	65 054	10 539	207 000	42 793	16 176	20 735	8 298	42 912
Nov. 7.	10 606 170	773 237	64 220	—	64 220	13 350	207 000	42 793	16 176	10 766	10 233	39 870
15.	10 606 173	825 048	51 745	—	51 745	9 730	207 000	42 793	16 076	15 448	16 394	46 762
23.	10 476 346	817 197	51 017	—	51 017	13 003	207 000	42 793	16 076	16 256	12 479	42 142
30.	10 476 343	812 902	57 424	—	57 424	18 074	207 000	42 793	16 076	9 662	7 725	44 638
Dez. 7.	10 487 552	795 128	58 190	—	58 190	29 066	207 000	42 793	16 076	10 943	13 816	42 973
15.	10 529 058	975 118	63 168	—	63 168	33 220	207 000	42 793	16 076	19 784	9 491	42 957
22.	11 091 146	1 205 707	70 745	—	70 745	40 381	207 000	42 836	16 180	16 631	10 743	39 174
31.	11 543 252	867 357	78 612	45 000	123 612	71 738	207 000	42 836	16 180	77 754	10 205	41 263

VERÖFFENTLICHTEN AUSWEISE

Passiven									Deckung	
Eigene Gelder	Notenumlauf	Täglich fällige Verbindlichkeiten			Girorechnungen von Banken mit vorübergehender zeitlicher Bindung	Verbindlichkeiten auf Zeit	Sonstige Passiven	Bilanzsumme	des Notenumlaufs	des Notenumlaufs und der täglich fälligen Verbindlichkeiten
		Girorechnungen von Banken, Handel und Industrie	Übrige täglich fällige Verbindlichkeiten	Total						
In 1000 Franken									In Prozenten	
14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24
53 000	7 308 976	1 777 820	1 040 037	2 817 857	1 035 000	400 000	209 950	11 824 783	148.30	107.03
53 000	7 044 753	2 144 889	922 374	3 067 263	1 035 000	400 000	209 163	11 809 179	153.86	107.19
53 000	6 977 721	2 269 604	837 210	3 106 814	1 035 000	400 000	196 700	11 769 235	155.34	107.48
53 000	7 090 745	2 169 858	822 033	2 991 891	1 035 000	400 000	197 452	11 768 088	152.86	107.50
53 000	6 950 004	2 264 903	683 250	2 948 153	1 035 000	400 000	198 661	11 584 818	154.52	108.50
53 000	6 853 894	2 386 740	674 867	3 061 607	1 035 000	400 000	199 199	11 602 700	156.69	108.31
53 000	7 022 893	2 316 658	579 540	2 896 198	1 035 000	400 000	200 126	11 607 217	152.92	108.27
53 000	7 186 491	2 126 589	604 918	2 731 507	1 035 000	400 000	200 004	11 606 002	149.43	108.28
53 000	7 067 154	2 109 110	687 517	2 796 627	1 035 000	400 000	203 499	11 555 280	150.95	108.15
53 000	6 996 913	2 181 733	648 836	2 830 569	1 035 000	400 000	201 175	11 516 657	151.97	108.20
53 000	7 161 642	2 060 747	541 151	2 601 898	1 035 000	400 000	200 506	11 452 046	147.67	108.32
54 000	7 337 588	1 905 149	507 324	2 412 473	1 035 000	400 000	195 487	11 434 548	144.13	108.47
54 000	7 198 871	1 988 774	519 000	2 507 774	1 035 000	400 000	200 320	11 395 965	146.00	108.28
54 000	7 136 907	2 048 194	520 035	2 568 229	1 035 000	400 000	195 914	11 390 050	147.27	108.30
54 000	7 208 119	2 060 218	436 035	2 496 253	1 035 000	400 000	196 535	11 389 907	145.82	108.31
54 000	7 381 413	1 826 810	493 233	2 320 043	1 035 000	400 000	197 035	11 387 491	142.10	108.12
54 000	7 206 778	1 831 298	647 973	2 479 271	1 035 000	400 000	201 477	11 376 526	145.54	108.29
54 000	7 073 376	2 003 034	609 191	2 612 225	1 035 000	400 000	200 184	11 374 785	148.29	108.30
54 000	7 111 598	1 969 291	545 172	2 514 463	1 035 000	400 000	199 366	11 314 427	146.58	108.29
54 000	7 361 505	1 747 986	530 880	2 278 866	1 035 000	400 000	200 303	11 329 674	141.60	108.13
54 000	7 245 767	1 889 920	589 606	2 479 526	1 035 000	400 000	208 147	11 422 440	143.87	107.19
54 000	7 162 929	2 106 761	496 340	2 603 101	1 035 000	400 000	203 392	11 458 422	145.53	106.74
54 000	7 273 328	2 294 839	443 461	2 738 300	1 035 000	400 000	204 500	11 705 128	143.32	104.12
54 000	7 501 339	2 239 514	459 373	2 698 887	1 035 000	400 000	204 200	11 893 426	138.97	102.20
54 000	7 362 414	2 434 894	622 600	3 057 494	1 035 000	400 000	206 676	12 115 584	143.06	101.08
54 000	7 306 823	2 616 854	587 525	3 204 379	1 035 000	400 000	204 735	12 204 937	144.15	100.20
54 000	7 374 805	2 268 626	453 171	2 721 797	1 035 000	400 000	205 134	11 790 736	144.29	105.39
54 000	7 476 566	2 127 512	493 663	2 621 175	1 035 000	400 000	205 649	11 792 390	142.32	105.38
54 000	7 347 302	2 092 096	604 038	2 696 134	1 035 000	400 000	205 036	11 737 472	144.83	105.95
54 000	7 225 991	2 186 376	511 100	2 697 476	1 035 000	400 000	204 165	11 616 632	147.26	107.23
54 000	7 308 027	2 095 232	466 324	2 561 556	1 035 000	400 000	205 828	11 564 411	145.61	107.81
54 000	7 493 373	1 895 592	485 483	2 381 075	1 035 000	400 000	205 847	11 569 295	142.00	107.76
54 000	7 381 202	1 948 015	528 879	2 476 894	1 035 000	400 000	206 393	11 553 489	144.10	107.90
54 000	7 284 114	2 059 985	525 471	2 585 456	1 035 000	400 000	206 166	11 564 736	146.02	107.77
54 000	7 333 694	2 017 753	487 693	2 505 446	1 035 000	400 000	209 431	11 537 571	144.74	107.88
54 000	7 653 849	1 734 034	454 228	2 188 262	1 035 000	400 000	212 298	11 543 409	138.69	107.85
54 000	7 488 488	1 763 885	569 883	2 333 768	1 035 000	400 000	212 840	11 524 096	141.75	108.07
54 000	7 376 216	1 870 412	582 736	2 453 148	1 035 000	400 000	211 460	11 529 824	143.86	107.96
54 000	7 439 226	1 929 433	663 710	2 593 143	1 035 000	400 000	213 387	11 734 756	142.65	105.78
54 000	7 733 152	1 793 419	545 279	2 338 698	1 035 000	400 000	213 819	11 774 669	137.22	105.36
54 000	7 598 460	1 778 768	687 777	2 466 545	1 035 000	400 000	213 634	11 767 639	139.58	105.38
54 000	7 534 730	1 979 448	603 534	2 582 982	1 035 000	400 000	214 381	11 821 093	140.76	104.83
54 000	7 758 219	1 860 308	356 877	2 217 185	1 035 000	400 000	213 829	11 678 233	135.04	105.02
54 000	7 984 076	1 640 222	345 098	1 985 320	1 035 000	400 000	218 165	11 676 561	131.22	105.09
54 000	8 000 831	1 598 506	383 112	1 981 618	1 035 000	400 000	216 012	11 687 461	131.08	105.06
54 000	8 163 901	1 795 358	259 261	2 054 619	1 035 000	400 000	215 069	11 922 589	128.97	103.04
54 000	8 593 084	2 141 229	283 940	2 425 169	1 035 000	400 000	217 110	12 724 363	129.07	100.66
54 000	8 506 072	2 294 235	505 431	2 799 666	1 035 000	373 000	217 279	12 985 017	135.71	102.10

GLIEDERUNG DES NOTENUMLAUFS NACH ABSCHNITTEN

1962	Abschnitte zu Franken								Total	Abschnitte zu Franken							
	1000	500	100	50	20	10	5	1000		500	100	50	20	10	5		
	In Millionen Franken									Prozentuale Verteilung							
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16		
Januar	6.	2 218,2	760,9	3 157,8	544,4	432,1	182,0	13,6	7 309,0	30,35	10,41	43,20	7,45	5,91	2,49	0,19	
	15.	2 163,4	729,6	3 008,2	529,7	422,4	178,0	13,5	7 044,8	30,71	10,36	42,70	7,52	6,00	2,52	0,19	
	23.	2 144,6	733,6	2 979,4	518,7	413,6	174,3	13,5	6 977,7	30,74	10,51	42,70	7,43	5,93	2,50	0,19	
	31.	2 152,7	747,2	3 068,9	520,6	413,7	174,2	13,4	7 090,7	30,36	10,54	43,28	7,34	5,83	2,46	0,19	
Februar	7.	2 129,2	714,5	2 987,3	518,9	412,9	173,8	13,4	6 950,0	30,64	10,28	42,98	7,47	5,94	2,50	0,19	
	15.	2 107,3	705,3	2 931,0	515,3	409,3	172,3	13,4	6 853,9	30,75	10,29	42,76	7,52	5,97	2,51	0,20	
	23.	2 112,7	738,6	3 057,4	519,2	409,7	172,0	13,3	7 022,9	30,08	10,52	43,54	7,39	5,83	2,45	0,19	
	28.	2 126,7	756,9	3 173,2	528,2	414,6	173,6	13,3	7 186,5	29,59	10,53	44,16	7,35	5,77	2,41	0,19	
März	7.	2 102,5	725,2	3 100,9	532,2	418,2	174,9	13,3	7 067,2	29,75	10,26	43,88	7,53	5,92	2,47	0,19	
	15.	2 094,1	714,7	3 051,7	531,1	417,9	174,1	13,3	6 996,9	29,93	10,21	43,62	7,59	5,97	2,49	0,19	
	23.	2 123,4	747,0	3 148,8	535,6	418,7	174,9	13,2	7 161,6	29,65	10,43	43,97	7,48	5,85	2,44	0,18	
	31.	2 153,4	759,8	3 266,3	544,3	423,6	177,0	13,2	7 337,6	29,35	10,36	44,51	7,42	5,77	2,41	0,18	
April	7.	2 137,4	731,0	3 171,9	543,0	425,1	177,3	13,2	7 198,9	29,69	10,16	44,06	7,54	5,91	2,46	0,18	
	14.	2 129,3	725,7	3 127,9	540,3	423,8	176,7	13,2	7 136,9	29,83	10,17	43,83	7,57	5,94	2,48	0,18	
	19.	2 132,8	738,1	3 181,8	541,6	423,5	177,1	13,2	7 208,1	29,59	10,24	44,14	7,51	5,88	2,46	0,18	
	30.	2 140,4	769,8	3 307,5	545,9	426,1	178,6	13,1	7 381,4	29,00	10,43	44,81	7,39	5,77	2,42	0,18	
Mai	7.	2 109,0	738,5	3 195,3	544,9	427,1	179,0	13,0	7 206,8	29,26	10,25	44,34	7,56	5,93	2,48	0,18	
	15.	2 096,6	727,2	3 098,7	537,1	423,4	177,4	13,0	7 073,4	29,64	10,28	43,81	7,59	5,99	2,51	0,18	
	23.	2 104,0	739,6	3 127,5	532,1	419,2	176,3	12,9	7 111,6	29,59	10,40	43,98	7,48	5,89	2,48	0,18	
	30.	2 131,7	767,4	3 300,2	544,0	426,1	179,2	12,9	7 361,5	28,96	10,42	44,83	7,39	5,79	2,43	0,18	
Juni	7.	2 103,5	733,9	3 232,6	549,3	431,5	182,1	12,9	7 245,8	29,03	10,13	44,61	7,58	5,96	2,51	0,18	
	15.	2 099,3	726,1	3 169,7	544,8	428,9	181,4	12,7	7 162,9	29,31	10,14	44,25	7,60	5,99	2,53	0,18	
	23.	2 092,6	752,0	3 254,3	548,1	430,7	182,9	12,7	7 273,3	28,77	10,34	44,74	7,54	5,92	2,52	0,17	
	30.	2 138,2	776,7	3 394,6	557,4	436,1	185,6	12,7	7 501,3	28,50	10,35	45,25	7,43	5,82	2,48	0,17	
Juli	7.	2 113,5	745,9	3 302,4	560,8	439,8	187,3	12,7	7 362,4	28,71	10,13	44,86	7,62	5,97	2,54	0,17	
	14.	2 110,8	737,8	3 262,2	559,1	437,3	187,0	12,6	7 306,8	28,89	10,10	44,65	7,65	5,98	2,56	0,17	
	23.	2 097,2	756,2	3 322,8	561,1	437,5	187,4	12,6	7 374,8	28,44	10,25	45,06	7,61	5,93	2,54	0,17	
	31.	2 101,6	773,5	3 394,0	566,2	439,9	188,8	12,6	7 476,6	28,11	10,34	45,40	7,57	5,88	2,53	0,17	
August	7.	2 069,9	747,1	3 316,9	569,0	442,2	189,7	12,5	7 347,3	28,17	10,17	45,15	7,74	6,02	2,58	0,17	
	15.	2 062,6	733,7	3 226,1	563,8	439,1	188,2	12,5	7 226,0	28,54	10,15	44,65	7,80	6,08	2,61	0,17	
	23.	2 071,9	757,3	3 276,7	563,6	437,8	188,3	12,4	7 308,0	28,35	10,36	44,84	7,71	5,99	2,58	0,17	
	31.	2 102,6	777,4	3 398,0	570,8	442,5	189,7	12,4	7 493,4	28,06	10,37	45,35	7,62	5,90	2,53	0,17	
September	7.	2 089,5	751,6	3 321,9	571,7	444,0	190,1	12,4	7 381,2	28,31	10,18	45,00	7,74	6,02	2,58	0,17	
	15.	2 092,0	742,4	3 246,7	563,6	439,5	187,6	12,3	7 284,1	28,72	10,19	44,57	7,74	6,03	2,58	0,17	
	22.	2 104,2	761,4	3 273,9	559,9	435,8	186,2	12,3	7 333,7	28,69	10,38	44,64	7,64	5,94	2,54	0,17	
	29.	2 151,2	803,6	3 484,6	571,2	442,3	188,6	12,3	7 653,8	28,11	10,50	45,53	7,46	5,78	2,46	0,16	
Oktober	6.	2 130,3	767,0	3 378,0	570,1	442,4	188,5	12,2	7 488,5	28,45	10,24	45,11	7,61	5,91	2,52	0,16	
	15.	2 128,2	753,0	3 295,2	563,0	438,2	186,4	12,2	7 376,2	28,85	10,21	44,67	7,63	5,94	2,53	0,17	
	23.	2 148,3	772,2	3 329,6	557,1	434,5	185,3	12,2	7 439,2	28,88	10,38	44,76	7,49	5,84	2,49	0,16	
	31.	2 227,6	811,2	3 490,2	566,1	439,0	186,9	12,2	7 733,2	28,80	10,49	45,13	7,32	5,68	2,42	0,16	
November	7.	2 212,3	781,2	3 400,6	565,2	439,9	187,2	12,1	7 598,5	29,12	10,28	44,75	7,44	5,79	2,46	0,16	
	15.	2 224,7	780,0	3 339,4	557,8	435,7	185,0	12,1	7 534,7	29,53	10,35	44,32	7,40	5,78	2,46	0,16	
	23.	2 261,7	837,4	3 465,0	560,2	436,2	185,6	12,1	7 758,2	29,15	10,80	44,66	7,22	5,62	2,39	0,16	
	30.	2 308,4	862,2	3 596,8	571,9	443,5	189,3	12,0	7 984,1	28,91	10,80	45,05	7,16	5,56	2,37	0,15	
Dezember	7.	2 318,4	851,4	3 586,7	585,0	454,0	193,3	12,0	8 000,8	28,98	10,64	44,83	7,31	5,67	2,42	0,15	
	15.	2 380,0	886,0	3 643,1	589,5	458,3	195,0	12,0	8 163,9	29,15	10,85	44,63	7,22	5,61	2,39	0,15	
	22.	2 515,2	961,5	3 830,4	605,9	468,8	199,3	12,0	8 593,1	29,27	11,19	44,57	7,05	5,46	2,32	0,14	
	31.	2 565,9	943,6	3 726,3	596,4	463,3	198,6	12,0	8 506,1	30,17	11,09	43,81	7,01	5,45	2,33	0,14	
Jahresdurchschnitt	1960	1 715,4	610,9	2 684,6	483,4	377,7	152,3	18,1	6 042,4	28,39	10,11	44,43	8,00	6,25	2,52	0,30	
	1961	1 941,9	675,4	2 954,0	513,9	404,1	169,0	14,6	6 672,9	29,10	10,12	44,27	7,70	6,06	2,53	0,22	
	1962	2 151,0	764,6	3 266,6	550,4	431,2	182,5	12,6	7 358,9	29,23	10,39	44,39	7,48	5,86	2,48	0,17	

GIROVERKEHR

Umsätze	Jahr	Barzah- lungen	Ver- rech- nungen	Platz- über- tra- gungen 1)	Über- tra- gungen von u. nach andern Bank- plätzen	Total	Bar- zah- lungen	Ver- rech- nungen	Platzüber- tragungen 1)	Über- tragungen von und nach andern Bankplätzen	Total												
												Zahl der Posten						In 1000 Franken					
												1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
Gutschriften	1958	19 150	103 748	929 260	68 777	1 120 935	1 112 085	15 703 977	58 837 837	12 421 112	88 075 011												
	1959	23 438	104 965	1 029 297	77 992	1 235 692	1 199 399	15 870 862	90 519 669	14 554 576	122 144 506												
	1960	22 166	96 237	1 188 385	81 128	1 387 916	1 157 370	19 750 444	123 688 700	18 275 611	162 872 125												
	1961	21 406	95 949	1 297 275	81 657	1 496 287	1 063 090	23 493 715	145 992 946	22 339 964	192 889 715												
	1962	20 958	95 579	1 431 353	80 102	1 627 992	1 115 475	30 825 917	199 178 430	23 052 736	254 172 558												
Belastungen	1958	27 723	105 262	929 260	77 327	1 139 572	7 606 637	8 932 471	58 837 837	11 987 972	87 364 917												
	1959	27 472	97 202	1 029 297	87 545	1 241 516	8 085 435	8 752 625	90 519 669	14 997 331	122 355 060												
	1960	28 947	88 944	1 188 385	89 226	1 395 502	9 196 295	11 301 293	123 688 700	18 728 121	162 914 409												
	1961	29 780	97 566	1 297 275	91 714	1 516 335	10 481 499	13 149 729	145 992 946	22 291 240	191 915 414												
	1962	30 348	93 359	1 431 353	92 989	1 648 049	11 831 491	20 048 484	199 178 430	22 949 640	254 008 045												
Total	1958	46 873	209 010	1 858 520	146 104	2 260 507	8 718 722	24 636 448	117 675 674	24 409 084	175 439 928												
	1959	50 910	202 167	2 058 594	165 537	2 477 208	9 284 834	24 623 487	181 039 338	29 551 907	244 499 566												
	1960	51 113	185 181	2 376 770	170 354	2 783 418	10 353 665	31 051 737	247 377 400	37 003 732	325 786 534												
	1961	51 186	193 515	2 594 550	173 371	3 012 622	11 544 589	36 643 444	291 985 892	44 631 204	384 805 129												
	1962	51 306	188 938	2 862 706	173 091	3 276 041	12 946 966	50 874 401	398 356 860	46 002 376	508 180 603												
Prozentuale Verteilung																							
Gutschriften	1958	1.71	9.25	82.90	6.14	100	1.26	17.83	66.81	14.10	100												
	1959	1.90	8.49	83.30	6.31	100	0.98	12.99	74.11	11.92	100												
	1960	1.60	6.93	85.62	5.85	100	0.71	12.13	75.94	11.22	100												
	1961	1.43	6.41	86.70	5.46	100	0.55	12.18	75.69	11.58	100												
	1962	1.29	5.87	87.92	4.92	100	0.44	12.13	78.36	9.07	100												
Belastungen	1958	2.43	9.24	81.54	6.79	100	8.71	10.22	67.35	13.72	100												
	1959	2.21	7.83	82.91	7.05	100	6.61	7.15	73.98	12.26	100												
	1960	2.08	6.37	85.16	6.39	100	5.64	6.94	75.92	11.50	100												
	1961	1.96	6.43	85.56	6.05	100	5.46	6.85	76.07	11.62	100												
	1962	1.84	5.67	86.85	5.64	100	4.66	7.89	78.41	9.04	100												
Total	1958	2.07	9.25	82.22	6.46	100	4.97	14.04	67.08	13.91	100												
	1959	2.06	8.16	83.10	6.68	100	3.80	10.07	74.04	12.09	100												
	1960	1.84	6.65	85.39	6.12	100	3.18	9.53	75.93	11.36	100												
	1961	1.70	6.42	86.12	5.76	100	3.00	9.52	75.88	11.60	100												
	1962	1.57	5.77	87.38	5.28	100	2.55	10.01	78.39	9.05	100												

1) Mit Einschluss des Bankenclearing.

GESCHÄFTSVERKEHR DER

Jahr	Aarau	Basel	Bern	Genf	Lausanne	Lugano	Luzern	Neuen- burg	St. Gallen	Zürich	Total
In 1000 Franken											
Kassenumsatz											
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
1958	931 521	2 369 112	14 721 448 ¹⁾	2 305 651	2 113 612	987 872	1 139 258	761 906	1 709 037	6 390 247	29 399 599 ¹⁾
1959	803 666	2 527 851	11 139 523 ¹⁾	2 382 083	2 055 748	1 025 500	1 095 791	645 900	1 459 343	6 264 194	29 297 578 ¹⁾
1960	824 331	2 734 012	10 028 521 ¹⁾	2 639 440	2 319 588	1 064 189	1 119 298	678 406	1 580 786	6 309 007	23 143 641 ¹⁾
1961	1 011 423	3 074 878	13 724 791 ¹⁾	2 796 211	2 733 018	1 143 432	1 195 075	779 859	1 770 115	7 628 142	35 856 944 ¹⁾
1962	1 192 070	3 354 295	12 989 118 ¹⁾	3 219 911	3 366 578	1 337 212	1 313 232	894 019	2 021 531	8 804 045	38 492 011 ¹⁾
Devisenverkehr											
1958	—	—	—	—	—	—	—	—	—	24 195 418	24 195 418 ²⁾
1959	—	—	—	—	—	—	—	—	—	19 956 042	19 956 042
1960	—	—	—	—	—	—	—	—	—	33 172 518	33 172 518
1961	—	—	—	—	—	—	—	—	—	30 831 843	30 831 843
1962	—	—	—	—	—	—	—	—	—	51 924 537	51 924 537
Diskontierungen von Schweizerwechsln, Schatzanweisungen des Bundes und Obligationen											
1958	21 844	17 194	446 800	21 872	27 306	34 407	84 828	21 763	36 595	121 871	834 480
1959	5 669	4 338	351 435	9 132	15 993	10 014	56 090	15 929	22 064	42 510	533 174
1960	9 083	2 498	352 872	8 036	18 200	4 028	53 319	18 988	29 441	47 360	543 825
1961	8 918	4 488	349 660	8 107	17 037	6 094	52 922	20 781	29 886	48 425	546 318
1962	6 826	3 705	278 989	14 264	17 236	2 775	59 273	18 088	39 425	121 901	562 482
Neue Lombardvorschüsse											
1958	6 196	9 845	61 967	22 871	20 230	5 364	46 110	6 862	21 000	16 587	217 032
1959	5 106	5 433	53 475	15 442	22 856	9 681	44 197	7 004	23 860	15 843	202 897
1960	8 789	6 245	90 799	26 274	60 590	3 230	64 964	6 786	38 060	25 234	330 971
1961	8 089	6 738	110 586	34 078	68 094	2 376	64 562	3 445	44 091	24 741	366 800
1962	15 290	9 886	152 869	26 897	47 775	8 554	58 837	4 585	61 756	26 143	412 592
Verkehr mit den Korrespondenten im Inland											
1958	—	—	—	—	—	—	—	—	—	9 423 251	9 423 251
1959	—	—	—	—	—	—	—	—	—	9 962 597	9 962 597
1960	—	—	—	—	—	—	—	—	—	11 176 513	11 176 513
1961	—	—	—	—	—	—	—	—	—	12 575 487	12 575 487
1962	—	—	—	—	—	—	—	—	—	14 348 652	14 348 652
Verkehr mit den Korrespondenten im Ausland ³⁾											
1958	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
1959	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1 447 017	1 447 017
1960	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2 527 794	2 527 794
1961	—	—	—	—	—	—	—	—	—	25 985 973	25 985 973
1962	—	—	—	—	—	—	—	—	—	22 492 386	22 492 386
¹⁾ Einschliesslich Gold im Ausland. ²⁾ Einschliesslich Verkehr mit Auslandskorrespondenten. ³⁾ Der Verkehr mit Auslandskorrespondenten ist bis 1958 im Devisenverkehr inbegriffen.											

EINZELNEN BANKSTELLEN ⁴⁾

Jahr	Aarau	Basel	Bern	Genf	Lausanne	Lugano	Luzern	Neuen- burg	St. Gallen	Zürich	Total
In 1000 Franken											
Inkassoverkehr (Einreichungen)											
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
1958	742	39 399	291 342	15 938	6 922	355	4 714	6 135	2 207	107 686	475 440
1959	2 271	23 490	294 713	30 087	7 590	335	6 362	6 481	2 505	88 167	462 001
1960	912	33 781	296 037	23 694	11 669	126	10 571	6 457	2 987	91 433	477 667
1961	2 767	29 511	403 111	19 007	12 657	182	8 255	7 398	2 962	136 383	622 233
1962	1 975	13 396	470 957	28 344	14 083	68	7 319	7 211	3 476	110 013	656 842
Giroverkehr											
1958	1 771 868	14 508 837	9 317 833	9 757 013	4 597 957	1 427 560	2 070 182	1 474 905	3 227 753	127 286 020	175 439 928
1959	1 736 845	17 556 014	9 615 253	11 153 953	4 920 806	1 644 943	2 007 457	1 463 101	3 284 509	191 116 685	244 499 566
1960	2 234 508	21 989 732	10 836 841	13 911 884	6 764 881	1 470 137	2 397 114	1 751 248	3 713 878	260 716 311	325 786 534
1961	2 471 628	26 222 888	12 405 287	16 735 050	7 775 884	1 760 423	2 796 491	1 882 711	4 333 799	308 420 968	384 805 129
1962	2 519 207	25 880 174	14 549 871	20 270 430	7 697 792	2 227 051	2 860 123	1 886 228	4 819 617	425 470 110	508 180 603
Verkehr mit den Bundesverwaltungen											
1958	—	—	37 910 874	—	—	—	—	—	—	—	37 910 874
1959	—	—	37 738 896	—	—	—	—	—	—	—	37 738 896
1960	—	—	42 908 748	—	—	—	—	—	—	—	42 908 748
1961	—	—	47 980 529	—	—	—	—	—	—	—	47 980 529
1962	—	—	58 630 922	—	—	—	—	—	—	—	58 630 922
Verkehr mit Deponenten											
1958	4 628	18 249	70 600	18 255	9 057	2 202	4 595	8 422	3 983	548 950	688 941
1959	4 780	15 358	66 786	23 724	7 885	4 582	3 890	6 388	4 490	880 920	1 018 803
1960	3 895	16 421	69 175	23 294	9 105	4 716	4 321	8 367	5 362	955 708	1 100 364
1961	3 730	13 815	82 671	28 263	8 910	3 741	10 205	11 041	5 947	1 438 857	1 607 180
1962	4 799	13 116	60 590	23 556	20 099	3 641	5 122	10 075	5 869	1 295 320	1 442 187
Gesamtumsatz in doppelter Aufrechnung (ohne Abrechnungsstellen)											
1958	6 268 021	30 942 035	134 701 870	19 041 227	13 880 005	5 005 532	7 431 315	4 863 593	11 684 619	243 232 346	477 050 563
1959	6 194 758	34 939 382	126 732 786	21 195 481	14 572 647	5 355 550	6 995 607	4 497 265	11 292 914	292 477 440	524 253 830
1960	7 159 489	42 231 560	138 060 378	25 694 326	17 975 749	5 118 728	8 013 097	5 278 523	12 421 286	384 553 610	646 506 746
1961	7 906 451	50 002 501	159 887 233	29 720 467	20 208 465	5 972 727	9 124 622	5 739 898	14 343 271	467 076 984	769 982 619
1962	8 583 945	49 466 479	188 620 767	34 983 019	22 293 500	7 153 282	9 639 245	5 953 226	16 421 554	614 610 036	957 725 053
Umsatz der Abrechnungsstellen											
1958	—	1 142 548	192 026	1 445 150	429 316	—	—	42 970 ⁵⁾	83 218	864 991	4 200 219
1959	—	1 574 241	215 236	1 810 404	490 731	—	—	39 223 ⁵⁾	72 174	989 129	5 191 138
1960	—	2 133 759	237 136	2 301 416	601 264	—	—	42 186 ⁵⁾	72 856	1 164 978	6 553 595
1961	—	2 514 322	296 435	2 980 611	751 525	—	—	50 336 ⁵⁾	96 365	1 361 862	8 051 456
1962	—	3 277 282	337 340	4 051 252	804 640	—	—	64 930 ⁵⁾	93 778	1 481 038	10 110 260

⁴⁾ Der Verkehr der Agenturen ist in den Verkehrszahlen der vorgesetzten Bankstelle enthalten.

⁵⁾ Einschliesslich Umsatz der Abrechnungsstelle in La Chaux-de-Fonds.

BESTÄNDE AM JAHRESENDE

Jahr	Metallbestand			Devisen ²⁾	Inlandportefeuille				Wechsel der eidg. Darlehens- kasse	Lombard- vorschüsse
	Gold ¹⁾	Silber	Total		Schweizer- wechsel	Schatz- anweisungen ³⁾	Diskon- tierte Obli- gationen	Total		
	In Millionen Franken									
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
1907	75,5	5,8	81,3	27,7	77,9	—	—	77,9	—	2,7
1908	117,5	7,2	124,7	44,7	63,7	—	—	63,7	—	10,4
1909	124,0	14,4	138,4	48,2	111,0	—	—	111,0	—	14,7
1910	155,6	10,2	165,8	59,1	99,8	—	—	99,8	—	18,0
1911	160,7	9,2	169,9	24,6	130,4	—	7,0	137,4	—	16,8
1912	173,1	12,8	185,9	26,7	146,2	—	5,1	151,3	—	25,5
1913	170,0	20,8	190,8	42,3	100,0	—	9,4	109,4	—	28,4
1914	237,9	24,9	262,8	34,4	114,7	58,0	8,3	181,0	—	19,6
1915	250,1	51,3	301,4	49,6	63,9	75,0	3,5	142,4	—	21,0
1916	345,0	52,5	397,5	63,3	56,3	123,0	4,5	183,8	—	22,1
1917	357,7	51,8	409,5	47,8	88,4	233,0	6,0	327,4	—	45,2
1918	414,7	58,4	473,1	70,6	249,8	312,0	6,5	568,3	—	40,9
1919	517,0	73,6	590,6	94,8	184,1	301,0	2,0	487,1	—	32,7
1920	542,9	121,6	664,5	25,4	167,1	280,0	5,8	452,9	—	36,6
1921	549,5	108,3	657,8	58,8	44,8	287,0	2,9	334,7	—	76,2
1922	535,1	103,9	639,0	74,1	33,9	325,0	2,0	360,9	—	62,2
1923	537,2	90,7	627,9	94,4	102,5	155,0	4,5	262,0	—	85,3
1924	505,9	87,2	593,1	193,3	81,2	78,0	5,7	164,9	—	70,8
1925	467,1	89,3	556,4	222,5	70,2	68,5	3,2	141,9	—	72,4
1926	471,8	72,8	544,6	222,0	91,7	83,1	5,5	180,3	—	60,6
1927	517,0	62,9	579,9	197,9	128,8	71,7	6,2	206,7	—	78,5
1928	533,0	45,8	578,8	258,6	157,1	53,9	6,8	217,8	—	82,9
1929	595,0	23,5	618,5	362,3	95,2	39,1	15,1	149,4	—	75,2
1930	712,9	—	712,9	353,4	86,7	—	8,0	94,7	—	53,4
1931	2 346,9	—	2 346,9	107,0	27,7	0,4	6,5	34,6	—	64,7
1932	2 471,2	—	2 471,2	88,6	12,8	0,2	6,7	19,7	4,6	48,7
1933	1 998,1	—	1 998,1	17,7	19,0	15,2	16,7	50,9	58,3	94,7
1934	1 909,8	—	1 909,8	7,5	13,4	4,0	8,9	26,3	5,9	118,0
1935	1 388,8	—	1 388,8	8,3	25,3	114,6	12,6	152,5	85,5	142,2

¹⁾ Bewertung vom 20. Juni 1907 bis 10. November 1921 : 1 kg Feingold = Fr. 3440 ; vom 11. November 1921 an : 1 kg = Fr. 3435.555.
²⁾ 1907 und 1908 nur Auslandswchsel ; von 1909 bis 1927 nur Auslandswchsel und Sichtguthaben im Ausland.
³⁾ Bis 1930 nur Schatzanweisungen des Bundes.

SEIT ERÖFFNUNG DER BANK

BESTÄNDE AM JAHRESENDE

Eigene Wert-schriften	Guthaben bei Kor-respon-denten im Inland ⁴⁾	Noten-umlauf	Deckung des Notenumlaufs durch den Metallbestand	Täglich fällige Verbindlichkeiten					Bilanz-summe	Jahr
				Girorech-nungen von Banken, Handel u. Industrie	Rechnungen der Bundes-verwaltungen	Rechnungen der Deponenten	Konti Zahlungs-u. Clearing-abkommen	Total		
In Millionen Franken			%	In Millionen Franken						
12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22
3,8	10,5	159,2	51.09	19,5	5,7	0,6	—	25,8	243,8	1907
6,2	8,2	204,1	61.11	21,1	13,1	0,8	—	35,0	292,9	1908
10,8	28,4	261,5	52.91	29,4	39,6	1,4	—	70,4	386,0	1909
10,0	35,0	297,2	55.77	22,4	45,7	0,7	—	68,8	421,0	1910
16,5	18,9	314,8	53.96	24,6	23,8	0,9	—	49,3	419,3	1911
7,1	19,2	339,2	54.80	28,9	25,4	1,2	—	55,5	451,0	1912
6,4	16,1	313,8	60.79	27,4	30,6	1,0	—	59,0	429,9	1913
9,3	14,7	455,9	57.65	54,6	8,6	7,6	—	70,8	589,2	1914
8,1	29,0	465,6	64.72	61,0	14,3	7,4	—	82,7	608,7	1915
6,8	18,2	536,5	74.07	89,8	12,7	27,3	—	129,8	735,1	1916
7,3	18,0	702,3	58.30	89,0	42,6	7,1	—	138,7	908,7	1917
8,6	28,1	975,7	48.49	79,1	20,1	88,4	—	187,6	1 239,0	1918
6,6	36,1	1 036,1	57.00	121,0	18,7	41,5	—	181,2	1 298,2	1919
5,9	35,0	1 023,7	64.90	146,4	11,4	5,4	—	163,2	1 273,1	1920
6,5	27,2	1 009,3	65.17	116,5	7,7	4,4	—	128,6	1 224,7	1921
9,8	18,9	976,4	65.44	147,4	11,0	5,7	—	164,1	1 224,3	1922
8,6	30,0	982,0	63.94	80,0	13,0	10,4	—	103,4	1 166,4	1923
6,8	38,6	913,9	64.89	102,8	8,3	6,0	—	117,1	1 107,5	1924
6,6	34,4	875,8	63.53	113,2	4,7	6,3	—	124,2	1 075,1	1925
6,4	33,6	873,9	62.31	127,0	4,3	5,5	—	136,8	1 087,6	1926
9,2	34,6	917,4	63.20	123,8	18,4	9,2	—	151,4	1 147,5	1927
19,0	40,6	952,6	60.75	141,5	54,0	6,6	—	202,1	1 236,4	1928
5,4	40,2	999,2	61.90	171,7	28,5	7,1	—	207,3	1 288,9	1929
104,0	32,7	1 062,1	67.12	213,2	28,0	7,9	—	249,1	1 391,9	1930
37,9	25,6	1 609,4	145.82	883,2	40,1	44,9	—	968,2	2 659,5	1931
50,8	15,7	1 612,6	153.24	922,3	51,0	67,9	—	1 041,2	2 743,5	1932
27,7	19,9	1 509,5	132.36	629,6	9,4	51,4	—	690,4	2 309,7	1933
52,5	19,2	1 440,3	132.60	539,4	39,6	45,9	—	624,9	2 179,2	1934
44,9	26,7	1 366,3	101.65	357,9	7,6	24,8	16,4	406,7	1 887,4	1935

⁴⁾ 1907 und 1908 einschliesslich Auslandkorrespondenten und Sichtguthaben im Ausland; von 1909 bis 1927 mit Einschluss der Auslandguthaben unter Weglassung der Sichtguthaben im Ausland.

BESTÄNDE AM JAHRESENDE

Jahr	Goldbestand ¹⁾	Devisen	Inlandportefeuille				Wechsel der eidg. Darlehenskasse	Lombardvorschüsse	Ausländische Schatzanweisungen in sFr.	Eigene Wertschriften	Guthaben bei Korrespondenten	
			Schweizerwechsel	Schatzanweisungen ²⁾	Diskontierte Obligationen	Total					im Inland	im Ausland
In Millionen Franken												
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
1936	2 709,0	57,6	7,7	9,5	2,3	19,5	28,5	46,8	—	15,9	14,2	—
1937	2 679,2	513,1	5,3	1,7	1,9	8,9	10,3	34,8	—	30,7	11,4	—
1938	2 889,6	279,7	52,5	101,5	1,1	155,1	3,8	21,9	—	90,9	9,6	—
1939	2 261,6	361,7	46,3	46,4	5,7	98,4	6,8	89,6	—	80,9	16,6	—
1940	2 173,2	996,8	63,2	149,3	2,1	214,6	2,8	45,4	—	87,8	20,0	—
1941	2 878,5	679,0	32,5	4,4	2,3	39,2	12,8	25,0	—	69,6	15,8	—
1942	3 565,2	61,8	123,8	85,3	0,8	209,9	12,0	25,2	—	63,9	16,3	—
1943	4 172,7	83,0	92,0	0,4	0,7	93,1	0,3	18,4	—	64,5	14,2	—
1944	4 554,1	102,4	69,5	—	1,6	71,1	—	27,6	—	64,2	13,9	—
1945	4 777,0	162,5	78,1	39,9	5,9	123,9	6,7	67,6	—	62,1	27,5	—
1946	4 949,9	158,0	46,1	14,5	13,9	74,5	9,6	164,2	—	52,7	51,7	—
1947	5 256,2	102,5	116,3	20,1	18,8	155,2	13,6	246,6	—	48,4	68,6	—
1948	5 821,0	236,6	115,2	1,5	8,8	125,5	1,6	79,0	—	47,4	50,4	—
1949	6 240,2	260,0	81,4	2,0	0,7	84,1	0,1	31,0	—	39,7	26,7	—
1950	5 975,8	256,4	165,3	31,5	4,4	201,2	—	85,0	—	40,9	60,3	—
1951	6 003,8	227,6	233,8	4,6	12,7	251,1	1,4	58,9	—	39,9	53,0	—
1952	5 876,1	490,9	243,9	—	1,8	245,7	—	64,0	—	40,1	37,5	—
1953	6 086,1	522,2	190,8	14,7	1,1	206,6	—	65,2	—	35,5	34,9	—
1954	6 323,4	649,8	91,6	2,0	9,6	103,2	—	116,6	—	46,5	41,3	—
1955	6 686,3	624,1	129,2	2,0	23,0	154,2	—	131,8	—	45,9	47,8	—
1956	7 102,9	627,0	170,9	21,5	80,0	272,4	—	186,9	—	45,7	56,1	—
1957	7 383,5	781,4	193,9	—	31,9	225,8	—	52,0	—	45,3	41,4	—
1958	8 329,3	560,9	56,0	—	2,3	58,3	—	21,8	—	44,6	33,0	—
1959	8 369,3	534,6	50,6	—	7,3	57,9	—	39,7	—	44,2	45,2	6,4
1960	9 454,7	583,0	49,2	—	4,3	53,5	—	37,8	—	43,3	45,1	6,8
1961	11 078,0	842,4	62,2	—	7,3	69,5	—	66,3	—	42,9	58,3	6,8
1962	11 543,3	867,4	67,4	45,0	11,2	123,6	—	71,7	207,0	42,8	77,8	10,2

¹⁾ Bewertung bis 6. Oktober 1936: 1 kg Feingold = Fr. 3435.555; vom 7. Oktober 1936 bis 30. Mai 1940: 1 kg = Fr. 4639.13; seit 31. Mai 1940: 1 kg = Fr. 4869.80.
²⁾ Seit 1948 nur Schatzanweisungen des Bundes.

SEIT ERÖFFNUNG DER BANK

BESTÄNDE AM JAHRESENDE

Notenumlauf	Deckung des Notenumlaufs durch den Goldbestand	Täglich fällige Verbindlichkeiten						Girorechnungen von Banken mit vorübergehender zeitlicher Bindung	Verbindlichkeiten auf Zeit	Bilanzsumme	Jahr
		Girorechnungen von Banken, Handel u. Industrie	Rechnungen der Bundesverwaltungen	Rechnungen der Deponenten	Konti Zahlungs- u. Clearing-abkommen	Guthaben ausländischer Banken ³⁾	Total				
In Millionen Franken	%	In Millionen Franken									
14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25
1 482,2	182.76	1 093,9	183,4	29,9	62,9	—	1 370,1	—	—	3 505,9	1936
1 530,5	175.05	1 602,6	12,5	35,4	71,9	—	1 722,4	—	—	3 902,3	1937
1 751,0	165.02	1 592,6	8,2	31,2	39,9	—	1 671,9	—	—	4 081,0	1938
2 049,9	110.33	686,7	10,9	32,0	67,8	—	797,4	—	—	3 501,8	1939
2 273,4	95.59	1 018,6	6,8	41,6	119,9	—	1 186,9	—	—	3 727,7	1940
2 336,7	123.18	896,9	194,7	44,6	108,9	—	1 245,1	—	—	3 880,6	1941
2 637,3	135.18	1 147,8	13,6	42,0	95,7	—	1 299,1	—	—	4 226,4	1942
3 048,5	136.87	1 065,3	9,2	47,1	126,7	—	1 248,3	—	—	4 597,2	1943
3 548,0	128.35	835,5	27,7	50,9	109,7	—	1 023,8	—	—	4 868,6	1944
3 835,2	124.55	843,2	6,6	106,8	162,0	—	1 118,6	—	—	5 266,5	1945
4 090,7	121.00	662,3	194,6	84,2	223,5	—	1 164,6	—	—	5 499,8	1946
4 383,4	119.91	722,3	127,2	59,4	263,4	—	1 172,3	—	—	5 932,1	1947
4 594,3	126.70	960,0	11,2	49,9	221,7	—	1 242,8	—	337,1	6 400,6	1948
4 566,3	136.66	1 334,8	105,8	40,9	249,6	—	1 731,1	—	200,0	6 721,9	1949
4 663,8	128.13	1 042,1	485,6	75,2	170,2	—	1 773,1	—	—	6 658,6	1950
4 927,3	121.85	1 101,9	225,4	41,6	159,9	—	1 528,8	—	—	6 675,9	1951
5 121,9	114.73	1 209,2	78,9	39,0	126,8	—	1 453,9	—	—	6 796,8	1952
5 228,5	116.40	1 147,3	157,3	64,8	171,5	—	1 540,9	—	—	6 996,8	1953
5 411,6	116.85	1 255,2	216,1	49,4	171,5	—	1 692,2	—	—	7 327,2	1954
5 515,5	121.23	1 623,8	268,9	15,6	82,1	—	1 990,4	—	—	7 738,2	1955
5 809,7	122.26	1 570,6	609,2	17,4	89,2	—	2 286,4	—	—	8 340,1	1956
5 931,2	124.49	1 831,1	471,0	16,2	74,7	—	2 393,0	—	—	8 574,6	1957
6 109,3	136.34	2 541,2	105,7	18,2	61,3	—	2 726,4	—	—	9 098,9	1958
6 343,9	131.93	2 330,7	165,6	16,9	22,1	—	2 535,3	—	—	9 141,5	1959
6 854,1	137.94	2 288,4	416,6	18,1	33,3	—	2 756,4	—	390,3	10 266,2	1960
7 656,0	144.70	1 996,1	662,5	19,7	37,2	231,5	2 947,0	1 035,0	293,5	12 206,6	1961
8 506,1	135.71	2 294,2	355,9	21,6	30,0	98,0	2 799,7	1 035,0	373,0	12 994,7	1962

³⁾ Vor Ende Juni 1961 in den Girorechnungen von Banken, Handel und Industrie inbegriffen.

JAHRES DURCHSCHNITTE

Jahr	Metallbestand			Devisen ²⁾	Inlandportefeuille				Wechsel der eidg. Darlehens- kasse	Lombard- vor- schüsse
	Gold ¹⁾	Silber	Total		Schweizer- wechsel ³⁾	Schatz- anwei- sungen ⁴⁾	Diskontierte Obligationen	Total		
	In Millionen Franken									
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
1907	52,1	6,3	58,4	19,0	36,7	—	—	36,7	—	0,6
1908	98,3	8,1	106,4	39,0	24,0	—	—	24,0	—	2,5
1909	121,5	15,2	136,7	49,6	41,7	—	—	41,7	—	4,4
1910	143,3	16,1	159,4	44,7	70,9	—	—	70,9	—	5,9
1911	158,5	14,8	173,3	56,1	60,5	—	5,6	66,1	—	7,0
1912	168,1	13,0	181,1	34,7	78,1	—	4,5	82,6	—	12,2
1913	170,5	23,1	193,6	48,7	57,9	—	2,3	60,2	—	15,7
1914	195,1	17,2	212,3	45,9	103,5	—	7,2	110,7	—	20,1
1915	241,5	47,8	289,3	35,1	108,6	—	3,5	112,1	—	16,9
1916	271,5	54,0	325,5	72,1	126,1	—	1,2	127,3	—	17,7
1917	344,6	52,7	397,3	52,7	170,6	—	0,9	171,5	—	28,3
1918	377,1	55,3	432,4	53,7	321,7	—	2,1	323,8	—	36,4
1919	451,5	64,8	516,3	62,1	418,2	—	1,5	419,7	—	38,7
1920	534,2	93,0	627,2	84,6	303,1	—	4,0	307,1	—	32,3
1921	544,2	122,7	666,9	26,5	308,5	—	1,9	310,4	—	41,9
1922	532,4	111,1	643,5	72,8	251,3	—	1,6	252,9	—	49,1
1923	531,5	100,0	631,5	79,3	254,2	—	4,4	258,6	—	49,1
1924	518,6	94,5	613,1	122,9	153,0	—	4,3	157,3	—	66,6
1925	485,7	89,4	575,1	211,8	87,3	—	2,0	89,3	—	48,6
1926	429,1	85,9	515,0	218,0	105,0	—	2,0	107,0	—	45,6
1927	450,5	69,3	519,8	205,1	131,9	—	5,1	137,0	—	48,6
1928	450,3	56,2	506,5	219,8	144,5	—	7,9	152,4	—	62,8
1929	506,6	37,0	543,6	248,6	125,7	—	8,5	134,2	—	61,3
1930	607,2	5,6	612,8	361,6	40,0	—	8,4	48,4	—	42,2
1931	1 165,0	—	1 165,0	353,7	35,3	—	5,7	41,0	—	45,2
1932	2 546,0	—	2 546,0	81,4	13,9	4,6	4,5	23,0	3,0	45,8
1933	2 119,5	—	2 119,5	21,7	10,2	4,2	5,9	20,3	19,5	53,1
1934	1 788,1	—	1 788,1	14,1	12,3	20,2	6,1	38,6	21,5	75,0
1935	1 457,1	—	1 457,1	18,7	34,0	42,8	8,5	85,3	41,3	87,6

¹⁾ Bewertung vom 20. Juni 1907 bis 10. November 1921 : 1 kg Feingold = Fr. 3440; vom 11. November 1921 an : 1 kg = Fr. 3435.555.
²⁾ 1907 und 1908 nur Auslandswchsel; von 1909 bis 1927 nur Auslandswchsel und Sichtguthaben im Ausland.
³⁾ Bis 1931 einschliesslich Schatzanweisungen.
⁴⁾ Vor 1932 nicht berechnet.

SEIT ERÖFFNUNG DER BANK

JAHRESDURCHSCHNITTE

Eigene Wert-schriften	Guthaben bei Korre-spondenten im Inland ⁵⁾	Noten-umlauf	Deckung des Notenum-laufs durch den Metall-bestand	Täglich fällige Verbindlichkeiten					Jahr
				Girorechnun-gen von Ban-ken, Handel, u. Industrie	Rechnungen der Bundes-verwaltungen	Rechnungen der Deponenten	Konti Zahlungs-u. Clearing-abkommen	Total	
In Millionen Franken			%	In Millionen Franken					
12	13	14	15	16	17	18	19	20	21
3,2	9,6	88,9	65.74	15,3	9,4	1,0	—	25,7	1907
9,0	8,5	145,9	72.95	13,6	10,6	1,2	—	25,4	1908
8,0	6,3	191,4	71.41	17,5	18,2	1,3	—	37,0	1909
12,2	28,8	241,4	66.03	15,1	43,0	1,8	—	59,9	1910
12,5	22,4	253,6	68.35	16,3	40,8	1,6	—	58,7	1911
11,1	10,9	269,3	67.25	16,4	25,4	1,4	—	43,2	1912
9,3	11,2	272,4	71.09	15,8	28,5	0,7	—	45,0	1913
11,7	10,4	335,1	63.33	34,5	19,0	4,0	—	57,5	1914
8,9	23,6	409,9	70.57	44,0	20,4	6,3	—	70,7	1915
7,8	13,6	430,3	75.63	94,9	15,8	8,1	—	118,8	1916
7,6	13,4	535,8	74.15	80,9	19,9	10,3	—	111,1	1917
9,7	17,6	733,1	58.98	71,1	14,8	33,0	—	118,9	1918
7,7	21,4	905,8	57.00	73,9	16,7	29,0	—	119,6	1919
6,6	27,6	933,8	67.16	96,0	14,5	10,4	—	120,9	1920
5,8	20,2	925,1	72.09	95,3	12,5	4,8	—	112,6	1921
8,6	21,9	817,6	78.71	181,5	15,6	6,2	—	203,3	1922
8,9	18,4	875,0	72.17	130,0	14,0	8,6	—	152,6	1923
7,1	25,5	850,5	72.08	66,9	28,3	10,0	—	105,2	1924
7,1	21,7	797,6	72.10	98,3	11,8	6,3	—	116,4	1925
6,5	19,1	769,0	66.96	81,7	13,5	7,1	—	102,3	1926
6,5	24,6	798,8	65.06	85,4	19,2	6,3	—	110,9	1927
6,3	22,3	818,3	61.89	82,4	21,3	6,9	—	110,6	1928
3,9	24,9	855,7	63.52	89,4	15,5	7,4	—	112,3	1929
59,9	20,4	894,0	68.54	167,8	31,6	6,8	—	206,2	1930
85,8	15,1	1 141,0	102.09	483,0	25,8	19,1	—	527,9	1931
40,6	9,7	1 508,4	168.79	1 075,1	59,1	61,8	—	1 196,0	1932
61,7	12,0	1 440,1	147.17	702,7	24,8	62,6	—	790,1	1933
46,9	10,3	1 349,2	132.52	515,0	12,5	46,1	—	573,6	1934
55,7	11,2	1 283,0	113.57	349,9	14,0	29,4	5,0	398,3	1935

⁵⁾ 1907 und 1908 einschliesslich Auslandskorrespondenten und Sichtguthaben im Ausland; von 1909 bis 1927 mit Einschluss der Auslandguthaben unter Weglassung der Sichtguthaben im Ausland.

JAHRESDURCHSCHNITTE

Jahr	Goldbestand ¹⁾	Devisen	Inlandportefeuille				Wechsel der eidg. Darlehenskasse	Lombardvorschüsse	Eigene Wertschriften	Guthaben bei Korrespondenten	
			Schweizerwechsel	Schatzanweisungen ²⁾	Diskontierte Obligationen	Total				im Inland	im Ausland
In Millionen Franken											
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
1936	1 690,5	23,7	9,4	79,9	4,5	93,8	50,7	63,8	42,4	8,7	—
1937	2 640,0	191,6	6,2	2,0	3,8	12,0	14,3	32,3	17,9	6,6	—
1938	2 849,0	384,3	17,1	16,3	1,5	34,9	5,7	22,7	74,4	6,0	—
1939	2 530,2	280,3	24,3	64,8	3,0	92,1	7,8	36,4	93,2	7,5	—
1940	2 144,9	517,0	67,5	143,1	3,4	214,0	6,5	66,8	86,2	8,5	—
1941	2 347,3	1 153,5	63,8	63,9	1,6	129,3	9,3	25,4	73,5	7,5	—
1942	3 390,6	175,1	76,2	25,4	1,2	102,8	6,8	19,4	66,3	7,1	—
1943	3 774,4	65,6	87,1	61,2	0,7	149,0	0,4	16,7	64,8	7,4	—
1944	4 384,3	90,1	76,2	20,0	1,0	97,2	1,4	17,0	64,3	7,6	—
1945	4 691,1	117,3	68,1	112,8	1,1	182,0	0,3	19,6	63,8	9,3	—
1946	4 818,0	171,7	48,1	6,4	2,8	57,3	1,0	36,3	58,8	13,3	—
1947	5 129,9	113,6	36,2	8,0	7,7	51,9	3,9	59,7	50,8	16,8	—
1948	5 662,7	135,7	118,7	1,6	11,3	131,6	4,5	59,5	47,7	16,8	—
1949	6 046,1	305,2	102,4	0,3	2,2	104,9	0,2	27,6	41,7	9,7	—
1950	6 179,4	297,9	86,8	0,7	1,2	88,7	0,0	23,3	41,2	11,3	—
1951	6 000,9	225,5	150,0	2,6	2,3	154,9	0,1	30,9	40,1	13,8	—
1952	5 847,5	337,1	201,2	0,8	3,4	205,4	0,3	30,0	40,1	13,0	—
1953	5 998,7	511,4	191,6	0,7	0,9	193,2	—	24,7	35,8	13,0	—
1954	6 176,7	517,5	111,9	0,5	1,5	113,9	—	26,1	43,7	14,5	—
1955	6 304,5	597,9	88,9	1,2	8,6	98,7	—	44,7	46,1	17,1	—
1956	6 794,6	585,8	100,5	1,6	15,8	117,9	—	47,7	45,4	19,8	—
1957	7 096,4	538,3	128,5	0,5	15,8	144,8	—	31,6	45,4	16,3	—
1958	7 957,8	539,2	108,6	0,1	2,6	111,3	—	11,4	44,9	11,2	—
1959	8 285,9	444,1	46,6	—	0,7	47,3	—	8,5	44,3	10,5	4,9
1960	8 151,0	522,4	48,2	0,0	1,7	49,9	—	15,6	43,6	13,4	7,1
1961	10 049,6	1 121,6	48,0	—	1,5	49,5	—	13,8	43,0	13,0	8,1
1962	10 613,6	827,3	53,6	1,1	5,3	60,0	—	16,1	42,8	16,1	10,4

¹⁾ Bewertung bis 6. Oktober 1936: 1 kg Feingold = Fr. 3435.555; vom 7. Oktober 1936 bis 30. Mai 1940: 1 kg = Fr. 4639.13; seit 31. Mai 1940: 1 kg = Fr. 4869.80.
²⁾ Seit 1948 nur Schatzanweisungen des Bundes.

SEIT EROFFNUNG DER BANK

JAHRESDURCHSCHNITTE

Notenumlauf	Deckung des Notenumlaufs durch den Goldbestand	Täglich fällige Verbindlichkeiten						Girorechnungen von Banken mit vorübergehender zeitlicher Bindung	Verbindlichkeiten auf Zeit	Jahr
		Girorechnungen von Banken, Handel und Industrie	Rechnungen der Bundesverwaltungen	Rechnungen der Deponenten	Konti Zahlungen- u. Clearingabkommen	Guthaben ausländischer Banken ³⁾	Total			
In Millionen Franken	%	In Millionen Franken								
13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23
1 293,9	130.64	541,3	29,0	27,7	27,2	—	625,2	—	—	1936
1 378,4	191.51	1 305,3	86,1	28,4	69,5	—	1 489,3	—	—	1937
1 555,4	183.17	1 703,7	18,1	44,1	45,0	—	1 810,9	—	—	1938
1 802,3	140.38	1 093,2	12,0	33,1	44,4	—	1 182,7	—	—	1939
2 081,9	103.02	744,3	4,4	38,6	80,5	—	867,8	—	—	1940
2 107,8	111.36	1 309,1	60,8	50,5	102,0	—	1 522,4	—	—	1941
2 251,4	150.60	1 197,1	86,7	52,5	99,4	—	1 435,7	—	—	1942
2 646,5	142.62	1 195,9	54,3	45,4	127,1	—	1 422,7	—	—	1943
3 025,1	144.93	1 097,2	146,1	60,2	129,8	—	1 433,3	—	—	1944
3 517,6	133.36	1 017,8	42,7	83,0	137,1	—	1 280,6	—	—	1945
3 633,2	132.61	813,8	131,9	90,8	189,9	—	1 226,4	—	—	1946
3 940,6	130.18	734,0	147,2	74,4	242,9	—	1 198,5	—	—	1947
4 167,9	135.86	935,0	64,5	51,6	256,6	—	1 307,7	—	401,9	1948
4 259,9	141.93	1 373,0	149,1	54,2	240,9	—	1 817,2	—	269,3	1949
4 239,6	145.75	1 512,1	305,5	58,6	242,4	—	2 118,6	—	176,0 ⁴⁾	1950
4 419,5	135.78	1 269,2	384,0	51,3	153,0	—	1 857,5	—	—	1951
4 596,2	127.22	1 176,7	319,5	41,7	154,2	—	1 692,1	—	—	1952
4 783,6	125.40	1 373,9	203,8	99,8	127,7	—	1 805,2	—	—	1953
4 904,0	125.95	1 354,5	229,1	54,4	164,2	—	1 802,2	—	—	1954
5 056,8	124.67	1 397,2	303,2	30,3	142,9	—	1 873,6	—	—	1955
5 189,7	130.92	1 672,0	458,7	17,7	74,3	—	2 222,7	—	—	1956
5 467,2	129.80	1 788,4	283,8	17,6	106,4	—	2 196,2	—	—	1957
5 501,2	144.66	2 600,3	270,6	17,9	66,5	—	2 955,3	—	—	1958
5 705,3	145.23	2 610,3	264,9	17,8	36,4	—	2 929,4	—	—	1959
6 042,4	134.90	2 112,3	289,0	17,6	23,8	—	2 442,7	—	399,2 ⁵⁾	1960
6 672,9	150.60	2 346,5	684,9	21,2	29,8	222,6 ⁶⁾	3 198,4	1 035,0 ⁷⁾	397,8	1961
7 358,9	144.23	2 034,2	326,4	21,7	23,6	187,6	2 593,5	1 035,0	399,4	1962

³⁾ Vor Ende Juni 1961 in den Girorechnungen von Banken, Handel und Industrie inbegriffen.

⁶⁾ Durchschnitt Ende Juni bis Dezember.

⁴⁾ Durchschnitt Januar bis Juli.

⁷⁾ Durchschnitt Ende März bis Dezember.

⁵⁾ Durchschnitt Oktober bis Dezember.

UMSÄTZE

Jahr	Kassenumsatz	Devisenverkehr ¹⁾	Diskontierungen					Wechsel der eidg. Darlehenskasse	Lombardvorschüsse	Verkehr in eigenen Wertschriften
			Inlandportefeuille							
			Schweizerwechsel		Schatzanweisungen ²⁾	Obligationen	Total			
			Betrag	Durchschnittl. Laufzeit						
In Millionen Franken			Tage	In Millionen Franken						
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
1907	1 819,5	124,4	317,7	28	—	—	317,7	—	13,4	6,4
1908	2 567,9	310,2	465,2	18	—	—	465,2	—	85,5	37,5
1909	2 890,5	337,4	569,4	29	—	—	569,4	—	113,6	44,0
1910	3 265,4	381,7	965,8	26	—	—	965,8	—	126,7	40,4
1911	3 548,0	364,8	903,0	26	—	12,4	915,4	—	127,9	46,5
1912	3 920,1	424,8	1 082,0	26	—	28,3	1 110,3	—	174,4	16,0
1913	3 798,2	472,3	956,9	21	—	27,3	984,2	—	215,1	12,4
1914	4 434,9	350,5	907,5	38	124,0	48,2	1 079,7	—	152,7	15,6
1915	3 649,1	430,6	484,1	33	444,0	22,5	950,6	—	94,1	5,6
1916	4 250,7	662,6	237,2	29	954,0	10,5	1 201,7	—	90,5	8,3
1917	4 479,0	513,8	336,9	28	1 392,0	12,5	1 741,4	—	175,4	6,8
1918	6 219,3	484,5	1 158,8	37	1 962,0	21,6	3 142,4	—	300,4	4,4
1919	5 690,1	740,2	1 384,0	32	2 365,0	11,4	3 760,4	—	275,8	2,9
1920	6 181,3	558,7	1 373,1	38	1 949,0	33,9	3 356,0	—	315,3	6,7
1921	5 964,1	428,8	516,1	35	1 884,0	15,2	2 415,3	—	262,7	6,5
1922	5 997,1	579,4	160,3	47	1 083,0	10,9	1 254,2	—	226,1	7,4
1923	5 818,9	584,2	476,2	35	1 419,0	27,7	1 922,9	—	341,9	4,5
1924	5 684,6	716,8	741,4	38	181,0	30,4	952,8	—	576,8	4,0
1925	6 314,6	1 098,6	292,1	35	174,4	11,8	478,3	—	317,4	27,3
1926	6 520,5	1 125,9	451,7	26	153,0	15,2	619,9	—	350,6	7,3
1927	7 056,5	1 199,3	828,7	28	93,0	30,5	952,2	—	470,4	12,8
1928	6 801,1	11 228,6	1 093,0	28	14,0	49,9	1 156,9	—	681,7	72,5
1929	6 689,1	10 499,3	957,9	29	24,0	56,4	1 038,3	—	712,7	37,5
1930	6 948,2	9 369,0	294,2	35	62,0	43,8	400,0	—	449,6	309,0
1931	9 386,6	15 370,5	229,7	41	193,0	33,4	456,1	—	406,7	449,9
1932	6 566,4	3 747,8	79,4	57	62,9	29,1	171,4	7,5	282,8	58,8
1933	6 171,0	5 310,7	73,7	52	139,7	43,7	257,1	143,8	394,2	88,0
1934	5 248,5	3 025,3	79,9	53	573,5	33,1	686,5	88,5	437,9	52,5
1935	5 706,7	4 566,6	245,7	52	431,6	57,5	734,8	272,8	664,9	119,9

¹⁾ 1907 bis 1927 ist nur der Betrag der diskontierten und angekauften Auslandswchsel angegeben ; der Verkehr der Auslandskorrespondenten ist bis 1927 im Umsatz der Korrespondentenrechnungen im Inland (Kol. 12) inbegriffen.

²⁾ Bis 1930 nur Schatzanweisungen des Bundes.

SEIT ERÖFFNUNG DER BANK

UMSÄTZE

Verkehr mit den Korrespondenten im Inland ^{*)}	Inkassoverkehr Einreichungen	Giroverkehr	Verkehr zwischen Nationalbankkunden und Postcheckkonti	Verkehr mit den Bundesverwaltungen	Verkehr mit Depo- nenten	Verkehr der Konti Zahlungs- u. Clearing- abkommen	Auf die Bank ausgestellte Checks und General- mandate ^{*)}	Gesamtumsatz in doppelter Aufrechnung (ohne Abrech- nungsstellen)	Umsatz der Abrech- nungs- stellen	Jahr
In Millionen Franken										
12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22
1 143,2	64,5	5 019,5	—	367,0	5,5	—	—	15 876,2	2 133,7	1907
1 839,4	131,0	10 610,1	37,9	1 066,5	12,0	—	22,9	31 056,2	2 997,4	1908
1 819,1	286,5	13 683,3	178,1	1 411,8	23,5	—	48,6	37 578,2	3 483,7	1909
2 205,8	360,9	16 616,6	297,6	1 663,9	42,8	—	48,6	44 845,6	4 036,0	1910
2 553,6	399,4	17 480,0	364,8	1 997,1	45,4	—	34,5	47 493,6	4 305,0	1911
2 852,8	454,8	19 641,0	454,8	2 115,1	57,7	—	34,7	55 760,6	4 614,6	1912
2 982,7	483,3	18 799,0	487,1	2 238,5	51,9	—	31,9	54 962,4	5 471,6	1913
2 353,7	323,5	17 438,1	502,6	2 353,8	194,9	—	23,9	56 172,0	4 146,8	1914
2 785,7	276,5	18 920,7	575,2	3 933,7	197,7	—	31,1	59 920,6	3 923,7	1915
3 980,9	254,0	26 918,2	707,1	5 655,7	329,0	—	42,6	86 220,6	4 914,9	1916
3 784,5	266,3	28 891,5	962,2	7 217,3	405,5	—	68,8	103 332,4	5 793,2	1917
4 088,9	381,2	38 016,6	1 328,7	10 155,4	1 122,8	—	59,5	142 371,6	7 578,0	1918
5 481,0	420,6	43 616,2	1 361,5	12 381,5	856,6	—	41,6	159 069,8	9 664,3	1919
6 312,9	477,2	51 599,2	1 554,5	12 693,5	382,9	—	34,9	169 423,4	14 831,3	1920
4 870,3	371,8	48 803,6	1 433,5	12 563,1	192,5	—	22,0	161 033,0	12 701,4	1921
4 712,9	293,9	46 262,0	1 368,9	10 601,1	311,6	—	26,0	121 686,4	10 281,2	1922
6 233,5	358,4	51 646,4	1 467,7	13 058,3	377,7	—	30,3	136 914,8	11 372,0	1923
7 274,2	459,2	57 981,2	1 652,5	10 874,4	494,3	—	22,2	130 707,2	13 128,4	1924
7 778,8	433,0	58 206,0	1 726,9	10 956,9	407,3	—	63,5	131 395,0	13 185,0	1925
6 405,5	430,4	63 755,5	1 707,0	10 280,9	436,2	—	55,5	133 765,6	13 617,9	1926
7 702,0	488,9	76 062,7	1 800,8	11 017,4	465,5	—	60,9	150 757,6	15 652,8	1927
2 933,8	593,3	79 462,8	1 951,0	11 276,1	1 204,3	—	66,4	159 714,6	14 747,6	1928
2 956,3	589,0	77 063,9	2 121,7	11 626,5	1 985,5	—	61,3	158 593,7	13 761,5	1929
2 888,1	549,0	78 448,4	2 204,5	13 656,5	1 755,1	—	142,2	158 659,2	12 586,0	1930
2 706,1	628,6	74 074,5	2 139,2	12 082,0	1 047,1	—	179,7	170 066,7	10 243,8	1931
2 456,3	584,1	41 755,3	2 028,2	10 291,6	526,8	—	169,3	108 175,0	5 193,3	1932
2 321,2	511,2	44 954,6	2 048,4	9 904,4	566,7	—	160,0	113 801,0	4 824,6	1933
2 292,0	467,0	39 524,8	2 151,1	11 038,7	790,2	—	136,0	104 803,8	4 013,8	1934
2 222,7	320,5	39 566,4	2 113,7	9 803,0	542,0	2 157,9	110,5	109 537,7	3 267,8	1935

^{*)} 1907 bis 1927 einschliesslich Verkehr der Auslandskorrespondenten, ab 1928 nur Verkehr der Korrespondenten im Inland.

^{*)} Bis 1924 nur Generalmandate.

UMSÄTZE

Jahr	Kassen- umsatz ¹⁾	Devisen- verkehr	Diskontierungen						Lombard- vorschüsse	Verkehr in eigenen Wert- schriften
			Inlandportefeuille					Wechsel der eidg. Darlehens- kasse		
			Schweizerwechsel		Schatz- anwei- sungen ²⁾	Obli- gationen	Total			
			Betrag	Durch- schnittl. Laufzeit						
In Millionen Franken			Tage	In Millionen Franken						
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
1936	6 899,0	2 313,5	53,3	54	650,0	22,0	725,3	234,0	343,7	215,4
1937	6 030,0	7 893,4	39,0	55	10,6	21,0	70,6	63,0	165,9	31,5
1938	8 435,8	4 736,6	122,6	74	295,2	9,3	427,1	28,6	107,5	102,4
1939	9 870,8	5 348,1	106,3	75	449,8	19,7	575,8	41,4	277,2	118,5
1940	9 291,5	6 105,8	324,2	79	1 281,4	20,4	1 626,0	46,4	404,0	22,0
1941	7 836,4	7 844,4	290,1	86	728,9	10,5	1 029,5	58,5	158,1	24,0
1942	9 194,0	5 280,4	462,3	86	474,6	6,9	943,8	49,9	152,6	15,3
1943	9 683,4	1 936,9	459,2	85	663,2	3,9	1 126,3	16,4	134,0	4,4
1944	10 522,5	3 119,5	566,8	77	404,1	8,3	979,2	19,8	141,5	4,9
1945	12 005,6	6 734,2	408,3	74	977,8	10,7	1 396,8	65,7	276,1	7,0
1946	14 043,1	4 716,9	363,5	74	236,8	26,6	626,9	61,5	498,0	17,4
1947	21 023,4	3 584,3	275,6	66	74,4	63,8	413,8	84,1	864,9	11,5
1948	17 787,7	4 936,2	808,4	71	27,6	60,2	896,2	59,5	664,6	5,0
1949	15 720,1	6 421,6	465,6	85	6,2	8,8	480,6	41,4	244,8	16,1
1950	17 841,5	6 316,2	470,3	78	32,7	9,6	512,6	20,0	308,0	5,9
1951	15 933,8	6 960,0	842,5	79	27,5	23,1	893,1	2,9	437,7	4,4
1952	16 645,0	9 518,0	1 264,9	85	8,1	12,5	1 285,5	1,6	448,6	4,7
1953	17 130,8	13 518,0	1 100,3	88	23,7	4,7	1 128,7	—	358,8	63,9
1954	18 230,1	17 961,2	817,7	86	2,0	14,7	834,4	—	474,9	22,3
1955	18 609,2	21 665,5	836,9	83	23,7	63,7	924,3	—	774,8	4,6
1956	23 143,6	22 895,8	922,1	81	36,5	124,7	1 083,3	—	847,6	27,7
1957	35 038,4	19 667,6	1 053,6	43 ³⁾	0,3	63,2	1 117,1	—	559,9	0,6
1958	33 429,7	24 195,4	827,5	45 ⁴⁾	0,3	6,7	834,5	—	217,0	23,4
1959	29 399,6	19 956,0	523,3	50 ⁴⁾	—	9,8	533,1	—	202,9	19,3
1960	29 297,6	33 172,5	533,8	51 ⁴⁾	0,5	9,5	543,8	—	331,0	7,7
1961	35 856,9	30 831,8	532,4	49 ⁴⁾	—	13,9	546,3	—	366,8	10,3
1962	38 492,0	51 924,5	476,8	61 ⁴⁾	49,5	36,2	562,5	—	412,6	45,2

¹⁾ Seit 1938 einschliesslich Gold im Ausland.
²⁾ Seit 1948 nur Schatzanweisungen des Bundes.
³⁾ Durchschnittliche Laufzeit der im 2. Halbjahr 1957 diskontierten Wechsel ohne eigene Pflichtlagerkredite.
⁴⁾ Durchschnittliche Laufzeit der diskontierten Wechsel ohne eigene Pflichtlagerkredite.

SEIT ERÖFFNUNG DER BANK

UMSÄTZE

Verkehr mit den Korrespondenten		Inkassoverkehr Einreichungen	Giroverkehr	Verkehr zwischen Nationalbankkunden und Postcheckkonti	Verkehr mit den Bundesverwaltungen	Verkehr mit Depo- nenten	Verkehr der Konti Zahlungs- u. Clearing- abkommen	Auf die Bank aus- gestellte Checks und Generalmandate	Gesamtumsatz in doppelter Aufrechnung (ohne Abrechnungsstellen)	Umsatz der Abrechnungsstellen	Jahr
im Inland	im Ausland										
In Millionen Franken											
12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23
2 150,5	—	296,6	41 231,0	1 990,9	11 230,1	609,4	2 627,7	104,0	118 067,9	3 066,7	1936
2 311,6	—	287,5	44 139,2	2 357,1	9 161,2	574,6	3 680,8	134,8	128 825,4	3 712,9	1937
2 298,6	—	272,5	41 076,5	2 492,3	9 636,8	496,5	3 589,6	138,4	113 198,6	3 563,9	1938
2 446,0	—	307,5	41 412,6	2 677,2	11 175,3	589,3	3 905,3	181,9	125 049,3	3 331,8	1939
2 496,4	—	283,9	34 238,1	3 764,3	16 059,7	674,5	5 179,8	161,4	141 568,3	2 130,3	1940
2 748,6	—	322,3	32 947,5	3 986,0	17 767,6	653,2	9 933,9	205,5	138 483,8	1 791,6	1941
3 006,0	—	406,7	35 633,6	4 039,9	18 487,5	562,3	9 913,8	164,8	143 977,4	2 010,8	1942
3 233,4	—	386,4	34 775,8	4 075,5	23 190,7	425,1	9 855,9	167,6	150 645,4	1 877,5	1943
3 369,4	—	341,5	33 575,0	4 196,7	23 427,9	776,4	6 788,2	152,5	150 264,2	1 661,1	1944
3 884,4	—	372,3	37 791,6	4 334,4	26 930,4	1 182,0	3 590,8	188,1	169 458,1	1 827,8	1945
5 086,4	—	489,7	48 765,6	5 160,5	26 501,4	613,7	18 759,7	227,5	209 443,8	2 467,6	1946
6 034,0	—	586,0	56 150,8	6 128,5	28 357,7	512,5	32 066,0	292,0	250 367,6	3 232,0	1947
6 347,5	—	647,0	60 726,3	6 475,6	27 141,3	401,4	38 499,3	325,8	264 778,4	3 762,7	1948
5 878,7	—	555,6	55 864,0	5 990,3	28 040,8	379,9	38 824,8	310,0	257 165,5	3 320,3	1949
6 104,3	—	579,9	61 896,7	6 449,1	25 148,7	547,7	24 140,2	259,2	246 919,6	3 162,1	1950
6 585,2	—	670,0	75 414,9	7 023,5	28 867,5	357,6	36 881,3	245,0	296 821,6	3 685,1	1951
6 817,3	—	680,4	81 565,3	7 408,2	29 370,4	289,9	22 289,3	255,9	291 769,5	3 496,5	1952
6 980,9	—	518,0	86 311,5	7 431,8	29 820,7	962,0	19 639,7	238,6	300 436,6	3 394,6	1953
7 466,1	—	535,7	101 534,2	7 812,4	30 470,3	825,9	18 819,1	252,9	324 828,1	3 589,4	1954
7 992,6	—	488,8	120 290,7	8 446,0	32 726,7	778,6	15 930,9	289,2	359 430,7	3 873,8	1955
8 810,3	—	494,1	138 809,8	9 241,4	33 896,8	457,8	15 351,0	351,9	386 756,6	4 135,0	1956
9 381,3	—	523,3	157 939,4	9 907,1	37 889,1	402,4	26 041,6	434,8	483 891,1	4 794,2	1957
9 423,3	—	475,4	175 439,9	10 287,8	37 910,9	688,9	18 024,4	399,1	477 050,6	4 200,2	1958
9 962,6	1 447,0	462,0	244 499,6	10 945,2	37 738,9	1 018,8	6 718,9	366,3	524 253,8	5 191,1	1959
11 176,5	2 527,8	477,7	325 786,5	12 191,1	42 908,7	1 100,4	2 934,5	485,8	646 506,7	6 553,6	1960
12 575,5	25 986,0	622,2	384 805,1	13 453,2	47 980,5	1 607,2	2 936,4	463,3	769 982,6	8 051,5	1961
14 348,7	22 492,4	656,8	508 180,6	15 271,4	58 630,9	1 442,2	2 793,7	476,5	957 725,1	10 110,3	1962

GESCHÄFTSERGEBNISSE

Jahr	Ertrag aus dem Verkehr mit Gold und Devisen	Diskontoertrag und Inkassogebühren					Ertrag des Lombardgeschäftes	Ertrag der eigenen Wertpapiere ¹⁾	Zinsen von Inlandkorrespondenten ²⁾	Kommissionen ³⁾	Diverse Nutzposten	Zinsen an Deponenten ⁴⁾	Bruttoertrag
		Total	davon Diskontoertrag auf										
			Schweizerwechseln	Schatzanweisungen ¹⁾	Obligationen	Wechseln der eidg. Darlehenskasse							
In 1000 Franken													
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1907/08	1 563	1 979	1 977	—	—	—	117	496	738	69	20	473	4 509
1909	1 098	1 304	1 303	—	—	—	158	360	337	116	29	444	2 958
1910	1 270	2 502	2 490	—	—	—	247	481	1 084	69	5	1 415	4 243
1911	1 628	2 315	2 267	—	35	—	302	527	866	87	19	1 313	4 431
1912	1 117	3 430	3 233	—	183	—	568	479	396	125	22	705	5 432
1913	1 849	2 994	2 868	—	110	—	830	407	454	149	18	841	5 860
1914	1 208	5 292	4 472	427	371	—	1 046	527	487	192	19	426	8 345
1915	÷ 421	5 458	2 264	3 014	168	—	840	418	1 096	259	9	323	7 336
1916	2 470	5 874	939	4 872	51	—	920	382	1 520	321	12	288	11 211
1917	900	8 155	1 076	7 027	42	—	1 471	366	1 474	458	8	475	12 357
1918	1 120	10 660	4 813	5 734	103	—	2 106	520	1 553	695	140	25	16 769
1919	999	15 887	6 628	9 162	87	—	2 402	552	1 734	656	192	163	22 259
1920	3 996	11 696	7 149	4 343	191	—	1 956	446	4 164	619	189	187	22 879
1921	1 715	11 612	2 915	8 593	91	—	2 162	1 387	833	677	117	333	18 170
1922	4 640	4 492	848	3 575	55	—	2 070	747	1 288	752	130	497	13 622
1923	2 839	5 918	1 344	4 408	156	—	2 201	770	1 126	627	87	473	13 095
1924	909	3 606	3 246	175	175	—	3 323	609	1 617	525	137	867	9 859
1925	4 273	1 841	1 199	551	85	—	2 403	704	1 527	653	188	252	11 337
1926	4 927	2 419	1 177	1 169	68	—	2 064	543	1 098	539	249	267	11 572
1927	4 775	3 352	2 145	1 029	174	—	2 184	485	1 784	621	315	390	13 126
1928	5 222	4 240	2 970	995	271	—	2 821	475	496	578	393	468	13 757
1929	6 402	4 149	2 862	994	287	—	2 738	339	550	539	289	373	14 633
1930	7 646	1 658	972	422	258	—	1 675	1 359	468	727	287	778	13 042
1931	6 941	997	611	250	116	—	1 384	831	316	789	310	328	11 240
1932	4 660	517	300	91	89	16	1 375	2 240	197	662	340	310	9 681
1933	3 626	713	214	100	108	268	1 400	2 391	144	930	251	204	9 251
1934	3 529	1 338	256	606	117	338	1 926	1 203	119	698	234	217	8 830
1935	1 630	2 930	799	1 028	186	898	2 806	1 374	169	677	100	186	9 500

¹⁾ Bis 1930 nur Schatzanweisungen des Bundes.
²⁾ Ohne Berücksichtigung der Abschreibungen.
³⁾ Einschliesslich Zinsen auf Postcheckrechnungen.
⁴⁾ Einschliesslich Aufbewahrungsggebühren und Schrankfachmieten.
⁵⁾ Einschliesslich Zinsen an Bundesverwaltungen.

SEIT ERÖFFNUNG DER BANK

GESCHÄFTSERGEBNISSE

Verwaltungs-kosten	Steuern und Abgaben inkl. Rückstellungen hiefür	Banknoten-anfertigungs-kosten und Rückstellungen hiefür	Rückstellungen und Verluste auf Gold ⁶⁾	Abschreibungen, Verluste und Rückstellungen		Ausser-ordentliche Zuweisung an die Wohlfahrtseinrichtungen der Bank	Rein-gewinn	Zuwei-sung an den Re-serve-fonds	Divi-dende	Ab-lieferung an die Eidg. Staats-kasse	Jahr
				auf Bankgebäuden und Mobiliar, ab-züglich Mehrerlös aus verkauften Liegenschaften	auf Wert-schriften und laufenden Ge-schäften, ab-züglich Wieder-eingänge						
In 1000 Franken											
15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26
2 068	—	226	162	29	7	—	2 017	202	1 800	15	1907/08
1 399	—	151	8	22	43	20	1 315	131	1 000	184	1909
1 307	—	151	69	95	77	20	2 524	252	1 000	1 272	1910
1 355	—	225	68	91	87	30	2 575	258	1 000	1 317	1911
1 381	—	224	315	188	246	40	3 038	304	1 000	1 734	1912
1 426	—	271	165	163	248	100	3 487	349	1 000	2 138	1913
1 572	—	503	25	292	621	60	5 272	500	1 000	3 772	1914
1 498	—	566	2	140	598	80	4 452	445	1 000	3 007	1915
1 571	—	628	—	1 001	231	350	7 430	500	1 000	5 930	1916
1 844	—	501	—	1 195	419	440	7 958	500	1 000	6 458	1917
2 550	—	1 352	—	4 294	2 576	510	5 487	500	1 000	3 987	1918
3 577	—	454	1 878	5 046	2 861	1 000	7 443	500	1 000	5 943	1919
3 749	—	2 253	367	3 426	1 164	500	11 420	500	1 000	9 920	1920
3 715	2 500	1 000	146	1 233	÷ 48	500	9 124	500	1 500	7 124	1921
3 885	—	500	—	1 069	40	500	7 628	500	1 500	5 628	1922
3 825 ⁷⁾	1 500	176	—	67	490	—	7 037	500	1 500	5 037	1923
3 630	—	521	—	÷ 642	÷ 7	—	6 357	500	1 500	4 357	1924
3 708	—	415	—	33	÷ 5	500	6 686	500	1 500	4 686	1925
3 525	300	665	244	112	÷ 22	—	6 748	500	1 500	4 748	1926
3 597	800	779	77	830	290	—	6 753	500	1 500	4 753	1927
4 204 ⁷⁾	262	278	178	1 682	255	—	6 898	559	1 500	4 839	1928
4 153	—	437	624	1 618	÷ 10	500	7 311	500	1 500	5 311	1929
3 873	—	705	35	1 323	÷ 3	—	7 109	500	1 500	5 109	1930
3 913	—	688	—	66	869	—	5 704	500	1 500	3 704	1931
3 909	—	170	—	33	261	—	5 308	500	1 500	3 308	1932
3 532	—	204	234	28	—	—	5 253	500	1 500	3 253	1933
3 390	170	123	—	27	÷ 133 ⁸⁾	—	5 253	500	1 500	3 253	1934
3 455	200	173	—	13	406	—	5 253	500	1 500	3 253	1935

⁶⁾ Einschliesslich Fr. 300 000 für einen Transportversicherungsfonds (Rückstellung für nicht versicherte Schadensfälle).

⁷⁾ Einschliesslich Fr. 635 000 Rückstellung für nicht versicherte Schadensfälle.

⁸⁾ Einschliesslich Barschaftsimporkosten von 1907/08 bis 1915.

⁹⁾ Nicht beanspruchte Reservestellung für Verluste im laufenden Geschäft.

GESCHÄFTSERGEBNISSE

Jahr	Ertrag aus dem Verkehr mit Gold und Devisen ¹⁾	Diskontoertrag und Inkassogebühren					Ertrag des Lombardgeschäftes	Ertrag der eigenen Wertpapiere ³⁾	Zinsen von Inlandkorrespondenten ⁴⁾	Kommissionen ⁵⁾	Diverse Nutzenposten	Zinsen an Deponenten ⁶⁾	Bruttoertrag
		Total	davon Diskontoertrag auf										
			Schweizerwechseln	Schatzanweisungen ²⁾	Obligationen	Wechseln der eidg. Darlehenskasse							
In 1000 Franken													
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1936	1 562	3 304	237	1 830	111	1 106	2 165	1 270	145	736	170	219	9 133
1937	5 904	365	108	22	56	165	818	1 272	55	737	193	171	9 173
1938	10 429	523	259	159	23	67	571	2 445	46	673	95	181	14 601
1939	4 857	1 153	323	692	41	82	895	2 511	59	475	198	147	10 001
1940	3 454	2 676	872	1 580	54	81	1 668	3 087	75	546	146	132	11 520
1941	6 503	1 513	783	520	23	114	642	2 555	56	634	122	134	11 891
1942	9 294	1 210	853	138	19	108	484	2 183	48	669	146	133	13 901
1943	7 098	1 365	963	335	10	18	419	2 269	49	568	82	137	11 713
1944	8 424	1 241	959	198	14	17	426	2 198	50	674	136	131	13 018
1945	8 550	2 232	725	1 455	14	7	480	2 072	52	624	223	130	14 103
1946	16 725	859	628	89	37	14	868	1 377	93	1 154	138	142	21 072
1947	10 756	811	517	127	108	55	1 427	1 515	147	1 899	—	175	16 380
1948	7 168	2 134	1 827	44	163	95	1 498	1 736	176	2 345	95	150	15 002
1949	7 689	1 902	1 814	14	34	37	700	1 386	80	1 409	116	164	13 118
1950	10 470	1 623	1 567	11	16	25	552	1 350	81	1 223	151	171	15 279
1951	7 888	2 811	2 641	127	31	1	770	1 459	130	1 266	179	176	14 327
1952	8 232	3 934	3 537	328	53	5	736	1 303	117	934	139	191	15 204
1953	9 699	3 751	3 295	435	14	—	605	1 258	114	1 214	171	206	16 606
1954	10 689	2 705	2 192	489	19	—	622	1 356	126	971	102	223	16 348
1955	16 735	2 298	1 832	347	115	—	1 090	1 366	168	967	607	231	23 000
1956	19 215	2 648	1 975	464	206	—	1 149	1 550	182	864	571	234	25 945
1957	16 894	3 329	2 860	176	289	—	981	1 702	187	712	591	246	24 150
1958	15 293	3 005	2 920	9	71	—	417	1 408	147	679	518	251	21 216
1959	16 167	1 385	1 368	—	13	—	254	1 793	99	502	564	251	20 513
1960	19 970	1 354	1 318	—	33	—	463	2 192	111	465	840	262	25 133
1961	25 750	1 337	1 297	—	27	—	390	1 776	112	537	912	284	30 530
1962	25 863	1 483	1 374	5	101	—	465	2 497	135	648	1 141	292	31 940

¹⁾ Einschliesslich Ertrag im Verkehr mit Auslandkorrespondenten.

²⁾ Seit 1948 nur Schatzanweisungen des Bundes.

³⁾ Einschliesslich der ausländischen Schatzanweisungen in Schweizerfranken, ohne Berücksichtigung der Abschreibungen.

⁴⁾ Bis 1949 einschliesslich Zinsen auf Postcheckrechnungen.

⁵⁾ Einschliesslich Aufbewahrungsgebühren und Schrankfachmieten.

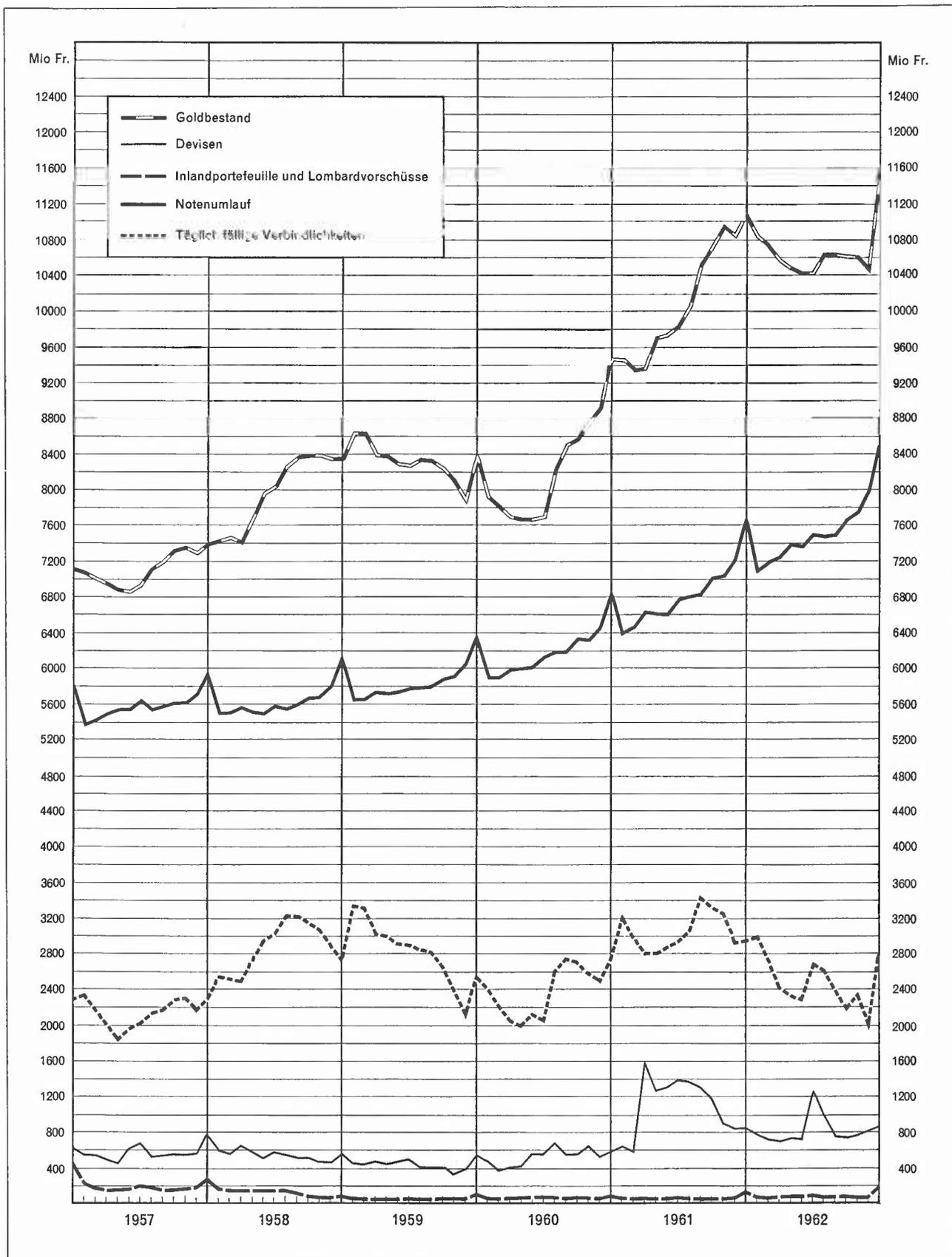
⁶⁾ Bis 1936 einschliesslich Zinsen an Bundesverwaltungen.

SEIT ERÖFFNUNG DER BANK

GESCHÄFTSERGEBNISSE

Verwaltungs-kosten	Steuern und Abgaben inkl. Rückstellungen hiefür	Banknoten-anfertigungs-kosten und Rückstellungen hiefür	Rückstellungen und Verluste auf Gold, Sterilisierungs-kosten	Abschreibungen, Verluste und Rückstellungen		Ausser-ordentliche Zuweisung an die Wohlfahrtseinrichtungen der Bank	Rein-gewinn	Zuwei-sung an den Re-serve-fonds	Divi-dende	Ab-lieferung an die Eidg. Staats-kasse	Jahr
				auf Bankgebäuden und Mobiliar, ab-züglich Mehrerlös aus verkauften Liegenschaften	auf Wert-schriften und laufenden Ge-schäften, ab-zü-glich Wieder-eingänge						
In 1000 Franken											
15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26
3 459	112	258	—	46	5	—	5 253	500	1 500	3 253	1936
3 443	—	450	—	27	—	—	5 253	500	1 500	3 253	1937
3 689	117	1 802	—	37	3 703	—	5 253	500	1 500	3 253	1938
3 764	—	946	—	38	—	—	5 253	500	1 500	3 253	1939
4 308	735	1 058	—	166	—	—	5 253	500	1 500	3 253	1940
3 774	1 147	1 134	—	583	—	—	5 253	500	1 500	3 253	1941
4 238	188	2 500	—	562	—	1 000	5 413	500	1 500	3 413	1942
4 370	323	1 535	—	72	—	—	5 413	500	1 500	3 413	1943
5 273	300	1 500	—	532	—	—	5 413	500	1 500	3 413	1944
4 836	239	2 300	—	715	—	600	5 413	500	1 500	3 413	1945
5 293	—	5 000	4 140 ¹¹⁾	26	—	1 200	5 413	500	1 500	3 413	1946
6 563	480	3 243	—	681	—	—	5 413	500	1 500	3 413	1947
7 056	—	2 000	—	83	—	450	5 413	500	1 500	3 413	1948
7 210	—	—	451 ¹²⁾	44	—	—	5 413	500	1 500	3 413	1949
7 331	—	500	1 501 ¹²⁾	534	—	—	5 413	500	1 500	3 413	1950
7 409	—	—	799 ¹²⁾	347	—	—	5 772	500	1 500	3 772	1951
7 492	250	1 500	—	190	—	—	5 772	500	1 500	3 772	1952
7 976 ⁷⁾	250	1 500	—	608	—	500	5 772	500	1 500	3 772	1953
7 786	—	2 500	—	290	—	—	5 772	500	1 500	3 772	1954
8 501 ⁷⁾	—	6 000	—	727	—	1 500	6 272	1 000	1 500	3 772	1955
11 138 ⁸⁾	300	5 000	—	2 035	—	1 200	6 272	1 000	1 500	3 772	1956
10 088 ⁹⁾	300	5 000	—	990	—	1 500	6 272	1 000	1 500	3 772	1957
9 871 ¹⁰⁾	—	3 000	—	2 073	—	—	6 272	1 000	1 500	3 772	1958
8 959	—	3 000	—	2 282	—	—	6 272	1 000	1 500	3 772	1959
8 883	400	3 000	4 087 ¹²⁾	1 741	—	750	6 272	1 000	1 500	3 772	1960
9 432	—	6 000	5 362 ¹²⁾	1 893	—	1 000	6 843	1 000	1 500	4 343	1961
10 366	400	6 000	4 358 ¹²⁾	2 973	—	1 000	6 843	1 000	1 500	4 343	1962
<p>7) Einschliesslich Fr. 500 000 Rückstellung für nicht versicherte Schadensfälle. 8) Einschliesslich Fr. 1 000 000 Rückstellung für nicht versicherte Schadensfälle und Fr. 1 700 000 Rückstellung für das 50jährige Jubiläum der Bank. 9) Einschliesslich Fr. 1 500 000 Rückstellung für nicht versicherte Schadensfälle. 10) Einschliesslich Fr. 1 000 000 Rückstellung für nicht versicherte Schadensfälle. 11) Rückstellung für Zinsen von im Markt plazierten Bundesschatzanweisungen. 12) Zinsen für im Markt plazierte Bundesschatzanweisungen. 13) Zinsen für im Markt plazierte Bundesschatzanweisungen Fr. 4 362 000 und Rückstellung für Zinsen von im Markt plazierten Bundesschatzanweisungen Fr. 1 000 000.</p>											

BESTÄNDE AM MONATSENDE



DISKONTOSATZ UND

Beilage Nr. 7

LOMBARDZINSFUSS SEIT ERÖFFNUNG DER BANK

Datum der Veränderung	Diskontosatz		Lombardzinsfuß		Datum der Veränderung	Diskontosatz		Lombardzinsfuß	
	%	Geltungsdauer Tage	%	Geltungsdauer Tage		%	Geltungsdauer Tage	%	Geltungsdauer Tage
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
1907 20. Juni	4½	56	5	56	1914 22. Januar	4	28	4½	189
15. August	5	84	5½	84	19. Februar	3½	161	—	—
7. November	5½	70	6	70	30. Juli	4½	1	5½	1
					31. Juli	5½	3	6	3
					3. August	6	38	7	38
1908 16. Januar	5	7	5½	7	10. September	5	113	6	14
23. Januar	4½	28	5	28	24. September	—	—	5½	99
20. Februar	4	28	4½	28					
19. März	3½	322	4	441	1915 1. Januar	4½	1 371	5	1 280
					1918 4. Juli	—	—	5½	91
					3. Oktober	5½	322	6	917
1909 4. Februar	3	252	—	—	1919 21. August	5	595	—	—
3. Juni	—	—	3½	133	1921 7. April	4½	126	5½	126
14. Oktober	3½	28	4	28	11. August	4	203	5	203
11. November	4	56	4½	56					
					1922 2. März	3½	168	4½	168
1910 6. Januar	3½	49	4	210	17. August	3	331	4	331
24. Februar	3	161	—	—	1923 14. Juli	4	831	5	831
4. August	3½	49	4½	84					
22. September	4	35	—	—	1925 22. Oktober	3½	1 624	4½	1 624
27. Oktober	4½	70	5	70	1930 3. April	3	98	4	98
					10. Juli	2½	196	3½	196
1911 5. Januar	4	42	4½	42	1931 22. Januar	2	1 562	3	748
16. Februar	3½	224	4	224	1933 8. Februar	—	—	2½	814
28. September	4	350	4½	350	1935 3. Mai	2½	495	3½	495
					1936 9. September	2	78	3	78
1912 12. September	4½	77	5	77	26. November	1½	7 475	2½	7 475
28. November	5	259	5½	259					
					1957 15. Mai ¹⁾	2½	652	3½	652
1913 14. August	4½	161	5	161	1959 26. Februar ²⁾	2	1 405 ³⁾	3	1 405 ³⁾

¹⁾ Spezialdiskontosätze für Pflichtlagerwechsel: Pflichtlager in Lebens- und Futtermitteln 1¾‰ (vom 1. April bis 24. Juli 1957), 2‰ (vom 25. Juli 1957 bis 25. Februar 1959); übrige Pflichtlager 2‰ (vom 1. April bis 24. Juli 1957).

²⁾ Spezialdiskontosätze für Pflichtlagerwechsel: Pflichtlager in Lebens- und Futtermitteln 1¾‰ (seit 1. Juni 1959); übrige Pflichtlager 2½‰ (vom 26. Februar bis 31. Mai 1959).

³⁾ Bis 31. Dezember 1962.

ABRECHNUNGSVERKEHR

Jahr	Abrechnungsstellen für Wechsel- und Checkverkehr									Wertschriften-Clearing für Kassageschäfte	
	Basel	Bern	La Chaux- de-Fonds	Genf	Lausanne	Neuenburg	St. Gallen	Zürich	Total	Basel	Zürich
Mitglieder am 31. Dezember											
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
1958	15	11	4	13	10	4	8	7	72	20	25
1959	15	11	4	13	11	4	8	7	73	21	25
1960	14	12	4	13	11	4	8	7	73	21	25
1961	14	12	4	13	12	4	8	7	74	20	25
1962	14	12	4	13	12	5	8	7	75	20	26
Zahl der eingereichten Stücke											
1958	58 180	36 580	2 400	158 398	69 937	4 390	11 115	181 763	522 763	—	—
1959	57 368	37 109	2 214	166 561	76 460	4 104	10 744	170 565	525 125	—	—
1960	60 287	37 590	1 937	190 795	88 813	4 100	11 006	171 280	565 808	—	—
1961	63 275	44 644	1 999	223 096	104 422	4 136	10 600	181 056	633 228	—	—
1962	66 588	46 507	2 185	253 406	117 754	4 883	10 990	189 445	691 758	—	—
Betrag der Einreichungen (in 1000 Franken)											
1958	1 142 548	192 026	22 026	1 445 150	429 316	20 944	83 218	864 991	4 200 219	336 204	1 598 976
1959	1 574 241	215 236	19 943	1 810 404	490 731	19 280	72 174	989 129	5 191 138	602 815	2 489 842
1960	2 133 759	237 136	23 472	2 301 416	601 264	18 714	72 856	1 164 978	6 553 595	802 280	2 766 713
1961	2 514 322	296 435	24 257	2 980 611	751 525	26 079	96 365	1 361 862	8 051 456	994 863	3 872 647
1962	3 277 282	337 340	28 739	4 051 252	804 640	36 191	93 778	1 481 038	10 110 260	913 511	3 688 554
Vom Betrag der Einreichungen wurden kompensiert (in Prozenten)											
1958	47.58	52.95	28.12	51.62	57.40	31.01	40.09	62.59	52.98	60.46	76.78
1959	50.12	51.05	22.83	55.22	61.10	31.30	39.74	67.13	55.90	63.77	77.37
1960	52.70	50.05	19.22	56.88	61.95	32.55	45.88	70.45	57.82	63.53	77.58
1961	50.46	49.95	23.84	58.05	64.85	25.21	40.98	68.85	57.43	66.55	78.68
1962	55.54	51.34	23.38	55.43	69.51	32.18	45.24	65.00	57.58	64.06	79.31

VERZEICHNIS DER MITGLIEDER DER BANKBEHÖRDEN UND DER BANKORGANE

AUF 1. JANUAR 1963

I. PRÄSIDIUM DER GENERALVERSAMMLUNG

(Amtsperiode 1959–1963)

Nationalrat Dr. B. Galli, Rechtsanwalt, Lugano, Präsident – Prof. Dr. Dr. h. c. P. Carry, Rechtsanwalt, Genf, Vizepräsident

II. BANKRAT

(Amtsperiode 1959–1963)

Die von der Generalversammlung der Aktionäre gewählten Mitglieder sind mit einem Stern (*) bezeichnet

- | | |
|---|---|
| Nationalrat Dr. B. Galli, Rechtsanwalt, Lugano, Präsident | * Dr. J. Golay, Professor an der Universität Lausanne, Lausanne |
| Prof. Dr. Dr. h. c. P. Carry, Rechtsanwalt, Genf, Vizepräsident | * Dr. M. Haffter, Präsident der Thurgauischen Kantonalbank, Frauenfeld |
| * J. Ackermann, Direktor der Freiburgischen Elektrizitätswerke, Freiburg | Dr. E. Hatt, Vizepräsident des Verwaltungsrates der Aktiengesellschaft Heinr. Hatt-Haller, Hoch- und Tiefbau-Unternehmung, Zürich |
| * G. André, Präsident des Verwaltungsrates der Firma André et Cie., Aktien-Gesellschaft, Lausanne | Dr. Dr. h. c. O. Howald, Professor an der Eidgenössischen Technischen Hochschule, Brugg |
| F. Antognini, Direktor der Chocolat Cima-Norma S. A., Torre | M. Jaeger, Präsident des Bündner Handels- und Industrievereins, Bündner Handelskammer, Chur |
| E. Barbey, in Firma Lombard, Odier & Cie., Genf | A. Juillard, Direktor der Cortébert Watch Co., Juillard & Cie., Cortébert |
| J.-L. Borel, Delegierter des Verwaltungsrates und Direktor der Uhrenfabrik Ernest Borel et Cie S. A., Neuenburg | Dr. Dr. h. c. R. Käppeli, Präsident und Delegierter des Verwaltungsrates der CIBA Aktiengesellschaft, Riehen |
| Nationalrat R. Bratschi, Bern | E. Kronauer, Ing., Delegierter des Verwaltungsrates und Generaldirektor der Sécheron Werke Aktiengesellschaft, Genf |
| * O. de Chastonay, Direktor der Walliser Kantonalbank, Sitten | Dr. h. c. H. Küng, Delegierter des Verwaltungsrates und Direktor der Genossenschaftlichen Zentralbank, Bottmingen |
| A. Ernst, Fürsprecher, Direktor der Aktiengesellschaft der von Moos'schen Eisenwerke in Luzern, Luzern | Dr. Dr. h. c. W. Linsmayer, Zürich |
| Dr. G. Eugster, Präsident des Verbandes Schweiz. Darlehenskassen, Bliedegg | * Ständerat Dr. A. Lusser, Zug |
| * G. Fischer, dipl. Ing., Präsident und Delegierter des Verwaltungsrates der Maag-Zahnräder & -Maschinen Aktiengesellschaft, Zollikon | * Ständerat Dr. R. Mäder, Rechtsanwalt, St. Gallen |
| E. Gamper, Präsident des Verwaltungsrates der Schweizerischen Kreditanstalt, Zürich | |

- Ständerat R. Meier, Regierungsrat, Finanzdirektor des Kantons Zürich, Eglisau
- * Dr. H. Meyer-Scholer, Mitglied des Verwaltungsrates und Direktor der Tonwerk Lausen A. G., Liestal
- M. Meylan-Lugrin, Präsident des Verwaltungsrates der Fabrique d'horlogerie Lemania Lugrin S. A., L'Orient
- * Ständerat Dr. K. Obrecht, Fürsprecher und Notar, Solothurn
- * a. Staatsrat A. Oulevay, Morges
- * W. Preiswerk-Tissot, Präsident des Verwaltungsrates der Basler Handels-Gesellschaft A.G., Basel
- Regierungsrat A. Richner, Direktor des Innern und des Gesundheitswesens des Kantons Aargau, Oftringen
- * Ständerat Dr. W. Rohner, Altstätten
- * F. Schnorf, Präsident des Verwaltungsrates der Aluminium Industrie-Aktien-Gesellschaft, Meilen
- Dr. S. Schweizer, Präsident des Verwaltungsrates des Schweizerischen Bankvereins, Arlesheim
- * W. F. Siegenthaler, Präsident des Bankrates der Kantonalbank von Bern, Muri b. Bern
- Regierungsrat Dr. H. Tschumi, Justizdirektor des Kantons Bern, Interlaken
- H. Winzenried, Industrieller, Vizepräsident des Bankrates der Kantonalbank von Bern, Deisswil
- Nationalrat E. Wüthrich, Zentralpräsident des Schweizerischen Metall- und Uhrenarbeiterverbandes, Bern
- Nationalrat Dr. E. Wyss, Regierungsrat, Vorsteher des Departements des Innern des Kantons Basel-Stadt, Basel

III. BANKAUSSCHUSS

(Amtsperiode 1959–1963)

- Nationalrat Dr. B. Galli, Rechtsanwalt, Lugano, Präsident von Amtes wegen
- Prof. Dr. Dr. h. c. P. Carry, Rechtsanwalt, Genf, Vizepräsident von Amtes wegen
- E. Barbey, in Firma Lombard, Odier & Cie., Genf
- Nationalrat R. Bratschi, Bern
- Dr. Dr. h. c. O. Howald, Professor an der Eidgenössischen Technischen Hochschule, Brugg
- Dr. Dr. h. c. W. Linsmayer, Zürich
- Ständerat Dr. A. Lusser, Zug
- Ständerat Dr. K. Obrecht, Fürsprecher und Notar, Solothurn
- a. Staatsrat A. Oulevay, Morges
- Ständerat Dr. W. Rohner, Altstätten

IV. REVISIONSKOMMISSION

(Amtsperiode 1962/1963)

MITGLIEDER

- Dr. E. Gsell, Professor an der Hochschule St. Gallen für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Bühler, Präsident
- N. Senn, Direktor der Appenzell-Innerrhodischen Kantonalbank, Appenzell
- Dr. A. von der Weid, Direktor der Freiburger Staatsbank, Freiburg

ERSATZMÄNNER

- H. Villiger, Verwalter der Ersparniskasse Nidwalden, Stans
- G. Spälty-Leemann, Fabrikant, Präsident der Glarner Handelskammer, Netstal
- A. Cornaz, Direktor der Caisse d'Épargne et de Crédit, Lausanne

V. LOKALKOMITEES

(Amtsperiode 1959–1963)

AARAU

Dr. O. Pfiffner, Vizepräsident des Verwaltungsrates der Elfa A.G. Elektrochemische Fabrik, Aarau, Vorsitzender

K. Oehler, Delegierter des Verwaltungsrates der Eisen- und Stahlwerke Oehler & Co. Aktiengesellschaft, Aarau, Stellvertreter des Vorsitzenden

Dr. H. Frei, Direktor der S. Lambert A.G., Olten

BASEL

Dr. h. c. G. Bohny, Präsident des Verwaltungsrates der Nielsen-Bohny & Co. Aktiengesellschaft, Basel, Vorsitzender

W. Rohner, Präsident und Delegierter des Verwaltungsrates der Rohner A. G., Basel, Stellvertreter des Vorsitzenden

H. Hatt, Delegierter des Verwaltungsrates und Generaldirektor der Danzas A. G., Basel

BERN

A. Buser, Ing. agr., Direktor des Verbandes landwirtschaftlicher Genossenschaften von Bern und benachbarter Kantone, Waberi, Vorsitzender

Dr. W. Weyermann, Direktor der Berner Handelskammer, Belp, Stellvertreter des Vorsitzenden

H. Hauser, Präsident des Verwaltungsrates und Direktor der Firma Henri Hauser A. G., Biel

GENÈVE

J. Gay, Direktor der Firma Gay Frères, S. A., Thônex, Vorsitzender

J. Duckert, Generalagent der Genfer Lebensversicherungsgesellschaft und der Genfer Allgemeinen Versicherungsgesellschaft, Genf, Stellvertreter des Vorsitzenden

Dr. E. Bordier, in Firma Bordier & Co., Genf

LAUSANNE

Ch. Dentan, Bauunternehmer, Lausanne, Vorsitzender

A. Langer, Präsident des Verwaltungsrates der Fabrique des Lactas Langer Gland S. A., Gland, Stellvertreter des Vorsitzenden

R. Morandi, Delegierter des Verwaltungsrates der Firma Morandi frères, société anonyme, Payerne

LUGANO

F. Antognini, Direktor der Chocolat Cima-Norma S. A., Torre, Vorsitzender

E. Ferrari, Delegierter des Verwaltungsrates der Società Anonima Demetrio Ferrari, Chiasso, Stellvertreter des Vorsitzenden

T. Frigerio, Ing., Delegierter des Verwaltungsrates der Société Anonyme de Participations à des Entreprises financières « Finapar », Lugano

LUZERN

J. Moser, Ing. agr., Direktor des Verbandes landwirtschaftlicher Genossenschaften der Zentralschweiz, Luzern, Vorsitzender

Dr. J. Hug-Gübelin, Vizepräsident und Delegierter des Verwaltungsrates der Zwieback- & Biscuitfabrik Hug A. G. Malters, Luzern, Stellvertreter des Vorsitzenden

Dr. W. Dubach, Präsident und Delegierter des Verwaltungsrates der Brauerei Eichhof, Präsident der Zentralschweiz-Handelskammer, Luzern

NEUENBURG

J.-L. Borel, Delegierter des Verwaltungsrates und Direktor der Uhrenfabrik Ernest Borel et Cie S. A., Neuenburg, Vorsitzender

G. Madliger, in Firma Madliger et Challandes, Ing. S. A., Neuenburg, Stellvertreter des Vorsitzenden

L. Huguenin, Kaufmännischer Direktor der Société des Fabriques de Spiraux Réunies, La Chaux-de-Fonds

ST. GALLEN

P. Markwalder, in Firma Markwalder & Co., A. G., St. Gallen, Vorsitzender

R. Nef-Suter, in Firma Nef & Co., St. Gallen, Stellvertreter des Vorsitzenden

W. Forster-Geret, in Firma Forster Willi & Co., St. Gallen

ZÜRICH

O. Küderli, in Firma Küderli & Co., Zollikerberg, Vorsitzender

R. H. Stehli-Pestalozzi, Präsident und Delegierter des Verwaltungsrates der Stehli Seiden A. G., Zürich, Stellvertreter des Vorsitzenden

Dr. ing. agr. E. Jaggi, Direktionspräsident des Verbandes ostschweiz. landwirtschaftl. Genossenschaften (V.O.L.G.), Winterthur

VI. DIREKTORIUM

MITGLIEDER DES DIREKTORIUMS {GENERALDIREKTOREN}

Dr. W. Schwegler, Zürich (Präsident); Dr. R. Motta, Bern (Vizepräsident); Dr. M. Iklé, Zürich

DEPARTEMENTE DES DIREKTORIUMS

I. UND III. DEPARTEMENT IN ZÜRICH

Vorsteher des I. Departements: Generaldirektor Dr. W. Schwegler, Präsident des Direktoriums

Vorsteher des III. Departements: Generaldirektor Dr. M. Iklé, Mitglied des Direktoriums

Stellvertreter des Vorstehers des I. Departements: Direktor Dr. J. Leemann

Stellvertreter des Vorstehers des III. Departements: Direktor E. Colombo

Abteilungsdirektoren: H. Huber, Dr. W. Kull, Dr. F. Leutwiler

Abteilungsvorsteher mit Prokura: O. Heyer, H. Lendi, H. Nägeli, J. Rudin, H. Stahel, J. Torgler

Prokuristen: Dr. J. Bonorand, E. Brunner, E. Harlacher, Dr. J. Lademann, E. Maag, E. Meier,

L. Nosedá, H. W. Preisig, R. Reutlinger, A. Ritter, H. Schmid, R. Würmli

Handlungsbevollmächtigte: G. Allenbach, J. Dolder, A. Dutli, Fr. F. Graf, E. Guyer, G. Hasler, W. Haubensak,

R. Meier, W. Obi, R. Perret, R. Raths, E. Rentsch, A. Schoch, L. Stampanoni, A. Weiss, E. Zanger

Agentur Winterthur

Agenturführer mit Prokura: E. Maurer – Prokurist: E. Kaufmann – Handlungsbevollmächtigter: M. Weiss

II. DEPARTEMENT IN BERN

Departementsvorsteher: Generaldirektor Dr. R. Motta, Vizepräsident des Direktoriums

Stellvertreter des Departementsvorstehers: Direktor A. Hay

Abteilungsdirektor: Dr. M. de Rivaz

Hauptkassier der Bank: O. Kunz

Abteilungsvorsteher mit Prokura: H. Baumgartner, Dr. P. Flückiger, Ch. Schweingruber, H. Stricker

Prokuristen: R. Aebersold, R. Bourqui, W. Bretscher, H. Brunner, H. Hulliger, M. Jeckelmann, R. Raschle, Dr. W. Stöcklin

Handlungsbevollmächtigte: H. P. Dosch, W. Gutmann, K. Inäbnit, M. Isenschmid, A. Lerch, W. Wey, V. Zumwald

Agentur Biel

Agenturführer mit Prokura: J. Messmer – Prokurist: J. Immoos – Handlungsbevollmächtigter: P. Bürgi

GENERALSEKRETARIAT

Generalsekretär: Dr. H.-R. Läng, Zürich

Stellvertreter des Generalsekretärs: Dr. P. Flückiger, Bern

Prokuristen: Dr. G. Jaquemet und W. Schreyer, Zürich

VII. ZWEIGANSTALTEN

AARAU

Direktor: Dr. R. Erb
Stellvertreter des Direktors und Prokurist: W. Schaffner
Prokuristen: W. Enz, S. Hügi
Handlungsbevollmächtigter: A. Widmer

BASEL

Direktor: J. Hablützel
Stellvertreter des Direktors und Prokurist: A. Bertschinger
Prokuristen: A. Spreyermann, R. Winteler
Handlungsbevollmächtigte: H. Brunner, M. Joho, K. Schär,
R. Ulbrich

GENÈVE

Direktor: L.-M. de Torrenté
Stellvertreter des Direktors und Prokurist: J. Terrier
Prokuristen: M. Berthoud, J. Rossi
Handlungsbevollmächtigte: D. Allamand, E. Bänninger,
E. Bersier, R. Jaccaz, Ph. Martin

LAUSANNE

Direktor: R. Virieux
Stellvertreter des Direktors und Prokurist: R. Zuttel
Prokuristen: A. Delacrètaz, O. Grec, F. Verdon
Handlungsbevollmächtigter: Ch. Goy, G. Mounoud

LUGANO

Direktor: R. Rossi
Stellvertreter des Direktors und Prokurist: G. Gaggini
Prokurist: B. Rüttsch
Handlungsbevollmächtigte: R. Ghiringhelli, T. Grassi, G. Steiger

LUZERN

Direktor: Dr. H. Aepli
Stellvertreter des Direktors und Prokurist: G. Sidler
Prokuristen: A. Birrer, A. Kunz, K. Schärli
Handlungsbevollmächtigte: J. Burri, W. Hofer, Ch. Zelger

NEUENBURG

Direktor: R. Hügli
Stellvertreter des Direktors und Prokurist: R. Girardier
Prokuristen: Ch. Girod, J.-P. Veluzat

Agentur La Chaux-de-Fonds

Agenturführer mit Prokura: R. Zintgraff

Prokurist: J. Henny

Handlungsbevollmächtigter: A. Tribolet

ST. GALLEN

Direktor: R. Sutter
Stellvertreter des Direktors und Prokurist: A. Steinmann
Prokuristen: E. Schöbi, R. Siegrist
Handlungsbevollmächtigter: H. P. Menet, A. Schmidheini